Antifaschistisches info Blatt
Nr. 135 | Sommer 2022 | 3,50 EUR | Ausland 4,50 EUR



DIE EXTREME RECHTE UND DER UKRAINE-KRIEG

www.antifainfoblatt.de



DIE EXTREME RECHTE UND DER UKRAINE-KRIEG
Der russisch-ukrainische Krieg ist für viele Neonazis Rekrutierungs- und Trainingsfeld und birgt die Gefahr rechte, nationalistische Umtriebe gesellschaftstauglich zu machen.



150 JAHRE WIDERSTAND GEGEN DEN §218
Die gleichnamige Ausstellung zeigte, wie Münchner Frauenrechtler*innen und Feminist*innen in den letzten 150 Jahren für das Recht auf körperliche Selbstbestimmung kämpften. Dabei zieht sich auch das Thema Polizeigewalt wie ein roter Faden durch die vielen Jahre der Proteste.



30 JAHRE NACH DEM POGROM – ERINNERN HEISST VERÄNDERN
1992 wurden in Rostock über mehrere Tage Geflüchtete und ehemalige Vertragsarbeiter:innen angegriffen. Die Polizei schritt nicht ein. Tausende Umstehende klatschten Beifall. Als sich nach der Evakuierung der Geflüchteten die Polizei ganz zurück zog, setzten die Angreifer:innen das Haus in Brand.

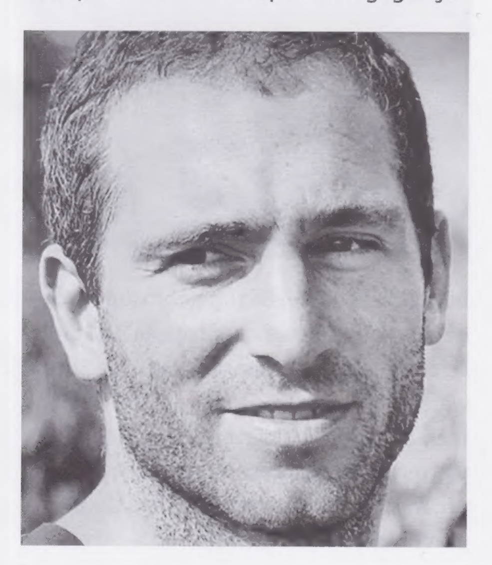


DIE NORDISCHE WIDERSTANDSBEWEGUNG VOR DEN WAHLEN
Der radikalste Teil der schwedischen Rechten ist im kommenden Wahljahr so schwach aufgestellt, wie seit Jahren nicht mehr. Die Gründe hierfür liegen u.a. in der Spaltung der NMR, der Nordischen Widerstandsbewegung.

Titelfoto: 7. Juni 2022, Borodyanka, Ukraine, IMAGO / ZUMA Wire

Liebe Antifas, Freund_innen und Genoss_innen, liebe Leser_innen

Der Angriffskrieg von Russland gegen die Ukraine ist politisch noch immer schwer zu begreifen und einzuordnen und führt zu vielen schwierigen Diskussionen. Dass sowohl in Russland als auch in der Ukraine extrem rechte Akteure wirken und beide Länder Sehnsuchtsorte europäischer Neonazis darstellen, haben wir bereits in mehreren Schwerpunktausgaben beleuchtet. Als Antifaschist_innen in Deutschland haben wir auch viele Jahrzehnte nach dem Kriegsende 1945 ein Problem damit, dass eine deutsche Armee massiv aufgewertet und hochgerüstet wird. Wie schnell sich ein „Hurra-Patriotismus" und ein Lob auf militärische Stärke mobilisieren lassen, ist beunruhigend. Natürlich ist es schwierig, in der aktuellen Situation Waffenlieferungen an die Ukraine zu kritisieren, deren Bürger_innen ein Recht auf Selbstverteidigung haben. Doch die mögliche Bewaffnung von Neonazis in der Ukraine sollte selbstverständlich kritisiert werden können. Grundsätzlich halten wir eine Situation, in der sich Menschen nach Nationen einsortieren, um sich dann gegenseitig (im Dienste ihres jeweiligen Staates) umzubringen, für katastrophal. Eine Zwangswehrpflicht oder die Repression gegen jede Friedensbewegung sind in keinem Staat fortschrittlich. Die unbefriedigende und falsche Unterkomplexität der Analysen von Teilen der Friedensbewegung mit dem Tenor, die NATO sei allein Schuld, darf nicht dazu führen, dass die antikommunistische bis braune Geschichte der NATO (Stichwort „Gladio/Stay-behind-Netzwerk") in Vergessenheit gerät. Nicht zuletzt fragen wir uns, warum der NATO-Partner Türkei zeitgleich einen militärischen Angriff auf Rojava ankündigen kann, ohne dass dieser dafür kritisiert und sanktioniert wird.



In Paris wurde Federico Martín Aramburú von einer Gruppe Neonazis aus rassistischen Gründen ermordet (siehe Seite 62).

Der Fall ruft uns in Erinnerung, dass Militäreinsätze, Kriegstourismus und Söldnertum rechter Akteure für diejenigen, die als Ziele rechter Gewalt markiert sind, in den Herkunftsländern oft nicht folgenlos bleibt. Langjährige AIB-Leser_innen erinnern sich, dass extrem rechte Männer ihre Kriegsschauplätze suchen und finden. In paramilitärischen Organisation gegen die Irische Befreiuungsbewegungen in England, in Einheiten des rhodesischen Regimes gegen die lokalen Befreiungsbewegungen, bei südafrikanischen Rassisten und Apartheidskriegern oder im Kroatienkrieg. Im Mordfall Aramburú war einer der Täter als Marinekommandant und Elitesoldat in Mali und Dschibuti eingesetzt und unterzeichnete dort lediglich eine „Absichtserklärung", um einer Strafverfolgung zu entgehen. Er wurde beschuldigt, eine Sexarbeiterin misshandelt zu haben. Wegen posttraumatischer Belastungsstörung kam er nach Frankreich zurück und wurde dort später wegen „gewalttätigen Verhaltens" aus der Armee entlassen. Dass er nach dem rassistischen Mord fliehen konnte und mit Miltärausrüstung nahe der Grenze zur Ukraine festgenommen wurde, ist beunruhigend.

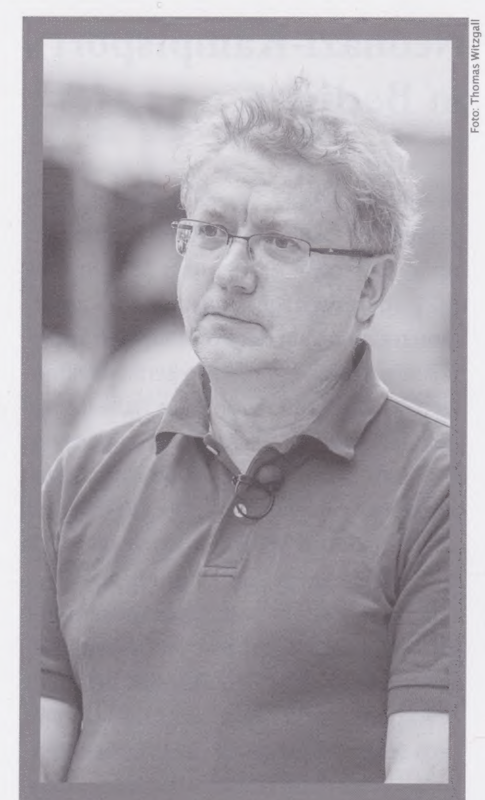


Foto: Thomas Witzgall

Aus München erreichte uns die traurige Nachricht vom Tod Marcus Buschmüllers. Marcus war vor 30 Jahren Mitbegründer der Antifaschistischen Dokumentations-, Informations- und Archivstelle München (a.i.d.a.) und engagierte sich sein Leben lang als Antifaschist. Wir wünschen den Freund*innen, Genoss*innen und der Familie von Marcus viel Kraft in dieser schweren Zeit.

Am 14. Mai betrat ein 18-jähriger Weißer Rassist einen Supermarkt in Buffalo / USA und erschoss gezielt Schwarze Menschen, bevor er von der Polizei getötet wurde. Im Internet hinterließ der Täter ein Manifest, in dem er sich auf andere rassistische Massenmörder bezog.

Bei dem Anschlag wurden 13 Menschen verletzt, zehn getötet:

Roberta A. Drury
Margus D. Morrison
Andre Mackneil
Aaron Salter Jr.
Geraldine Chapman Talley
Chelestine Chaney
Heyward Patterson
Katherine Massey
Pearl Young
Ruth Whitfield

Rest in Peace!

Neonazi-Kampfsport in Berlin

Im April 2022 wurde bekannt, dass Akteure der AfD, der „Identitären Bewegung“ (IB) sowie der Berliner NPD im Jahr 2021 mehrfach gemeinsam an Kampfsporttrainings auf dem öffentlichen Sportgelände Rennbahnstraße in Berlin-Weißensee (Pankow) teilgenommen haben.[1] Auf indymedia veröffentlichte Fotos zeigen etwa Christian Schmidt (JN-Funktionär Berlin sowie NPD Pankow) und Fabian Knop (NPD) aus Berlin-Buch (Pankow) sowie die NPD-Aktivisten Lars N. und Kai M. aus Marzahn-Hellersdorf mit Boxhandschuhen auf einem Rasen stehend. Auf einem weiteren Foto sind der bundesweit bekannte IB-Aktivist Mario Alexander Müller, Phillip Zech (ehemals AfD-Vorstand Charlottenburg-Wilmersdorf) und Alexander Göller (JA Berlin) zu erkennen. Auch Jörg Sobolewski, einst selbst Aktivist der IB und später Funktionär der Berliner JA sowie Mitarbeiter der AfD im Bundestag, soll an den Trainings teilgenommen haben. Zu erkennen ist ebenfalls John Hoewer, der nicht nur als „Referent für Inneres“ der AfD-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt, als extrem rechter Burschenschafter und als Redner für „Ein Prozent“ auffiel, sondern in ähnlich aufschlussreicher personeller Zusammensetzung zu einer neofaschistischen Casa-Pound Konferenz im April 2017 nach Rom reiste.[2] Müller inszeniert sich als Redakteur des rechten Compact-Magazin als ein „Antifa-Experte“. Ein weiterer hier dokumentierter Compact-„Experte“ (Outdoor & Survival) ist Roy Grassmann. Die Fotos dokumentieren auch, dass während des Trainings offensichtlich neonazistische Symboliken zur Schau gestellt wurden, so etwa ein Shirt mit der Aufschrift „Kampf der Nibelungen“ oder ein weiteres der Marke „Greifvogel Wear“. In einer Antwort auf eine Schriftliche Anfrage der Linken-Abgeordneten Niklas Schrader und Ferat Koçak bestätigte der Berliner Innensenat zwar, dass „Rechtsextremisten in der Sportanlage Rennbahn in Weißensee sporadisch trainiert haben“, gibt sich darüber hinaus jedoch äußerst schmallippig: Über strafrechtlich relevante Delikte liegen dem Senat demnach keine Erkenntnisse vor. Berliner Rechtsextremisten würden zwar vereinzelt in Sportvereinen trainieren, eine politische Einflussnahme könne hingegen nicht beobachtet werden. Am 1. Mai 2022 griffen Neonazis an den Bahnhöfen Chemnitz und Glauchau anreisende linke Demonstrant_innen an, die in Zwickau gegen einen Aufmarsch des „Der III. Weg“ demonstrieren wollten. In Chemnitz gehörte eine Gruppe Berliner Neonazis zur Angreifergruppe, mindestens zwei von ihnen hatten offenbar zuvor auch in Berlin-Weißensee trainiert.[3] •

1 indymedia.org/node/182846 **2** lsa-rechtsaussen.net/zu-gast-bei-faschisten-konferenz **3** Vgl. @ProtestFotoDD

„Macht mit, Brudis & Schwestis!“

„Du hast Migrationshintergrund? Du liebst Deutschland? Du möchtest dich sowohl für Deutschland als auch für eine bessere Welt engagieren? - Dann komm auch du zu uns Patriotinnen und Patrioten dazu!“. Mit diesem Aufruf wirbt die Gruppierung „Deutsche Patrioten mit Migrationshintergrund“ um Unterstützung. Zusätzlich tauchen seit Februar 2022 in vielen Berliner Bezirken immer wieder Aufkleber der selbsternannten „Patrioten“ auf. Hinter dieser vermeintlich unverfänglichen Werbeoffensive steht mit Marcelo Fraenkel ein Einzelaktivist, der seit einigen Jahren immer wieder an (extrem) rechten Veranstaltungen teilnimmt. Die Strategie hinter dessen Selbstdarstellung ist simpel: Die positive Bezugnahme auf „deutsche Kultur und Heimatliebe“ dient der Normalisierung nationalistischer Positionen, während die eigene Migrationsgeschichte vor Kritik immunisieren soll.

Festzustellen war von Beginn an eine Nähe zur AfD und hier insbesondere zu Leyla Bilge. Fraenkel tauchte erstmals 2018 an den von ihr organisierten „Frauenmärschen“ in Berlin sowie bei den von rassistischen Hetzjagden begleiteten extrem rechten Aufmärschen in Chemnitz auf. Seither ist er regelmäßig bei Kundgebungen der AfD aber auch anderer (extrem) Rechter zu beobachten. Am 9. September 2018 mobilisierte der Neonazi Nikolai Nerling zu einer „Kulturveranstaltung“: circa 30 Teilnehmende versammelten sich auf der Bundestagswiese zum gemeinsamen „Volkstanz“. Eine Tanz-Partnerin von Fraenkel war die rechte Aktivistin Sophia Fuchs. Fuchs hat sich nach eigenen Aussagen auf den „Merkel muss weg“-Aufmärschen in Hamburg politisiert und ist mittlerweile als regelmäßige Autorin des extrem rechten „COMPACT-Magazin“ tätig. Fraenkel selbst besuchte mindestens noch eine weitere „Kulturveranstaltung“ Nerlings am 19. Januar 2019 in Berlin.

Im Juni 2019 war er Teil einer vom Neonazi Eric Graziani organisierten Kundgebung, die in Berlin Bezug nahm auf die sogenannten „Gelbwestenproteste“ in Frankreich. Zuletzt gemeinsam auf der Straße waren beide am 07. Februar 2022 im Rahmen der verschwörungsideologisch motivierten Montagsproteste die – mittlerweile organisiert vom Autokorso „Freie Geister“ – durch Berlin-Mitte ziehen. •

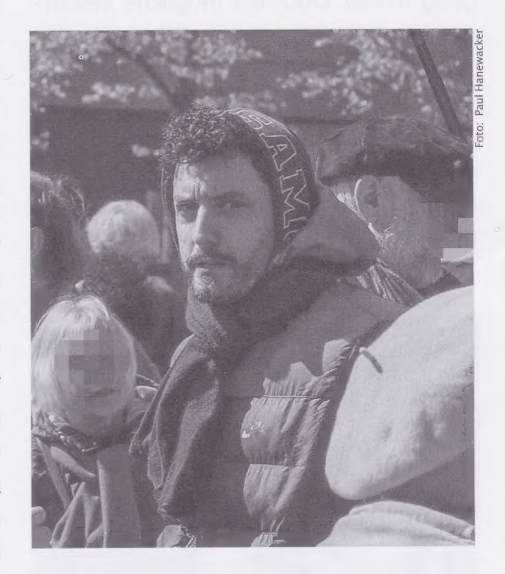


Foto: Paul Hanewacker

Bundesanwaltschaft inszeniert sich mit bundesweiten Razzien gegen Neonazis



Foto: Sören Kohlhuber

„Knockout 51" bei der „Querdenken"-Demonstration in Berlin am 29. August 2020: Leon Ringl (links), Eric Krempler (2.v.r.), Bastian Adam (1.v.r.)

Am 6. April 2022 kam es in elf Bundesländern zu Razzien gegen Neonazis bei insgesamt 50 Beschuldigten wegen unterschiedlicher Straftaten. Den Durchsuchungen lagen vier Ermittlungsverfahren zugrunde: Gegen 14 Angehörige der Eisenacher-Gruppe „Knockout 51" wird wegen „Mitgliedschaft in einer rechtsextremistischen kriminellen Vereinigung" ermittelt. Dabei wurden Haftbefehle gegen Leon Ringl, Maximilian Andreas und Eric Krempler in Eisenach und Bastian Adam in Rotenburg an der Fulda vollstreckt. Ringl betreibt den Eisenacher Szenetreff „Bullseye", die Gruppe besuchte unter anderem rechte Kampfsportevents wie „Tiwaz" und „Kampf der Nibelungen". Auch der NPD-Treffpunkt „Flieder Volkshaus" in Eisenach wurde durchsucht. Ende November 2021 hatte sich „Knockout 51" angeblich selbst aufgelöst.

Wie Focus-Online berichtete, wurden durch die Überwachung der Eisenacher Verabredungen zu geplanten gewalttätigen Ausschreitungen mit Dortmunder Neonazis bei der „Querdenken"-Demonstration am 29. August 2020 in Berlin bekannt. Die Dortmunder waren dazu mit Hämmern und Bengalos bewaffnet zur Veranstaltung erschienen, hätten aber letztlich vor der Polizei „gekniffen". Die Anhänger von „Knockout 51" hingegen haben zwar an Ausschreitungen teilgenommen, sich aber über fehlende Bewaffnung geärgert.[1]

Ein zweites Verfahren richtet sich gegen 21 Personen, die sich trotz des Verbots von „Combat 18" im Oktober 2020 weiterhin im Rahmen der Gruppe betätigt haben sollen. Sie seien unter anderem bei „Pflichttreffen" und „Leistungsmärschen" beobachtet worden. Betroffen von der Durchsuchung waren unter anderem die bekannten Akteure Stanley Röske und Robin Schmiemann. Dass Angehörige der Gruppe ungestört weitermachten, überrascht insofern nicht, weil schon das Verbot die geringen Erkenntnisse der Behörden über die Strukturen von „Combat 18" offenlegte: Ganze Sektionen und Untergruppen blieben unbehelligt.

Deutscher Ableger der „Atomwaffendivision"

Das dritte Verfahren behandelt einen möglichen deutschen Ableger der rechtsterroristischen „Atomwaffendivision" (AWD), deren Mitglieder in den USA mehrere Morde verübt hatten. Propaganda der AWD tauchte in Deutschland an Universitäten in Berlin und Frankfurt auf. Insgesamt wird gegen 10 Personen wegen dem „Verdacht der Mitgliedschaft, der versuchten Mitgliedschaft oder der Unterstützung der terroristischen Vereinigung" ermittelt. Einer der Beschuldigten ist auch hier Ringl, über dessen Aktivitäten für die AWD bereits 2019 öffentlich berichtet wurde.

Die Ermittlungen gegen die AWD führten auch zu zwei Durchsuchungen in Berlin-Neukölln und Mitte, die sich u.a. gegen Maurice Pollei richteten. Erst im Juli 2021 kam er wegen einer rassistischen Messerattacke in Berlin-Rudow zeitweilig in Untersuchungshaft. Am Tag der Razzia sollte eigentlich ein Prozess gegen Pollei wegen gefährlicher Körperverletzung und besonders schweren Landfriedensbruch stattfinden. Laut ZEIT Online sind weitere Beschuldigte aus Berlin neben Pollei auch Robin-Oliver B. und der Berliner NPD-Funktionär Oliver Niedrich.[2] Alle drei agierten zusammen im Rahmen der NPD-„Schutzzonen"-Kampagne. Nach Durchsuchungen wegen des Verdachts auf Besitz von Kinderpornografie gegen Niedrich im September letzten Jahres war es ruhig geworden um den früheren Berliner NPD-Vize.[3] Niedrich bestreitet die Vorwüfe, die Ermittlungen in diesem Fall dauern aber noch an. Im vierten Verfahren der Großrazzia Anfang April wird die rechte Chatgruppe „SKD 1418" als „terroristische Vereinigung" bewertet, weil die fünf Mitglieder aus Südbaden „Anhänger für terroristische Anschläge zum ‚Rassenkrieg' und zur Zerstörung bestehender demokratischer Systeme unter Ersetzung durch ein neofaschistisches System zu gewinnen" versuchten.

Bemerkenswerter Zeitpunkt der Razzien

Die Eisenacher Neonazis um Ringl fungieren aktuell im Antifa-Ost-Verfahren als Belastungszeugen der Bundesanwaltschaft. Der Zeitpunkt der Durchsuchungen gegen Ringl und Co. ist insofern bemerkenswert, als dass die Taten bereits einige Zeit zurückliegen, öffentlich bekannt waren und die Ermittlungen schon länger liefen, die Razzien jedoch erst nach ihren Aussagen im Prozess gegen die angeklagten Antifaschist_innen durchgeführt wurden. Es drängt sich der Verdacht auf, dass die BAW ihre Belastungszeugen nicht vor den Aussagen demontieren wollte, sich aber aufgrund der Thematisierung ihrer rechten Aktivitäten im Prozess nun als vermeintlich konsequent im Vorgehen gegen Rechts inszenieren will. •

1 www.focus.de/politik/deutschland/neo-nazi-netzwerk_id_107949255.html
2 www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2022-05/atomwaffen-division-npd-neonazis-rechtsterrorismus-rechtsextremismus
3 www.bz-berlin.de/berlin/razzia-bei-berliner-npd-vize-staatsanwalt-ermittelt-wegen-kinderpornografie

TITEL

Neonazis in den ukrainischen Kampfverbänden

„Hier kämpft kein Kamerad für den Zelensky Jud“

■ Der russische Angriffskrieg wird auch nach fast vier Monaten u.a. mit der „De-Nazifizierung“ der ukrainischen Gesellschaft legitimiert. Die Ukraine sei Hort des Nationalismus und Faschismus. Eine tendenziöse Darstellung, denn selbst bei den Wahlen 2019 erlangte eine Koalition der bekanntesten Neonazi-Parteien nur knapp über zwei Prozent der Stimmen und zog dadurch nicht einmal ins Parlament ein. Auch das 2014 gegründete „Asow“-Bataillon (heute Regiment), das den russischen Narrativ nährt, ist längst im Wandel und hat seine ideologische Schärfe verloren. Dennoch ist der russisch-ukrainische Krieg für viele Neonazis Rekrutierungs- und Trainingsfeld und birgt die Gefahr rechte, nationalistische Umtriebe gesellschaftstauglich zu machen. In kaum einem anderen Krieg der letzten Dekaden mischten so viele Personen aus der extremen Rechten mit, ermächtigt durch eine mediale Gleichgültigkeit und den naiven Glauben daran, dass jeder und jede Kämpfer_in auf Seiten der Ukraine für die demokratischen, westlichen Werte kämpfen würde. Schlaglichter auf die Akteure, die Unterstützenden und das Netzwerk der kämpfenden Neonazis zu werfen, ist trotz der widrigen Umstände umso notwendiger.

„Zelensky ist ein Jude. Dieser Jude gab uns, Hardcore Neonazis, Waffen und die Rechte zu kämpfen und zu töten, für seinen Thron? Und wir beugen und unterwerfen uns und sterben für ihn gegen den ‚based‘ Putin? Denkt ihr das wirklich?! (…)“.

Es ist der 27. Februar 2022, als Denis Kapustin diese Zeilen auf seinem Telegram-Kanal „White Powder“ verfasst. Vier Tage zuvor hatte das russische Militär unter Befehl Wladimar Putins seinen Angriffskrieg auf die Ukraine gestartet.

Kapustin, der bis heute als „Denis Nikitin“ auftritt und dem auf dem erwähnten Telegram-Kanal knapp 10.000 Menschen folgen, zog 2017 in die Ukraine. Internationale Bekanntheit erlangte er durch das extrem rechte Kampfsport-Format „White Rex“, dass er vor über zehn Jahren in Russland aufgebaut und mit dem er auch auf die westeuropäische Szene einen immensen Einfluss hatte. Kapustin ist nicht unumstritten. Journalist_innen des „Der Spiegel“ deckten vor wenigen Jahren auf, dass er einst als jüdischer Kontingentflüchtling nach Deutschland einreiste und in Köln lebte. Er selbst streitet dies ab und widerspricht auch einer Darstellung seiner Person als „Drogenboss“. Laut dem „Spiegel“-Artikel sei Kapustin verdächtigt worden, in der Ukraine Amphetamine hergestellt zu haben.

Nachdem es um den Neonazi lange ruhig war, trat er seit Herbst 2020 erneut in den sozialen Netzwerken auf und liefert dort rechte Inhalte quer durch die Bank: Kampfsport, Straßengewalt, Hetze gegen Migrant_innen, Antisemitismus und seit Beginn des Angriffskrieges in der Ukraine auch pro-ukrainische, neofaschistische Propaganda.

„Ich bin Neonazi durch und durch. (…) Hier kämpft kein Kamerad für den Zelensky Jud, nur gegen die Neobolsheviken.“, schreibt er in einem Chat auf Telegram Ende Februar 2022 an einen vermeintlichen Mitstreiter. Dieser, wie auch ein nicht unerheblicher Teil der Neonazis-Szene, fragte die kämpfenden Kameraden in der Ukraine zu Beginn des Krieges immer wieder, warum sie gegen Putin seien und stattdessen für die „Schwuchtel“ und den „Juden“ Volodymyr Zelensky – Präsident der Ukraine – in den Kampf ziehen. In der Wahrnehmung der Szene repräsentiere Zelensky die moderne Welt, die westlichen Werte und damit verbunden u.a. die Gleichstellung von Schwulen und Lesben.

Kapustin solle weiter Merchandise mit „White Rex“ herstellen, anstatt sich in den Krieg einzumischen. „Wenn die Ukraine gewinnt, ist es schlecht für uns, wenn Russland gewinnt ist es schlecht für uns. Was aber noch viel schlimmer ist, ist es die eine Seite zu bewerben, auf der weiße Männer ohne Familie sterben, was dazu führt, dass es noch weniger von uns gibt.“, schreibt ein User auf Telegram in einem Chat an Kapustin.

Nach über dreimonatigen Kriegsgeschehen scheint innerhalb der Neonazi-Szene die hitzige Auseinandersetzung darüber, ob man nun die Ukraine oder eher Russland unterstützen sollte, entschärft, bzw. entschieden. Propaganda, wie sie u.a. von Kapustin in den ersten Wochen des Krieges verbreitet wurde, um Neonazis weltweit davon zu überzeugen, dass Putin im Grunde eine neue Sowjetunion errichten wolle, scheint nun nicht mehr notwendig zu sein. In mehreren Videobotschaften hatte sich Kapustin am Anfang noch – auf Deutsch, Russisch und Englisch – an seine Follower gewandt und eine Po-

sitionierung eingefordert. Vor allem die Darstellung, dass tschetschenische Kämpfer durch den Krieg in der Ukraine auch in Westeuropa einfallen würden, war einer der Hauptbestandteile von Kapustins Propaganda. Ein Narrativ, das durch die Macht der Bilder verstärkt werden kann. Schließlich kursieren hunderte Videos bärtiger Männer, die auf Seiten Russlands kämpfen und unter Rufen wie „Allahu Akbar" (dt. „Allah ist groß") beim Häuserkampf im Osten der Ukraine zu sehen sind. Diese Videos sind die perfekte Vorlage für eine extreme Rechte, die seit Jahren vor der „Islamisierung des Abendlandes" warnt. Auch Bilder und Videos, in denen russische Soldaten mit Hammer und Sichel zu sehen sind, befeuern den Glauben daran, dass der Krieg ein Kampf gegen den Kommunismus sei.

Alle Zeichen auf Krieg

Längst ist auch im Mainstream der ukrainischen Gesellschaft die Rede von „Orcs", die in ihr Land einfallen. Kiew sei das Bollwerk gegen „Mordor", wie es auf dem Telegram-Kanal „Fortress Kyiv" heißt. Ein Verweis auf J.R.R. Tolkiens mytho-poetische Legenden, auf denen Bestseller wie „Herr der Ringe" basieren. „Mordor", das unsäglich „Böse" – Russland –, Ramzan Kadyrovs Truppen aus Tschetschenien seien „Uruk-Hais", ein besonders brutaler Auswuchs der „Orcs".

Eine durchaus befremdlich wirkende Erzählung der Neonazis, die der Heroisierung ihres Kampfes um „Land und Kultur" dienen soll. „Fortress Kyiv" selbst ist das Produkt von Neonazis um das Label „Militant Zone". Aushängeschild dessen ist Alexey Levkin, der vor Jahren aus Russland in die Ukraine flüchtete. Er ist Sänger der National Socialist Black Metal-Band (NSBM) „M8l8th" und kämpfte bereits im Donbass auf Seiten der Ukraine, nachdem Russland dort 2014 einfiel.

Über den Kauf im Webshop von „Militant Zone" würde man die ukrainischen Kameraden im Kampf unterstützen. Dieser wie auch das bekannte Klamotten-Label „Sva Stone" produzieren auch während des Krieges weiter.

Selbst Musik und dazu gehörende Videos werden in Kriegszeiten veröffentlicht. Erst kürzlich brachte Levkin mit „M8l8th" eine Single heraus, das Cover der Single ziert – ganz zeitgemäß – eine Abbildung von Levkin selbst, im Anschlag eine Panzerabwehrlenkwaffe. Ähnliche Darstellungen finden sich bei ukrainischen Bands wie „Sokyra Peruna". Ihr im Juni 2022 veröffentlichtes Musikvideo „Kalyna" ist die eigene Vertonung eines bekannten Volksliedes, während das Video schlicht Kriegspropaganda ist. Es zeigt Arseniy Bilodub (geb. Klimachev), Sänger der Band, wie er als Teil einer militärischen Einheit der Neonazi-Organisation „Karpatska Sich" durch das Kriegsgebiet fährt, an militär-strategischen Treffen teilnimmt, umkämpfte Häuser einnimmt oder eben mit Panzerabwehrwaffen schießt.

Auch bei „Sva Stone", dem Modelabel von Bilodub, stehen die Zeichen auf Krieg. Anstatt wie gewohnt im Gym zu posieren, sieht man heute die Models der Marke, wie Volodymyr Avdienko, mit Schutzweste und in Tarn. 50 Prozent der Einnahmen würde man an die ukrainischen Freiwilligen-Verbände spenden, heißt es in den sozialen Medien seitens „Sva Stone".

„Wie wollen Waffen und Militarismus, Patriotismus und Expansion glorifizieren – die perfekte Ideologie, für die man sterben kann", heißt es auf dem Telegram-Kanal der Marke schon am 22. Februar 2022, noch vor der Invasion des russischen Militärs. „Das Schicksal unseres Vaterlandes liegt in unseren starken Händen, in der Macht unserer Waffen und unseres Geistes! Wir werden gewinnen!" verlautbarte „Sva Stone" dann am 24. Februar 2022.

Unterstützung erhält Arseniy Bilodub und „Sva Stone" aus Deutschland vor allem aus Chemnitz, wo der einflussreiche Neonazi-Versandhandel „PC Records" seinen Sitz hat. Yves Rahmel – lange Zeit Geschäftsführer, heute „nur noch" Mitarbeiter bei „PC Records" – verkauft über den Webshop nicht nur exklusiv für den deutschen Markt die Produkte von „Sva Stone", sondern ist bemüht, Spenden für seine Kameraden in der Ukraine zu aquirieren. Über „PC Records" wurde etwa ein Spendenaufruf verbreitet, auf dem das Konto eines „Klimachov Arsentii" angegeben wurde. Ein Hinweis auf Arseniy Bildodub, dessen Geburtsname „Klimachev" lautet?



Screenshot Telegram

Denis Kapustin von „White Rex", bewaffnet im Kriegsgebiet im Mai 2022

Auch Hilfsgüter brachte Rahmel aus Sachsen bereits an die polnisch-ukrainische Grenze, wo sie ihren Weg etwa nach Mykolajiw zu den „Rebel Volunteers" fanden. Die Organisation präsentiert sich im Internet als wohltätig und sammle Hilfsgüter für Krankenhäuser. Die Flagge des „Asow"-Regiments und Artikel vom Modelabel „Sva Stone" finden sich jedoch auf vielen Fotos der Organisation wieder. Kein Wunder, denn Mitinitiator der „Rebel Volunteers", Lybomir Boroda, ist Model der Neonazi-Marke und mit Bilodub freundschaftlich verbunden. Auch Rahmel – der erst im Sommer 2019 am „Fortress Europe"-Konzert in Kiew teilnahm und dort seine Hakenkreuz-Tätowierungen zur Schau stellte – ist ein langjähriger Bekannter Bilodubs. Im Rahmen eines Konzerts von „Sokyra Peruna" in Ostdeutschland vor wenigen Jahren war es Rahmel, der u.a. Bildodub zum Völkerschlachtdenkmal nach Leipzig führte.

Im Übrigen: Weniger funktionstüchtig als der Versand von „Sva Stone" dürfte der „Kolovorot"-Shop (dt. Hakenkreuz) in Kharkiv sein. Der Laden im Stadtzentrum, der von Musikern der NSBM-Band „Nokturnal Mortum" mit betrieben wird, wurde im März während eines russischen Angriffs zerstört. „Nokturnal Mortum" positionierten sich mehrfach und deutlich nationalistisch und spielten auf Benefiz-Konzerten der paramilitärischen Neonazi-Organisation „Prawji Sektor" (dt. „Rechter Sektor").

Bis zur Invasion des russischen Militärs im Februar 2022 war Bilodub in den Reihen von „Prawji Sektor" zu finden und trug





Links: Alexey Levkin, Sänger von „M8l8th“ posiert im Kriegsgebiet mit einer Panzerabwehrwaffe
Rechts: Arseniy Bilodub, Lybomir Boroda und Volodymyr Avdienko (v.l.n.r.) als Models der ukrainischen Neonazi-Marke „Sva Stone“

dessen Abzeichen. Warum er heute stattdessen der Freiwilligen-Einheit von „Karpatska Sich“ angehört, ist unklar. Ideologisch stehen sich beide Organisationen jedoch in nichts nach. Waren es bei „Prawji Sektor“ Konzerte extrem rechter Bands, die Gelder in die Struktur spülen sollten, gehört heute in Kriegszeiten RechtsRock auch in Propaganda-Videos von „Karpatska Sich“. Nur wer es kennt – und die internationale Neonazi-Szene versteht ihre Codes ohne viele Worte – weiß, welche RechtsRock-Band da in einem der kriegsverherrlichenden Videos von „Karpatska Sich“ zu hören ist: die Berliner Untergrund-Band „Landser“ mit ihrem Lied „Rebell“ als Akustik-Version.

In den Reihen der Einheit findet man auch Neonazis aus dem Ausland. Etwa Alexandre Filipe, der aus der Schweiz stammt und sich schon vor Jahren in der Ukraine ausbilden ließ. Mutmaßlich um am Krieg gegen die Seperatisten im Donbass teilnehmen zu können. Filipe gehörte einst den „Schweizer Hammerskins“ als Anwärter an. Mit Personen von „Karpatska Sich“ nahm er schon im Februar 2019 am „Tag der Ehre“ in Budapest teil und besuchte im Sommer des selben Jahres ein Camp der ukrainischen Organisation.

Sowohl „Prawji Sektor“ als auch „Karpatska Sich“ verzeichneten während des aktuellen Kriegsgeschehens schwere Verluste in den eigenen Reihen. Das bekannteste gefallene Mitglied von „Prawji Sektor“ ist zweifelsohne Taras Bodanych, genannt „Hammer“. Er war Kommandeur eines Bataillons der Organisation und war in seiner Heimatstadt Lviv Anführer der „Lviv Skins“. Auch der ebenfalls aus dem Westen der Ukraine stammende Artem Zalesov schloss sich einer Freiwilligen-Einheit an. Benannt ist diese nach der russischen Neonazi-Gruppe „Format 18“ um Maxim „Tesak“ Martsinkevich – ein russlandweit bekannter Neonazi-Gewalttäter.

Internationale Trauerbekundungen gab es allerdings vor allem für Mykola Krawtschenko. Er hatte das „Asow“-Bataillon ab 2014 ideologisiert und militärisch mit aufgebaut. Bekanntheit erreichte er außerdem über sein Mitwirken im länderübergreifenden extrem rechten „Intermarium“-Bündnis, das zu Kriegsausbruch die Rekrutierung und Koordinierung der internationalen Freiwilligen übernahm, sowie durch seine Tätigkeit als Schriftsteller. Krawtschenkos Buch „Natiokratie“ wurde ins Deutsche übersetzt und beim neu-rechten „Jungeuropa“-Verlag veröffentlicht.

Unterstützende aus dem europäischen Ausland

Die Welle der Solidarität mit der ukrainischen Bevölkerung und den kämpfenden Einheiten war auch in der Neonazi-Szene hoch. Rechte Hooligans des Berliner Fußballclub Dynamo und von Hertha BSC schickten schon wenige Tage nach der russischen Invasion taktische Ausrüstung an ihre Kameraden, während die rechten Ultras des FC Energie Cottbus im Stadion ein Spruchband präsentierten, auf dem dazu aufgerufen wurde, in Cottbus Krawalle anzufangen. Andere Personen aus den teils rechten Fußballszenen Dänemarks, Frankreichs, Portugals, Spaniens und Polens seien sogar selbst in den Krieg gezogen.

Ein wenig untergegangen ist, dass auch bekannte Personen der deutschen Neonazi-Szene kräftig die Werbetrommel für den Krieg in der Ukraine rührten. Etwa Ivan Kormilitsyn, der lange Zeit in Rostock wohnte, dort der Kameradschaftsszene angehörte und kurzzeitig für die AfD ein Amt besetzte. Er stammt ursprünglich aus der Ukraine und nahm dort vor Jahren an militärischen Trainings teil. Zuletzt hatte er versucht einen deutschen Ableger von „Tradition & Ordnung“ aufzubauen. Die Gruppe, die 2016 in Kiew als „Tradition & Order“ gegründet wurde, gilt als Nachfolgerin der Organisation „Revanche“. Mit der Invasion des russischen Militärs dauerte es keine Woche, bis „Tradition & Order“ sich erneut unter ihrem alten Namen präsentierte: als „Bataillon Revanche“ unter Führung von Bogdan Khodakovsky. Auffällig viele junge Männer kämpfen für dieses Bataillon. In einer Selbstdarstellung heißt es dazu: „Der Krieg ist für die Jungen. So war es und so wird es immer sein. Nichts kann die Energie und das Abenteurertum junger Patrioten ersetzen, die ihre Kraft gefunden haben, um ihre Heimat zu verteidigen.“

Mit einer Armbinde von „Tradition & Order“ fiel auch Ivan Kormilitsyn auf. Nicht in Deutschland, sondern in seiner neuen Heimat Österreich, wo er Ende Februar 2022 an einer Demonstration in Wien teilnahm. In Graz wiederum beteiligte er sich bei der Koordination einer Sammelstelle für Hilfsgüter und versuchte dort mehr-

Screenshot Telegram



Screenshot Instagram



Oben: Mitglieder des „Bataillon Revanche" auf einer Schulungsveranstaltung während des Krieges im April 2022. 1.v.l.: der Kommandeur des Bataillons, Bogdan Khodakovsky
Links: Ivan Kormilitsyn mit angedeuteten Hitlergruß und Referenz auf das neonazistische „Bataillon Revanche"

fach auf das Bataillon „Revanche" aufmerksam zu machen. So veröffentlichte er Listen, in denen aufgezählt wurde, was das Neonazi-Bataillon an Ausrüstung bräuchte.

Quo Vadis Asow?

So weit bekannt kämpften bisher keine der erwähnten Einheiten und Bataillone unter der Obhut der Nationalgarde. Sie sind der Ukrainischen Armee unterstellt, zählen aber als Freiwilligen-Verbände zu den Territorial-Verteidigungskräften, die nach der russischen Invasion ins Leben gerufen wurden. Die hier genannten Einheiten sind bei weitem auch nicht die einzigen kämpfenden Gruppen. Eine vollständige Aufzählung aller (extrem) rechten Kampfgruppen ist nur schwer möglich, da das Kriegsgeschehen dynamisch ist und sich die Schauplätze fast täglich verschieben.

International wurde in den letzten Wochen vor allem das Handeln des „Asow"-Regiments beachtet. Es ist Teil der Nationalgarde, dürfte mittlerweile um die 15.000 Kämpfende stark sein und zählt heute zu den Spezialkräften.

Seinen Ursprung hatte „Asow" in der neonazistischen Bewegung nach der Maidan-Revolte, ihr Logo beinhaltete faschistische Symbole. Doch einen Namen machte sich das Regiment nicht nur durch ihr Auftreten, sondern durch ihren Einsatz gegen die Seperatisten in der Ostukraine nach 2014. Das Regiment war an der Befreiung Mariupols von den pro-russischen Kräften beteiligt und errichtete dort in den kommenden Jahren ihre Basis. Im Rahmen der Belagerung von Mariupol im jetzigen Angriffskrieg Russlands nahmen „Asow"-SoldatInnen abermals eine herausragende militärische Rolle ein. Sie werden als HeldInnen gefeiert, da ihr Kampfgeist im Dienst der Ukraine innerhalb der Nationalgarde immer noch als herausragend gilt.

Als „Asow"-Bewegung und als politische Kraft, konnte sich das Regiment mit der parteiähnlichen Struktur „National Korps" eine Basis aufbauen, die allerdings im aktuellen Kriegsgeschehen keinen Einfluss zu haben scheint. Auch ist der Kopf des „National Korps", Andrij Bilezkyi, nicht mehr länger oberster Kommandeur des „Asow"-Regiments. Er wurde von Denys Prokopenko abgelöst, dessen politische Karriere in der extrem rechten Fußballszene begann.

Zu behaupten, dass sich das Regiment durch personelle Veränderungen entpolitisiert hätte, wäre fatal. Beobachter_innen der Szene wie Michael Colborne[1] raten jedoch, das Regiment als Neonazi-Organisation nicht überzubewerten. Tatsächlich unterlag die Gruppe einigen Veränderungen hinsichtlich ihrer Professionalisierung und ihres Auftretens. „Asow" als politische Kraft scheint es so wie in den ersten Monaten nach der Maidan-Revolte nicht mehr zu geben. Eine politische Mäßigung dürfte sicherlich auch durch die Einverleibung in die Nationalgarde begünstigt worden sein, die zwar schon Ende 2014 stattfand, dessen Prozess um die Umstrukturierung aber einige Jahre andauerte. Davon abgesehen wurden dem „Asow"-Regiment 2015 aufgrund der offensichtlichen Verbindungen zur extremen Rechten vom US-Kongress jegliche Hilfen untersagt. Heute werden Drohnensysteme, Panzerabwehrlenkwaffen und andere moderne Waffensysteme wieder zur Verfügung gestellt.

Die „Guten" aus dem „Asow"-Regiment – so in der Sprache des Mainstream – kämpften erbittert in Mariupol gegen die russische Belagerung von „Asovstal". Nur wenigen Medien war es die Mühe wert, das Regiment als mindestens nationalistisch einzuordnen. Die „Bösen" hingegen verschwanden von der Bildfläche, haben ihre Nischen gefunden und bilden eigene Verbände innerhalb von „Asow": sogenannte Veteranen-Verbände, die heute unter den Namen „Kraken" und „SOF Asow" operieren.

Sorgen machen sollte nicht, wie extrem rechts die Kampfverbände sind, ob sie sich gemäßigt haben oder nach politischer Einflussnahme streben. Tatsächlich verstörend ist die Flut an Waffen, Munition und Kriegsgerät, welches auch durch die Hände von Neonazis gereicht wird. Es ist nicht absehbar, ob dieser Krieg in der Ukraine endet oder nach Westeuropa getragen wird, die Waffen werden ihre Wege jedoch mit Sicherheit dorthin finden, ähnlich wie in den Jahren nach dem Krieg in Kosovo. Nur ist die Wahrscheinlichkeit heute größer, dass die Wege der Waffen aus erster Hand von Neonazis zu Neonazis führen.•

1 Michael Colborne: From the Fires of War: Ukraine's Azov Movement and the Global Far Right, ISBN-13: 9783838215082

TITEL

Wie nutzen die Rechten den Krieg für sich? Ein paar Neonazis riefen zum bewaffneten Kampf auf Seiten ukrainischer Nationalisten auf. Die Mehrheit der AfD-Anhänger*innen und Verschwörungsideolog*innen aber unterstützen die russische Regierung und befeuern ihre Mythen.

Völkische Allianzen in Europa

CAROLIN WIEDEMANN
(ERWEITERTE UND AKTUALISIERTE VERSION AUS DER AK)

Kurz hatte man die Hoffnung, die rechte Szene würde sich spalten: In den ersten Tagen des Krieges brüsteten sich einzelne Neonazis in T-Shirts mit Aufdruck „Sonnenstudio 88" in einschlägigen Foren damit, in die Ukraine aufzubrechen und mit dem nationalistischen „Asow-Bataillon" zu kämpfen, während nur wenige AfD-Mitglieder ihre traditionelle Putin-Treue zum Ausdruck brachten und der Rest der Partei ungewöhnlich still blieb.

Mittlerweile zeigt sich aber deutlich, was auch vor dem Angriff auf die Ukraine galt: Rechte Gruppen in Europa stehen den neofaschistischen Eliten in Russland nahe, ideologisch und personell.

Auch in der AfD sind nun jene Stimmen am lautesten, die Sanktionen gegen Russland blockieren und die AfD dabei als „Friedenspartei" inszenieren, um die Verbundenheit mit dem Kreml zumindest offiziell zu kaschieren. In Aussagen von Tino Chrupalla und Björn Höcke, etwa jener, Annalena Baerbock handle als „Statthalter des US-Establishments im Vasallenstaat BRD", drückt sich das alte deutsche antiliberale, anti-amerikanische Ressentiment aus, das sie zusammen mit Wladimir Putin zu nähren wissen.

Die sogenannten „Freien Sachsen", eine von (extremen) Rechten und NPD-Kadern angeführte Bewegung, verbreiteten schon zu Beginn des Angriffs auf die Ukraine das Narrativ des Kremls, die Ukrainer*innen würden sich nach einer Befreiung von ihrer „USA- und EU-hörigen Regierung in Kiew" durch Putin sehnen. Russlands Aktionen seien notwendige und erfreuliche Verteidigungshandlungen gegenüber den Aggressionen der NATO.

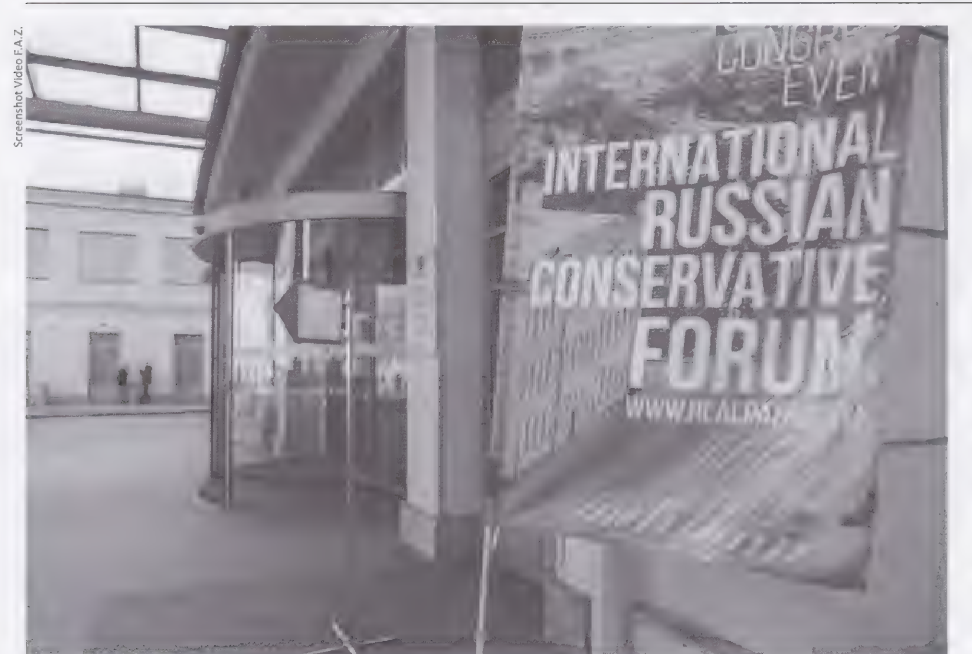
Im rechten „Compact Magazin" schrieb der Autor und Verschwörungsideologe Oliver Janich in ähnlicher Weise: Putins Militäraktion sei „defensiv", man würde sich gegen „tagelange Angriffe ukrainischer Kräfte" verteidigen.

Andere neurechte Akteur*innen wie Eva Herman und Kayvan Soufi-Siavash („Ken Jebsen") waren bereits 2014 als zentrale Figuren bei den sogenannten „Montagsmahnwachen für den Frieden" an der Verharmlosung der Annexion der Krim durch Russland beteiligt. Viele der vermeintlich „friedensbewegten" Querfrontler*innen tauchten dann vor allem im Querdenken-Milieu wieder auf. Und genau jenes Milieu versucht nun, die Situation für sich zu nutzen, wie die Sozialpsychologin Pia Lamberty in ihrer Forschung darlegt und wie es die Autor*innen des Blogs „Volksverpetzer" in einer Sammlung von Telegram-Nachrichten zeigen: Einige Kanäle gehen so weit zu behaupten, der Krieg sei eine Inszenierung der Medien zum Nutzen der globalen Eliten. „Die Medien" hätten schließlich schon bei Corona gelogen.

Wer regelmäßig gegen die staatlichen Coronaschutzmaßnahmen protestiert, stimmt der Propaganda des Kreml eher zu. In einer im Mai veröffentlichten Studie zeigen Lamberty und ihre Kolleginnen Maheba Goedeke Tort und Corinne Heuer, wie weit verbreitet Desinformation und Verschwörungserzählungen in der deutschen Gesellschaft sind – fast ein Viertel der Befragten glaubt, man könne der Kriegsberichterstattung westlicher Medien nicht vertrauen. Besonders empfänglich sind AfD-Anhänger*innen und Ungeimpfte. Sie pflichten mehrheitlich Aussagen bei wie etwa, der Westen mache Putin zum Sündenbock, um von echten Problemen abzulenken; der Westen habe sich gegen Putin verschworen, um die eigene Macht zu vergrößern. Und: Putin kämpfe mit seinem Angriffskrieg gegen eine globale Elite, die heimlich die Strippen ziehe.

Getreu jener antisemitischen Verschwörungstheorien heißt es etwa auch auf dem rechten Blog „Journalistenwatch", dass George Soros in der Ukraine seine Finger im Spiel habe. Und ein paar Zeilen weiter wird der NSU als ein Konstrukt des Verfassungsschutzes bezeichnet.

Auf der selben Seite erzählt der rechte Influencer Miró Wolsfeld im Video zur Frage „Ukrainekrise: Wie sollte sich Deutschland positionieren?", dass der „Multimilliardenkonzern ARD" Beiträge fälsche, um gegen Russland zu hetzen. So habe das öffentlich-rechtliche Fernsehen etwa Aufnahmen von Angriffen „muslimischer Terroristen" verwendet, die dann im Fernsehen dem russischen Militär zugeschrieben wurden. Als vermeintlichen Beweis zeigt er



Screenshot Video F.A.Z.

Das Holiday Inn St. Petersburg – Tagungsort des „Forum der Konservativen"

eigens zusammengeschnittene Videos. Vitali Klitschko hänge außerdem in hart rechten Kreisen rum, was die deutschen Medien bewusst verschwiegen. Dann kommt Martin Sellner, Chefstratege der „Identitären Bewegung", zu Wort und sagt, es ginge in der Ukraine vor allem darum, dass die EU nur noch eine Kolonie der Vereinigten Staaten sei.

Diese Position verbreitete die vom Kreml gegründete Partei „Rodina", „Heimat", schon 2014, als sie zu einem „Forum der Konservativen" nach St. Petersburg einlud. Der Krieg im Donbass sei auch ein Krieg der US-Administration gegen Europa. Gemeinsam müsse man „den Faschismus in der Ukraine" bekämpfen. Anwesend waren fast alle ultrarechten Kräfte Europas, wie etwa die NPD, die belgische Partei „Nation", die „Dänische Partei", die italienische „Forza Nuova", die spanische „Democracia Nacional", die griechische „Chrysi Avgi" – „Goldene Morgendämmerung", die „Svenskarnas Parti" aus Schweden. „Weiß und europäisch" sollten die „Vaterländer Europas" wieder werden, anders als die USA. Putin verstehe, dass die Rechte der Mehrheit wichtiger seien „als die Launen und Perversionen von Minderheiten" wie etwa von Homosexuellen.

Putin selbst etablierte jene reaktionäre und nationalistische Propaganda vor allem als Reaktion auf die Massenproteste gegen seine Regierung 2011 und 2012, um wieder „Geschlossenheit" im Land herzustellen und die Opposition weiter zu unterdrücken. Seit 2013 verkündet er, Europas Länder würden aufgrund von Offenheit und Toleranz zerfallen, sie würden „genderlos und unfruchtbar", während Russland sich durch Tradition, Nationalstolz und Christentum behaupte.

Über den globalen „Desinformationsschlauch des Kreml", wie der Autor Marko Kovic ihn nennt, wurde das Bild von Russland als konservativem Rettungsboot in einer Welt, die von Feminist*innen, von Schwulen und trans-Menschen, von Migrant*innen und Muslim*innen kaputtgemacht werde, dann auch erfolgreich nach außen transportiert. Der Kreml hat den „Kulturkrieg" der Rechten maßgeblich vorangetrieben – die Vorstellungen von der „politisch korrekten Diktatur", die Umkehrung von Täter und Opfer, die sich auch darin ausdrückt, die anderen als Nazis zu bezeichnen.

Und die Verbindungen waren von Anfang an nicht nur ideologischer Art: Der französische „Front National" hat einen Millionenkredit bekommen als Belohnung dafür, dass Marine Le Pen das Krim-Referendum nach der Annexion billigte. Auch die AfD soll Unterstützung von der russischen Regierung erhalten haben. Und mit Konstantin Malofejew, einem Kreml-nahen Medienmogul, dessen Privatvermögen auf zwei Milliarden US-Dollar geschätzt wird, stehen Europas rechte Parteien in einem Email-Austausch, der ebenfalls auf Zahlungen schließen lässt, wie Recherchen des NDR, WDR und der SZ zeigten. Malofejew spricht der Ukraine schon lange das Existenzrecht ab, er will das Zarenreich wieder errichten.

In den ethnisierenden, völkischen Positionen, die der Kreml verbreitet, die Sellner und Co. kundtun, drückt sich der imperiale Anspruch auf Land und Körper aus, die einem — einem Herrscher, einem Volk — vermeintlich zustehen. Die Brutalität, in die jene rassistische, patriarchale Ideologie des Phantombesitz` (Eva von Redecker) mündet, wird in der Linken zu oft unterschätzt.

Auch in Deutschland fänden es einige der besagten Kräfte gut, wenn Putin „aufräumen" und bis nach Berlin einmarschieren würde. Das forderten im verschwörungsideolgischen Telegram-Kanal „Autokorso Freie Geister" 73 Prozent von 53.573 Stimmen.

Im gleichen Chat wurde dann auch ein Fake-Video verbreitet, das angeblich zeigen soll, wie ein Jugendlicher im Bereich Euskirchen von einer Gruppe ukrainischer Geflüchteter angegriffen und zu Tode geprügelt wird. Auf „Neues aus Russland" und im Kanal des Kreml-Propaganda-Stars Alina Lipp wurde des Weiteren verbreitet, Neuankömmlinge aus der Ukraine würden in Deutschland Unruhe und Gewalt stiften, sie würden Jagd auf Menschen mit russischem Hintergrund machen und Autos demolieren. QAnon, jener bei Verschwörungstheoretiker*innen einschlägige Telegram-Kanal, greift diese Geschichten auf.

Das ist der nächste Schritt, der nun für die Rechten folgt: Die Hetze gegen Ukrainer*innen, die nach Deutschland fliehen.

Und der Rassismus der Rechten ist genau wie ihre Warnungen vor Verweichlichung, vor Feminismus und „Trans- und Homolobby" bis in die Mitte der Gesellschaft anschlussfähig. •

TITEL

„Wenn Russland gewinnt, wird es keine Aussicht auf eine unabhängige Politik in der Ukraine geben."

INTERVIEW MIT DENIS VON OPERATION-SOLIDARITY.ORG

Wie sieht die aktuelle Situation vor Ort aus?

Während ich diese Zeilen schreibe, hat sich die russische Armee aus dem Norden der Ukraine zurückgezogen und es ist hier relativ ruhig, abgesehen von den gelegentlichen Angriffen mit Marschflugkörpern. Die Genoss_innen, die in diesem Gebiet gekämpft haben, patrouillieren entweder an der Grenze zu Weißrussland – für den Fall, dass die russische/weißrussische Armee einen neuen Angriff plant – oder sie bitten darum, in den Osten versetzt zu werden. Die Menschen im Osten und Süden sind in schwere Kämpfe verwickelt. Im Rahmen der Operation Solidarität werden weiterhin taktische Ausrüstung für die Genoss_innen und humanitäre Hilfe für die von den russischen Truppen befreiten Regionen bereitgestellt.

Wie ist das Verhältnis zwischen den dort kämpfenden Genoss_innen sowie Asow/ Rechter Sektor und anderen FaschistInnen? Hat das in der Praxis eine Bedeutung? Und wie beurteilt ihr Asow und andere rechte Strukturen im Allgemeinen?

Asow ist ein Regiment der Nationalgarde der Ukraine. Sie kämpfen derzeit in Mariupol mit einigen anderen Einheiten der ukrainischen Armee. Die russische Armee blockiert die Stadt seit dem 1. März, und es ist nicht klar, ob irgendjemand dort überleben wird. Die ehemaligen Asow-Kämpfer haben sich in einer anderen Einheit zusammengeschlossen, um in der Nähe von Charkiw gegen die russische Armee zu kämpfen. In gewisser Weise ist dies beunruhigender als der Asow selbst: Im Laufe der Jahre wurde der Asow immer unpolitischer. Die meisten Leute, die extrem rechte Ideologien ernster nahmen, hatten die Einheit verlassen, um in der extrem rechten Partei „Nationales Korps" (die Partei ist eng mit den militärischen Strukturen verwoben – Anmerkung der Übersetzenden) mitzumachen, während die Leute, die nur an militärischen Trägern interessiert waren, der Einheit beitraten, obwohl nicht alle von ihnen einer bestimmten Ideologie folgten. Die Kluft zwischen Asow und der Partei wuchs von Jahr zu Jahr, vor allem aufgrund der Aktivitäten von Sergej Korotkih, einer zwielichtigen Figur in der Neonazi-Bewegung und im „Nationalen Korps". Er soll in eine Reihe von Morden an Asow-Mitgliedern verwickelt sein, die er als politischen Gegner ansah. Es ist nicht klar, ob sie nach dem Krieg wieder enge Verbündete sein werden. Die Rechten in der Ukraine bekämpfen sich untereinander recht häufig.

Der Rechte Sektor war jahrelang eine absolut inaktive Organisation. Jetzt sind einige Mitglieder wieder in die Armee eingetreten, und betreiben mindestens eine Artillerieeinheit. Ansonsten hört man nicht viel von ihnen. Einige andere Mitglieder extrem rechter Gruppen haben sich ebenfalls dem Militär oder den Territorialen Verteidigungskräften angeschlossen, allerdings meist als Einzelpersonen und nicht als ganze Einheiten. Die Mehrheit der Bevölkerung sieht diesen Krieg jedoch als einen Krieg der Demokratie gegen die Diktatur Putins. Die extrem rechten Gruppen werden wahrscheinlich wieder an Popularität gewinnen (in den Jahren vor der Invasion war dies rückläufig), aber die Chancen, ein faschistisches Regime in der Ukraine zu errichten, sind verschwindend gering.

Es gibt keine Zusammenarbeit zwischen den Genoss_innen und den rechten Gruppen. Die ukrainischen Streitkräfte umfassen derzeit mehr als 300.000 Personen, und nur ein Bruchteil von ihnen gehört der extremen Rechten an.

Gibt es Kenntnisse über deutsche/internationale Neonazis, die in der Ukraine kämpfen? Wie werden andere Unterstützungsleistungen deutscher Neonazis wahrgenommen? Was sagt ihr dazu, dass Asow und andere Rechte als Legitimation für Putins „Entnazifizierung" benutzt werden?

Ja, zumindest einige der internationalen Kämpfer, die in die Ukraine gekommen sind, gehören zu den extrem rechten Gruppen. Die Mehrheit behauptet jedoch, dass sie hierhergekommen sind, um die russische Armee zu stoppen, die Kriegsverbrechen begeht und um die Demokratie zu schützen. Ich denke, das trifft auf die Mehrheit von ihnen zu. Außerdem lässt die ukrainische Regierung nur diejenigen

OPERATION SOLIDARITY

Wer sind wir?
Operation Solidarity ist ein antiautoritäres Freiwilligennetzwerk, das während des Krieges organisiert wurde, um allen fortschrittlichen Kräften in der Gesellschaft gemeinsam zu helfen, der imperialistischen Aggression gegen die Ukraine zu begegnen.

Was tun wir?
Wir sammeln Hilfe und Gelder für die Kämpfenden der Territorialen Verteidigung und ihrer Familien, helfen Geflüchteten und unterstützen fortschrittliche Basisinitiativen, die die Menschen angesichts einer gemeinsamen Bedrohung vereinen. Mit den gesammelten Geldern kaufen und liefern wir die notwendigsten humanitären Güter, militärische Ausrüstung und medizinische Hilfsgüter in die Ukraine.

kämpfen, die bereits über militärische Erfahrung verfügen, so dass es keine Massenausbildungsstätte für die rechte Kämpfer geben kann, selbst wenn einige Personen einen Weg finden würden, sich ohne vorherige Erfahrung in Kampfeinheiten einzuschleichen.

Selbst wenn es Asow nicht gäbe, würden die russischen Medien immer noch einen Weg finden, die Ukrainer*innen als Faschist*innen darzustellen, zumindest für die russische Öffentlichkeit. Tatsächlich tun sie das gerade jetzt, indem sie behaupten, die Ukrainer_innen seien massenhaft FaschistInnen und es sei eine massive „Säuberungskampagne“ in der Ukraine notwendig, um alle loszuwerden, die die ukrainische Armee, die Territoriale Verteidigung usw. unterstützen. Und das ist die Mehrheit der ukrainischen Bevölkerung. Ich muss jedoch hinzufügen, dass ich es erstaunlich finde, dass sich so viele Menschen mehr Sorgen über Tausende von Asow-Kämpfern mit Hakenkreuz auf ihrem Logo machen als über das, was russische Armee und Geheimpolizei bereits getan haben. Dazu gehören Hassreden gegen Ukrainer_innen im staatlichen Fernsehen, Massaker an der Zivilbevölkerung, Massenvergewaltigungen, Folter, Massenbombardierung und Beschuss ziviler Gebiete in den Städten, Entführung pro-ukrainischer Aktivist_innen und die Zwangsdeportation hunderttausender Ukrainer_innen nach Russland, wobei sie auf dem Weg dorthin in Filtrationslager (Internierungslager – Anmerkung der Übersetzenden) gebracht werden. Ganz zu schweigen von Putins Faszination für den russischen faschistischen Philosophen Iwan Iljin; oder von seinen Reden, in denen er behauptet, die Ukraine sei eine Scheinnation, die von Lenin erfunden wurde und deshalb zurückerobert werden müsse.

Es scheint, dass sich viele westliche Antifaschist_innen zu sehr auf faschistische Symbole und Personen konzentrieren und nicht auf die Tatsache, dass das größte Land der Welt derzeit die schlimmste faschistische Politik verfolgt.

Welche Informationen habt ihr über Angriffe auf Sinti_zze und Rom_nja und Flüchtlinge durch Faschisten?
Leider sind die Rom_nja der am meisten diskriminierte Teil der ukrainischen Gesellschaft. Im Jahr 2018 gab es eine Reihe von Angriffen faschistischer Gruppen auf Rom_nja. Nachdem bei einem dieser Angriffe ein Mann getötet wurde, sah sich die Polizei schließlich gezwungen zu handeln, da die Angst vor internationalen Reaktionen auf die Hassverbrechen zu groß wurde. Die Mörder wurden verhaftet und die Angriffe eingestellt. Dies war ein weiterer Beweis für das, was viele schon lange vermutet hatten – das Innenministerium versuchte, die Straßenfaschisten zu kontrollieren, indem es ihnen die Freiheit zur Straßengewalt gab, sie aber genau beobachtete, falls die Aktivitäten außer Kontrolle geraten würden. Dieser vorgetäuschte Krieg gegen die Straßengewalt wurde vom Innenministerium benutzt, um mehr Macht zu erlangen.
Als der Krieg begann gab es einen Fall, bei dem einige Mitglieder der Territorialen Verteidigung in Lviv mehrere Rom*nja unter dem Vorwurf der Plünderung brutal verhafteten. Da die Stadt in der Westukraine liegt und dort keine Kämpfe stattfinden, hatten die Faschisten nichts anderes zu tun, als wie eine Art Polizei zu agieren. Dabei haben sie auch zwei Mitglieder der Operation Solidarity und später einen veganen Laden angegriffen. Derzeit machen wir eine Informationskampagne über diese Angriffe.

Was birgt die Zukunft (gesellschaftlich, politisch und vor allem mit Blick auf eine links/linksradikale Perspektive)?
Wenn Russland gewinnt, wird es in der Ukraine keine Aussicht auf eine unabhängige Politik geben. Wenn die Ukraine gewinnt und das Ergebnis zumindest die Wiederherstellung des territorialen Status der Vorkriegszeit ist, dann wird die Ukraine ein demokratisches Land mit einer eher zentristischen Regierung und einer Mitte-Rechts-Opposition bleiben. Die Opposition würde wahrscheinlich versuchen, ihre Kampagne darauf aufzubauen, dass die Regierung nicht so gut auf den Krieg vorbereitet war, wie sie es hätte sein sollen, und die extreme Rechte wird sich dieser Rhetorik wahrscheinlich anschließen. Militarismus, „Sicherheitspolitik“ und Nationalismus werden zunehmen, aber ich gehe davon aus, dass sie sich auf einem moderaten Niveau bewegen und in den folgenden Jahren abschwächen könnte. Sollte es Russland jedoch gelingen, mehr ukrainisches Territorium zu annektieren als vor dem Krieg, wird dies zu einer viel stärkeren nationalistischen und revanchistischen Stimmung in der Bevölkerung führen.

Die Linke hat noch einen langen Weg vor sich, bis sie in den nächsten Jahren zu einer bedeutenden Kraft wird. Es ist jedoch schwer, die Zukunft vorauszusagen, da der Krieg wahrscheinlich weltweit zu großen Veränderungen führen wird, sowohl in der Wirtschaft als auch in der Politik.

Viele Menschen wollen sich gegen den Krieg engagieren, hast Du einen Tipp wo es Infos zu der Situation vor Ort und zu Möglichkeiten der Unterstützung gibt?
Es gibt eine Website www.nowar.help/en, auf der ihr Informationen darüber finden könnt, wie ihr uns, Operation Solidarität, Geflüchtete und andere nützliche Initiativen unterstützen könnt. •

TITEL

Interview mit „Feminist Workshop“ aus Lviv

Im Rahmen der Linken Buchtage, die Mitte Mai 2022 in Berlin stattgefunden haben, waren auch ukrainische Aktivist_innen eingeladen, ihre Perspektiven und Anliegen in die aktuelle Debatte um den russischen Angriffskrieg einzubringen. Wir haben im Anschluss die Möglichkeit bekommen, mit Sasha von der Gruppe „Feminist Workshop“ aus Lviv ein Interview zu führen mit Schwerpunkt auf die Situation der queeren ukrainischen Community.

Erzähl uns doch bitte etwas über eure Gruppe und wie eure Arbeit, aber auch die Situation der LGBTQI+-Community bis zum Beginn des russischen Angriffs aussah.

„Feminist Workshop“ ist eine nichtstaatliche Organisation, die 2014 in der Ukraine gegründet wurde. Unsere Aufgabe war und ist es, den Raum für die Entwicklung der feministischen Gemeinschaft in Lviv und der Ukraine zu schaffen und zu unterstützen. Unsere Arbeit umfasst die Förderung von Frauen und nicht-binären Menschen um tiefgreifendere Veränderungen gesellschaftlicher Normen zu befördern, den Kampf gegen Diskriminierung und Gewalt sowie die Umsetzung der Ideen einer vielfältigen, inklusiven und geschlechtersensiblen Welt mit integrativen Methoden. Auch wenn wir durch den Krieg erschöpft sind, geben wir nicht auf. Wir sind eine einzigartige Gemeinschaft mit einzigartigen Talenten unter einzigartigen Umständen.

Vor der jüngsten russischen Invasion hatte die Ukraine je nach Region unterschiedliche Muster in der öffentlichen Haltung gegenüber LGBTQI+ Menschen. Das ist in vielerlei Hinsicht auch nach dem 24. Februar 2022 so. Man kann sagen, dass es in einer Großstadt sicherer ist eine queere Person zu sein, als in einer kleineren oder auf dem Dorf. In Städten wie Charkiw oder Kiew findet man eine unterstützende Gemeinschaft, es gibt Pride-Veranstaltungen, LGBTQI+ freundliche Ärzt_innen, Kinderbetreuung, Bars und so weiter. Im westlichen Teil der Ukraine, wo auch wir unseren Sitz haben, war es immer etwas anders... Lviv ist zwar eine große Stadt, aber auch ein Ort an dem die Behörden enge Beziehungen zur christlichen Kirche unterhalten, und man kann sagen, dass viele städtebauliche, zivile oder finanzielle Entscheidungen auf die eine oder andere Weise eindeutig von der Kirche beeinflusst werden. Das hat es meiner Meinung nach für queere Menschen und Feminist_innen immer schwieriger gemacht, offen und sichtbar zu sein.

Wie hat sich eure Arbeit seit der Invasion verändert?

Tatsächlich haben wir schon 2014 damit begonnen, Bildungsveranstaltungen über Feminismus und Krieg durchzuführen. Denn Krieg ist ein Wort das wir in der Ukraine seit 2014 sehr oft gehört haben, da der östliche Teil vorübergehend „eingefroren“ war und viele Leben, Hoffnungen und Träume zerstört hat, auch wenn es in den Nachrichten nicht so oft vorkam. Seit 2014 muss jede Frau in der Ukraine zu ihrer eigenen Sicherheit etwas von den Unterschieden zwischen Medienberichterstattung und Propaganda sowie den Auswirkungen des Krieges verstehen, um sich in diesem komplexen internationalen Drama und der ständigen Angst vor dem Beginn eines größeren Krieges zurechtzufinden. Und wir haben versucht, bei dieser Aufklärung zu helfen.

Darüber hinaus haben wir immer wieder Veranstaltungen mit talentierten Frauen und nicht-binären Menschen über Journalismus, Soziologie, Psychologie, Literatur usw. organisiert um speziell Frauen und Mädchen zu inspirieren. Doch in den letzten Monaten mussten wir uns viele neue Dinge aneignen: Wir mussten etwas über humanitäre Hilfe und die Versorgung extrem gefährdeter Menschen mit dem Nötigsten lernen. Gleichzeitig standen wir selbst unter großem Stress. Erschwerend kommt hinzu, dass das gängige Bild eines „Helden“ sehr männlich geprägt ist und „Er“ den Menschen hilft, weil es seine vermeintlich besondere natürliche Eigenschaft sei. In unserem Fall geht es um einen Support für marginalisierte und nicht wahrgenommene Gruppen.

Im Moment konzentrieren wir uns mit „Feminist Workshop“ auf die Bereitstellung von Wohnraum für Frauen und LGBTQI+ Menschen, die Deckung des Grundbedarfs mit Lebensmitteln, Hygieneartikeln und Kleidung, psychologische Unterstützung und Kinderbetreuung. Wir kümmern uns auch sehr um unsere Online-Community denn wir haben auch viele Unterstützer_innen und Feminist_innen aus anderen Regionen.

Wie hat sich insbesondere die Situation für Frauen und die LGBTQI+-Community mit dem Krieg verändert?

Der Krieg verändert natürlich alle Bereiche des Lebens, aber insbesondere bei Frauen und LGBTQI+ Menschen erleben wir aktuell ein verstärktes autoaggressives Verhalten. Gerade junge queere Personen haben uns in den zurückliegenden Jahren über verschiedene Arten von traumatischen Erfahrungen berichtet, über die sie nur



schwer sprechen konnten und aktuell noch weniger Raum dafür finden. Frauen und queeren Personen wird durch eine patriarchale Kultur vermittelt, sich selbst als Ursache für die eigenen Probleme und Sorgen zu betrachten. Das ist ein Kreislauf aus Schuldgefühlen und Selbstbestrafung, der oftmals zu schweren psychischen Belastungen führt. Das ist eine sehr gefährliche Situation, die nicht nur von vielen Ukrainer_innen unterschätzt wird, sondern auch von Menschen, die diesen Krieg genauso betrachten wie jeden anderen auf der Welt zuvor: So als ob er sie nichts angehen würde. Die militärischen Aspekte des Krieges sind in den Medien präsenter. Doch Frauen und Männer werden vergewaltigt, getötet und gefoltert. Es ist ein Irrtum zu glauben, dass man als Überlebende in einer besseren Position wäre. Der Charakter des Krieges besteht auch darin, dass er für immer eine Narbe in der persönlichen und kollektiven Geschichte hinterlässt.

Anfang März wurde von russischen feministischen Gruppen zu Aktionen gegen den Krieg und die Putin-Regierung weltweit aufgerufen. Seit ihr im Austausch mit progressiven Kräften in Russland und anderen Ländern?
„Feminist Workshop" steht in Kontakt mit Feminist_innen und gleichgesinnten Organisationen in Deutschland, Österreich, Großbritannien, Polen und anderen Ländern, aber nicht nach Russland. Nach dem 24. Februar ist es für Ukrainer_innen sehr schwer, mit Menschen aus Russland zu kommunizieren. Das ist zum einen der aktuellen Situation geschuldet, andererseits ist für viele queere Ukrainer_innen der Kampf gegen die russischen Truppen auch ein Kampf gegen die personifizierte Homophobie. Sicherlich gibt es auch in der Ukraine nur sehr begrenzte Möglichkeiten offen, respektiert und geschützt zu leben, aber das ist noch weit entfernt von dem, was LGBTQI+ Menschen in Russland erfahren. Um von einer leuchtenden queeren Zukunft zu träumen, müssen wir erst diesen Krieg stoppen. Und wie es aussieht, sind die ukrainischen Streitkräfte aktuell die einzigen, die dazu in der Lage sind.

Was wären deiner Ansicht nach notwendige Rahmenbedingungen um eine feministische Perspektive auf Krieg bzw. Militär zu ermöglichen?
Viele Feminist_innen sind sich über die grundlegenden Dinge einig, die ich versucht habe, im Interview zu erwähnen. Aber die Strategien, Ausgangsbedingungen und auch Erwartungen sind doch sehr unterschiedlich. Bei „Feminist Workshop" tun wir weiterhin viel, um den feministischen Gedanken weiter zu entwickeln, während wir uns durch den Krieg bewegen. Wir sagen unseren Aktivist_innen, dass ihre Erfahrungen im Moment die wichtigsten Geschichten sind, dass wir unser Bestes tun wollen, um sie in unsere Arbeit, unsere Philosophie und Botschaft einzubeziehen. Eine sehr reale Möglichkeit die ergriffen werden könnte, wäre also die Schaffung einer größeren internationalen Plattform, auf der Feminist_innen aus der Ukraine ihre Perspektiven mit anderen austauschen könnten. Das ist eine sehr konkrete und gängige Maßnahme, die bisher mit Blick auf die Ukraine aber nicht erfolgt ist. Natürlich gibt es verschiedene Gründe dafür, warum die ukrainischen Stimmen immer stumm waren bzw. nicht gehört wurden, aber oftmals scheint es, als würden viele Menschen immer noch denken, die Ukrainer_innen seien arm und unterrepräsentiert, weil sie nicht „klug" oder „fleißig genug" sind usw.

Welche konkreten Unterstützungsbedarf gibt es gerade ganz aktuell?
Auf unserer Webseite haben wir Informationen darüber bereitgestellt, wie unsere Arbeit mit Frauen und nicht-binären Menschen in der Ukraine unterstützt werden kann und welche Hilfe gebraucht wird. Wir würden uns auch freuen, wenn ihr uns in den sozialen Medien folgt und die Informationen über unsere Arbeit in eurem Umfeld und Communities verbreitet. Von Zeit zu Zeit haben wir Texte auf Englisch für Menschen, die uns außerhalb der ukrainischen Perspektive lesen:
www.instagram.com/femworkshop
https://femwork.org/warinukraine/
www.femwork.org

Vielen Dank für das Gespräch! •

TITEL

Die Antikriegsbewegung wurde vom Ukraine-Krieg kalt erwischt – und versucht nun, Antworten auf die Eskalationsspirale zu finden

Friedensfreund*innen mit Hausaufgaben

SEBASTIAN BÄHR
(GEKÜRZTE UND LEICHT AKTUALISIERTE VERSION AUS DER AK)

Der russische Einmarsch in die Ukraine hat die Friedensbewegung in Deutschland überrascht. Noch einige Tagen vor der Invasion hieß es in dem Aufruf „Friedenspolitik statt Kriegshysterie": „Trotz der Militärmanöver in der Nähe zur Ukraine hat Russland kein Interesse an einem Krieg." Mehr als 10.000 Menschen unterzeichneten das Papier. In den ersten Tagen des rasch eskalierten Krieges mussten sich viele Aktive erst mal sammeln – und erst recht, nachdem SPD-Bundeskanzler Olaf Scholz eine massive Aufrüstung der Bundeswehr sowie die Lieferung von Waffen an die Ukraine angekündigt hatte. Auf den bald folgenden, oftmals unter Mitwirkung der ukrainischen Community organisierten Großdemonstrationen waren dann zwar Friedensbewegte unterwegs – politisch schienen sie jedoch unterzugehen. Auch wenn von einigen Medien die Proteste als „neue Friedensbewegung" gelabelt wurden, dürften die meisten Teilnehmer*innen eher aus Betroffenheit und Solidarität mit der Ukraine gekommen sein.

Schock überwinden

Nach den ersten Tagen des Schocks entstanden jedoch bald neue Initiativen. Große Aufmerksamkeit bekam ein Online-Appell unter dem Titel „Demokratie und Sozialstaat bewahren – Keine Hochrüstung ins Grundgesetz!". Rund 50.000 Menschen haben bis heute unterschrieben. Die Initiator*innen sind die Linken-Politikerin Julia Schramm, der Soziologe Klaus Dörre, der SPD-Abgeordnete Jan Dieren und Andrea Ypsilanti, SPD-Politikerin und Sprecherin vom Institut Solidarische Moderne. Als Organisationen unterschrieben etwa Attac, medico international und die VVN-BdA. Der Appell vermied kontroverse Fragen und konzentrierte sich auf Kernforderungen: Die angekündigte Aufrüstung der Bundeswehr wurde abgelehnt und die fehlende gesellschaftliche Debatte über die Aufrüstungspläne beklagt. Das Ziel war offensichtlich, eine möglichst breite Zustimmung zu schaffen und in die Regierungsparteien SPD und Grüne hineinzuwirken. Gebracht hat es nicht viel – der Bundestag beschloss Anfang Juni, das Grundgesetz zu ändern und den Weg für das 100-Milliarden-Euro-Sonderprogramm zur Aufrüstung der Bundeswehr freizumachen.

Die Ostermärsche Mitte April hätten dabei eine Möglichkeit bieten können, die Kritik an den Aufrüstungsplänen auch massiv auf die Straßen zu tragen. Die Teilnehmer*innenzahlen waren laut Veranstalter*innen im Vergleich zu den Vorjahren jedoch nur „moderat" gestiegen – gerade jüngere Aktivist*innen scheinen nach wie vor mit dem Format zu fremdeln. Bundesweit fanden rund 120 Kundgebungen statt, meist organisiert von lokalen Friedensgruppen, Kirchen oder linken Politiker*innen. Ein verbreitetes Motto lautete „Die Waffen nieder". Die Analysen und Forderungen der Aufrufe waren teilweise recht unterschiedlich. Für den Bewegungsforscher Alexander Leistner von der Universität Leipzig spielen beim Grad der Sensibilität dabei auch Ost-West-Unterschiede eine Rolle: „Erklärungen von Vertreter*innen der alten westdeutschen Bewegung wirken wie ein Zeugnis der Hilflosigkeit – unberührt von den Ereignissen fast", so der Wissenschaftler. Sie seien ein „abstrakter Protest gegen kriegerische Gewalt", der diesen konkreten Krieg jedoch auszublenden scheine. Vertreter*innen der ostdeutschen Friedensbewegung hätten dagegen schon vor dem russischen Einmarsch und aus historischer Erfahrung heraus ihre Solidarität mit der Ukraine bekundet und deren Recht auf Selbstverteidigung betont.

Auch darüber hinaus würden Unterschiede sichtbar: Neben den „klassischen Konflikten" zwischen radikalpazifistischen und eher realpolitischen Positionen haben laut Leistner im Zuge des Krieges die Stimmen eines „einseitig-parteilichen Pazifismus" an Aufmerksamkeit gewonnen, die „vor allem und ausschließlich eine Kriegstreiberei der Nato und des Westens" skandalisieren. „Aber auch die gab es schon immer – etwa aus der DKP und ihrem Umfeld in den 1980er Jahren, dem Kasseler Friedensratschlag oder den SED-Nachfolgeparteien PDS und Linkspartei", sagt der Forscher.

Neue Bündnisse

Aktionsorientiertere Kriegsgegner*innen scheinen sich derweil eher an der Kampagne Rheinmetall entwaffnen (RE) zu orientieren. Die Aktivist*innen kämpfen schwerpunktmäßig gegen deutsche Waffenexporte und engagieren sich in der Rojava-



und Kurdistan-Solidaritätsbewegung. Seit der neuen Eskalation äußern sie sich nun auch in Form von „Kommuniqués" zum Krieg in der Ukraine. Schon lange vor der russischen Invasion hatte RE dazu eine Aktionskonferenz für Ende März in Kassel geplant. Für die dann rund 150 erschienenen Teilnehmer*innen spielte erwartbar die neue politische Lage eine wichtige Rolle. Laut einem öffentlichen Tagungsbericht von der Webseite brandfilme.org sei über die „Richtigkeit von Waffenlieferungen heftig diskutiert worden" – die Debatte habe letztlich ergeben, dass die Solidarität mit den Ukrainer*innen nicht zugleich eine weitere Militarisierung bedeuten könne, heißt es.

Ein Ziel der Konferenz lautete, antimilitaristische mit feministischen, klimapolitischen und antirassistischen Positionen zu verbinden. Ein Vorhaben, das direkt im Anschluss des Treffens erprobt wurde: Ein Bündnis aus Ende Gelände, Rheinmetall entwaffnen, der Interventionistischen Linken, Abolish Frontex und Fridays for Future rief für den 27. März zu einem bundesweiten Aktionstag gegen den Krieg in der Ukraine und die Abhängigkeit von fossilen Energien auf. In Berlin blockierten unter dem Motto „100 Milliarden bessere Ideen" rund 100 Aktivist*innen das mit russischer Kohle betriebene Heizkraftwerk Reuter West, einige drangen auf das Firmengelände vor. In Kassel brachten Aktivist*innen vor dem Hauptsitz des Öl- und Gas-Konzerns Wintershall den Schriftzug „Erdgas tötet" an. Weitere Aktionen gab es unter anderem in Bremen, Rostock, Hamburg, Leipzig und Göttingen.

„Rheinmetall entwaffnen" dürfte als Bindeglied zwischen der traditionellen Friedensbewegung und der radikalen Linken in Deutschland derzeit eine wichtige Rolle einnehmen – und somit auch bei allen Versuchen, eine breitere, antikapitalistische und zeitgemäße Friedensbewegung aufzubauen. Gerade für eine Zusammenarbeit mit der Klimagerechtigkeitsbewegung scheint es dabei viele Anknüpfungspunkte zu geben. Fridays for Future hatte sich am Klimastreik am 25. März ebenfalls scharf gegen den Krieg positioniert, die Energiefrage spielt im Konflikt eine bedeutende Rolle. Für das RE-Bündnis selbst dürfte darüber hinaus der Sommer in Kassel während der Kunstausstellung documenta von Interesse sein, die Aktionstage finden vom 30. August bis 3. September statt.

Handfeste Hilfe

Abseits von Aktionstagen bleibt die Frage, was man als Bewegung in der akuten Notlage beitragen kann. Viele Linke haben beschlossen, ganz konkret mit Spenden den emanzipatorischen Kräften in der Ukraine (und in Russland, auch wenn es komplizierter ist) zu helfen. Ein wichtiger Anlaufpunkt ist hierfür die Organisation Operation Solidarity, in der sich antiautoritäre Aktivist*innen und Anarchist*innen vernetzen. Sie koordinieren die ausländische Hilfe, etwa für Menschen auf der Flucht, für bewaffnete linke Einheiten in der Ukraine oder für Projekte der lokalen Basisorganisierung. Das Anarchist Black Cross Dresden hat öffentlich zu Spenden aufgerufen, bis Mitte Mai habe man über 217.000 Euro erhalten, heißt es. Die Dresdner Gruppe erklärte dazu, dass man Schutzsuchende mit Reisekosten, Taschengeld und Unterkünften unterstütze und auch Geld für Traumabehandlungen sammele. Dazu gibt es weitere lokale Initiativen: Der Kaffeeverkäufer Café Libertad beispielsweise hat gemeinsam mit dem Fanprojekt „St. Pauli Roar" nach eigenen Angaben einen Fördertopf zur Soforthilfe eingerichtet, um Fahnenflüchtige und Deserteur*innen aller Seiten zu unterstützen.

Solche Projekte weisen auf einen wichtigen Aspekt hin. Denn wie vielseitig die aktuellen Antikriegs-Protestkundgebungen und Unterstützungsformen auch sein mögen: Es fällt schmerzlich auf, dass die Beziehungen zu ukrainischen, russischen oder generell osteuropäischen Linken in Deutschland sehr spärlich und schwach sind. Ohne diese Perspektive drohen dabei erneut verhängnisvolle Fehler – und ohne funktionierende internationale Netzwerke die Gefahr von leeren Phrasen und wirkungslosen Aufrufen. Ein Erfolg der Antikriegsbewegung wird zudem wohl auch davon abhängen, ob es gelingt, einen neuen ideologischen und politischen Minimalkonsens zwischen den verschiedenen Initiativen zu finden – so, wie es bisher aussieht, ist das kein leichtes Unterfangen. •

TITEL

Die europäischen Rechtsparteien und der Krieg in der Ukraine

ULRICH SCHNEIDER

Für Antifaschisten ist es keine neue Erkenntnis, dass verschiedene europäische Rechtsparteien in der Vergangenheit intensive Kontakte auch nach Russland gepflegt haben. Sie standen nach dem russischen Angriff auf die Ukraine damit vor einer Positionsfindung, wenn sie im öffentlichen Raum weiterhin Gehör finden wollten. Anders als die AfD, in der die Debatte um den Krieg zu innerparteilichen Auseinandersetzungen führte, schafften die großen europäischen Rechtsparteien ihre Neuausrichtung der öffentlichen Position ohne erkennbare Konflikte. Dies hat vor allem damit zu tun, dass sich diese Parteien und Gruppen – ganz „staatsmännisch" – in die von den Regierungen in Abstimmung mit NATO und EU vorgeschlagenen und von den Medien mitgetragenen Entscheidungen einbinden ließen.

Italien

So sahen die beiden im Parlament vertretenen italienischen Rechtsparteien Lega und Fratelli d'Italia keine Probleme darin, der Forderung nach Waffenlieferungen für die Ukraine zuzustimmen. Als am 1. März das Repräsentantenhaus und der Senat für die Lieferung von Waffen an die Ukraine stimmte, fiel das Votum mit überwältigender Mehrheit aus. In der Auflistung der Abgeordneten, die gegen diese Entscheidung gestimmt haben, findet sich kein Vertreter der Rechtsparteien. Eine Woche später stimmten alle Abgeordneten von Lega, Forza Italia und Fratelli d'Italia für das Dekret über die Ukraine. Medien und Kritiker des Lega Vorsitzenden Salvini versuchten ihn an seine Nähe zu Putin zu erinnern. So hielt im März 2022 bei einem Pressetermin in Polen der Bürgermeister von Przemysl ein T-Shirt mit jenem Putin-Portrait, welches Salvini 2015 im Europäischen Parlament öffentlich trug, in die Kamera, um an dessen Verbindung zu Russland zu erinnern. Innerhalb der Lega führte das jedoch nicht zu Konflikten. Salvinis Machtposition innerhalb der Parteistrukturen scheint ungefährdet.

Er konnte es sich sogar – ohne als „Putin Freund" kritisiert zu werden – leisten, sich öffentlich gegen die Wirtschaftssanktionen und insbesondere den Verzicht auf russische Erdgaslieferungen auszusprechen, da ein solcher Schritt insbesondere die italienische Wirtschaft treffen würden.


Screenshot YouTube, Ruptly

Mattheo Salvini und das T-Shirt mit Putin-Portrait.

Für die Fratelli d'Italia war die Neuausrichtung ihrer geopolitischen Orientierung weniger schwierig, hatte man doch schon in den Jahren zuvor Kontakte zu ukrainischen Nationalisten. Fratelli d'Italia und der Gioventù Nazionale riefen unter dem Slogan „Per il populo Ucraino" zu „Solidaritätsaktionen" auf: „In Anbetracht der Bedeutung und des Willens aller, zu einer humanitären Notlage beizutragen, die unvorstellbare Ausmaße annimmt, haben wir ... beschlossen, mit einer nationalen Koordinierung zu intervenieren." Man richtete regionale Abgabestellen ein und organisierte den Transport der Güter in die Westukraine, wo sie mit Hilfe ukrainischer Nationalisten verteilt werden sollten.

Fratelli d'Italia versuchte selber die Debatte um den Ukraine Krieg für innenpolitische Zwecke zu instrumentalisieren, indem Präsidentin Giorgia Melonie glaubte die Untätigkeit der italienischen Regierung gegenüber der Ukraine anprangern zu können. Gelobt wurde stattdessen die Präsidentin des Europäischen Parlaments Roberta Metsola (von der maltesische Partit



Screenshot YouTube; France24.com

Nazzjonalista), dass sie nach Kiew gereist sei. In einer Presseerklärung schrieb Meloni am 2. April 2022: „Eine sehr mutige Geste, die sich an die Geste dreier europäischer Ministerpräsidenten der rechten Mitte anschließt. Diese Entschlossenheit und Ernsthaftigkeit der Vertreter der Institutionen ist der beste Weg, um den Frieden in der Ukraine zu erreichen".

Anfang Mai lobte die FAZ diese Haltung: „Melonis Modell des italienischen Nationalismus kommt ohne Antiamerikanismus und ohne Anbiederung an Russland oder China aus. Viele italienische Wähler könnten dieses Angebot attraktiv finden, gerade weil es keine scharfen Trennlinien zum rechten Rand wie zur politischen Mitte zieht." (FAZ 02.05.2022)

Auch Casa Pound Italia nutzte am 5. März 2022 die öffentliche Debatte um den Ukraine-Krieg zu einer Demonstration in Rom, wo sie ihre völkisch-nationalistischen Thesen präsentierten. In der ihnen eigenen Rhetorik erklärten sie: „Seit Jahren sind die Völker Europas Opfer des ausländischen Imperialismus. Ob in Form einer aufgezwungenen Kultur, eines pseudo-sozialen Autoritarismus, eines turbokapitalistischen Wuchers oder bewaffnet auf Panzerketten – wir können nicht länger hinnehmen, dass die Völker Europas für die Hegemonialpolitik der so genannten globalen Supermächte bezahlen. Heute lehnen wir das vorgefertigte Schema des Krieges der Zivilisationen und des ideologischen Kampfes ab. Heute erheben wir uns gegen die Ausbeutung und Aufteilung des europäischen Kontinents, sei es finanziell, politisch, kulturell oder militärisch".

Man kämpfe um die Souveränität der Ukraine und ein „tausendjähriges Europa" selbstständiger Völker, das angeblich von vielen Seiten bedroht sei. In diesem Kampf werde die „Idee eines freien Europas geboren". „Frei vom kulturellen und politischen Joch, frei, seine heiligen Grenzen zu verteidigen, sowohl im Osten gegen den russischen und asiatischen Imperialismus als auch im Süden gegen die Aggression der Migranten und im Westen gegen einen politischen und kulturellen Kolonialismus, der aus Ideen besteht, die unserer tausendjährigen Geschichte fremd sind."

Erkennbar wird der Ukraine-Krieg in das eigene Ideologem eingefügt.

Frankreich

Eine größere Anpassungsleistung musste dagegen die Vorsitzende des französischen Rassemblement National Marine Le Pen aufbringen. Ihre größte Sorge war, dass das russische Vorgehen ihren politischen Chancen im Präsidentschaftswahlkampf schaden könne. Ihre Wahlstrategie, die sie ja schon 2021 beim „Warsawa Summit" gezeigt hatte, war es, sich als Gegenpart zu Emanuel Macron als „Staatsfrau" im engen Kontakt mit den Regierenden Europas zu zeigen, mit Ungarns Viktor Orban, mit Polens Mateusz Morawiecki und selbstverständlich Wladimir Putin.

Nun war sie mit Beginn des Krieges gezwungen, Russlands Vorgehen als ungerechtfertigt zu kritisieren und zu fordern, es müsse „ohne jede Zweideutigkeit" verurteilt werden. Gleichzeitig zog sie – wie selbst die internationale Presse genüsslich ausschlachtete – eine Werbebroschüre, in der sie mit Wladimir Putin abgebildet war, wegen angeblicher Druckfehler zurück. Trotz solcher taktischer Wahlkampfwinkelzüge ordnete sie sich nicht uneingeschränkt in die Ukraine-Unterstützung ein. Als Wolodymyr Selenskyj am 23. März eine Videobotschaft an das französische Parlament richten wollte, erklärte sie wegen „anderweitiger Verpflichtungen" nicht persönlich anwesend sein zu können. Da die französischen Medien und das Wahlkampfteam von Macron diese Reaktion massiv gegen sie in Stellung brachten, lenkte sie ein und erklärte, dass sie selbstverständlich teilnehmen werde. Gleichzeitig unterstrich sie ihre distanzierte Haltung gegenüber der französischen Ukraine-Politik, indem auch sie – ähnlich wie Salvini in Italien – vor den Auswirkungen der EU-Sanktionen gegen Russland auf die französische Wirtschaft warnte. Drastisch

formulierte sie, Frankreich begehe wegen steigender Gas- und Rohstoffpreise einen „politischen Selbstmord“. Damit drückte sie durchaus die Sorge einer überwiegenden Mehrheit der französischen Wähler*innen aus, die nicht „gegen Putin frieren“ wollten. Diese Haltung wurde von den Wähler*innen bei der französischen Präsidentschaftswahlen honoriert. Das starke Abschneiden der französischen Rechtsparteien beim ersten Wahlgang hatte vor allem innenpolitische Gründe, die Haltung zum Russland-Ukraine-Krieg hat sich nicht als Problem erwiesen. So blieb beispielsweise der offene Neo-Faschist Eric Zemmour, der sich im Sinne der französischen Regierungspolitik schärfer gegen Russland positionierte, deutlich hinter Le Pens Stimmenanteil zurück.

Polen

Keine Probleme, sich im Krieg Russland-Ukraine zu positionieren, haben Polen und die regierende extrem rechte PiS-Partei. Da Russland schon seit vielen Jahren das außenpolitische Feindbild darstellt, gab es innerhalb der extremen Rechten keinerlei Konflikte, sich auf eine zunehmende Militarisierung zu verständigen. Das neue Gesetz über die Landesverteidigung passierte den Sejm ohne Gegenstimmen. Auch der Senat stimmte zu, in dem doch die Opposition die Mehrheit hat. Keine 24 Stunden später unterzeichnete Präsident Andrzej Duda das Gesetz, das deutlich mehr Geld für Verteidigung vorsieht: drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts – die NATO verlangt nur zwei. Selbst die Frage der Kriegsflüchtlinge wird vollkommen anders beantwortet als in der Flüchtlingsbewegung 2015, wo sich die polnische Regierung vehement dagegen gewehrt hat, überhaupt Flüchtlinge aufzunehmen und dafür von den europäischen Rechtsparteien volle Rückendeckung erhielt. Bis heute sind die Grenzen zu Belarus für nicht-ukrainische Flüchtlinge weiterhin gesperrt, nur Ukrainer, die auch in den vergangenen Jahren schon als Billiglöhner in Polen gearbeitet haben, werden als Kriegsflüchtlinge ins Land gelassen. Die Geflüchteten erhalten unbürokratisch Zugang zum Arbeitsmarkt, zu Schule und Studium, Kindergeld und Sozialhilfe. Dafür erwartet die polnische Regierung jedoch Zugeständnisse der Europäischen Union. Man hofft sogar auf eine „Kriegsdividende“. Die Positionierung in der Kriegsfrage verändert nichts an der innenpolitischen Ausrichtung der PiS-Partei, nichts an der antidemokratischen Umgestaltung der Gesellschaft. Man erwartet jedoch, dass dies während des Krieges „unter dem Radar“ der politischen Wahrnehmung bleibt. Sollte die EU weiterhin ihre Forderungen nach Rechtstaatlichkeit erheben, sei das eine „Kriegserklärung“ gegenüber Polen, hieß es in der PiS.

Spanien

Auch die extrem rechte Partei Vox in Spanien, die das letzte gemeinsame Treffen der europäischen Rechten ausgerichtet hatte, hat keine Probleme mit einer Positionierung. Der Vorsitzende Santiago Abascal verurteilte auf Twitter Russlands „brutalen Angriff auf die Souveränität“ der Ukraine und forderte eine Rückkehr zu den diplomatischen Kanälen. In Abgrenzung zum öffentlichen Tenor erklärte er zudem: „In diesem Zusammenhang müssen wir unbedingt auf das Versagen und die Verantwortungslosigkeit der Europäischen Kommission hinweisen.“ Damit wurde von Vox ihr eigentliches Thema, mit dem sie in Spanien punktet, mit dem Krieg verbunden. Die Bereitschaft des spanischen Regierungschefs Sanchez, als Reaktion auf den Krieg den Verteidigungsetat zu erhöhen, könnte der Vox eine zusätzliche Plattform bieten, da die linken Koalitionspartner für einen solchen Schritt nicht zu haben sind. Möglicherweise benötigt Sanchez Vox, um die NATO-Planung umsetzen zu können. Damit würde die extreme Rechte eine politische Aufwertung erfahren, die ihr bislang nur durch die rechte PP („Volkspartei“) zuteilwurde. Denn im März erhielt Vox nach den Regionalwahlen erstmals Regierungsverantwortung auf Landesebene. Die PP einigte sich mit ihr auf die Bildung einer Regierungskoalition für Kastilien und León, da die PP bei den Wahlen zwar stärkste Kraft wurde, aber auf Koalitionspartner angewiesen war. Die Koalition kam zustande, obwohl Vox mit Forderungen nach Abschiebungen von illegal eingereisten Migranten, nach einer Aussetzung von Gesetzen zu geschlechtsspezifischer Gewalt oder nach dem Verbot von Schulprogrammen zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt ihre extrem rechte Positionierung öffentlich deutlich gemacht hatte.

Ungarn

Anders als die polnische PiS-Partei und mit ihr die polnische Regierung hat sich Ungarns Staatschef Viktor Orban und mit ihm die FIDESZ-Partei nicht aktivistisch auf die ukrainische Seite geschlagen. Das hat jedoch weniger mit seinen Sympathien für Russland und Putin, zu dem er ein erkennbar gutes Verhältnis hat, zu tun, sondern eher mit der ungarischen Perspektive auf die Ukraine und die eigene nationalistische Bedarfslage. Die Regelungen, die FIDESZ im Rahmen der mehrfachen Änderungen im ungarischen Staatsbürger- und Wahlgesetz umgesetzt hat, mit der beispielsweise Auslandsungarn, die sich „Ungarn verbunden fühlen“, Wahlrecht zum ungarischen Parlament haben, bezieht sich natürlich auch auf die ungarische Minderheit in der Ukraine. Schon mehrfach hat sich die Orban-Regierung gegenüber der ukrainischen Regierung über die Verletzung der Minderheitenrechte, beispielsweise im Zusammenhang mit dem Gesetz über die Amtssprache beschwert. In den politischen Träumen der ungarischen extremen Rechten über die Rückkehr eines „Großungarns“ müssten natürlich auch ukrainische Territorien „heim ins Reich“ geholt werden. Schon diese ideologische Konstellation schafft innerhalb der ungarischen Rechten eine Affinität gegenüber Russland in diesem Konflikt. Auch die ukrainische Propaganda, Ungarn wolle sich ein Teil des Staatsgebietes in diesem Krieg aneignen, brachte zwar ein klares Dementi der Regierung, förderte aber die Ablehnung der ukrainischen Position.

Dass die russische Föderation dieses nutzt und z.B. mit vorteilhaften Verträgen über die Versorgung mit russischem Gas honoriert, kann nicht überraschen. Folgerichtig blockiert die ungarische Regierung auch die EU-Sanktionspolitik gegenüber Russland, so lange Brüssel nicht finanzielle Kompensationen bereitstellt. Ungarn stimmte der Verurteilung des russischen



Angriffskrieges durch die EU zwar zu. Gleichzeitig erklärte Orban sein Land als „neutral". So weigerte sich Ungarn, militärische Ausrüstungen der NATO für die Ukraine über ungarisches Territorium ausliefern zu lassen.

Ähnlich wie im französischen Präsidentschaftswahlkampf versuchte die mit einem gemeinsamen Kandidaten gegen Viktor Orban angetretene Opposition mit der russland-kritischen Karte zu punkten. Dieser Vorwurf hat der Opposition erkennbar keine Vorteile gebracht. Das Ergebnis für FIDESZ bei den Parlamentswahlen war besser als zuvor, so dass Orban nicht einmal mehr einen Koalitionspartner benötigt. Bei Wahlnachfragen wurde deutlich, dass die Wähler*innen seine Haltung im Ukraine-Krieg begrüßten, weil viele befürchteten, dass das Land bei einer anderen Politik direkt in den Krieg einbezogen würde.

Österreich

Ähnlich deutlich wie FIDESZ positioniert sich die FPÖ unter Bundesparteiobmann Herbert Kickl als „neutrale" Partei in diesem Krieg. Während die Medien versuchten, mit Interviews von „Regionalfürsten" der FPÖ Gegensätze innerhalb der Partei auszumachen, hatte die aktuelle Bundesleitung die Organisation politisch und medial „im Griff". Mit dem Rücktritt von HC Strache wurde auch die 2016 begonnene Kooperation mit der Partei „Einiges Russland" 2021 beendet. Gleichzeitig kritisierte die FPÖ den ÖVP-Bundeskanzler Nehammer für dessen Kiew-Besuch Anfang April 2022, wo er sich wie ein „Klitschko-Fanboy" aufgeführt habe. Der Besuch beim ukrainischen Präsidenten sei Ausdruck einer völligen Verabschiedung von der aktiven österreichischen Neutralitätspolitik, die ihre Aufgabe eigentlich in Vermittlungen für eine rasche Beendigung dieses furchtbaren Krieges sehen müsste, wird Kickl zitiert. Dass Nehammer später auch Russland besuchte, wurde nur noch „zur Kenntnis" genommen.

Die FPÖ tut in diesem Rahmen so, als sei sie der Sachwalter der Interessen des österreichischen Mittelstandes, indem sie vom Bundeskanzler forderte, er solle sich um heimische Probleme kümmern: „Derzeit leiden nämlich die Österreicher unter einer massiven Preisexplosion bei Strom, bei Gas, bei den Lebensmitteln oder auch bei den Treibstoffen. Die Teuerung trifft auch unseren Mittelstand hart. (...) Sein permanentes Eintreten und Einpeitschen für Sanktionen gegen Russland zerstört in Österreich tausende Arbeitsplätze und auch den Wohlstand für Millionen Menschen."

Wie zu erwarten, holte die FPÖ auch das Thema „Flüchtlinge" aus ihrem propagandistischen Repertoire. Der Wiener FPÖ-Chef Dominik Nepp beschwerte sich über „fette Karren mit ukrainischen Kennzeichen". In den Fahrzeugen säßen „nicht die Armen, die Frauen, Kinder und Kranken, sondern Männer, die in Fünf-Sterne-Hotels einchecken und dann guten Wein trinken". Zuspruch erntete die FPÖ bei ihrem Klientel auch mit anderen populistischen Vorwürfen. Da beschwerte man sich über ein „Grillfesterl in der Fasangartensiedlung", wo „Männer mit Bierdosen in der Hand gesungen und gelacht" hätten. Außerdem hätten sie „ihre" Fahne auf den Balkon gehängt, wo doch die österreichische aus Dankbarkeit angebracht gewesen wäre.

Die sozialpolitische Sprecherin der FPÖ Dagmar Belakowitsch sieht das Problem, dass die Regeln für die Aufnahme von Kriegsflüchtlingen neben ukrainischen Staatsbürgern auch für Drittstaatsangehörige gelten sollen. Sie malt das Schreckgespenst an die Wand, viele „Wirtschaftsflüchtlinge", die nie in der Ukraine gewesen seien, könnten nach Österreich kommen und behaupten, in der Ukraine gewesen zu sein. Bezeichnend ist die öffentliche Reaktion auf solche fremdenfeindlichen FPÖ-Vorwürfe. Man warf Dagmar Belakowitsch nicht ihren ausländerfeindlichen Rassismus vor, sondern dass sie die Gesetzeslage nicht richtig verstanden habe, denn die von ihr implizit geforderte Ausgrenzung stehe doch bereits in der Verordnung.

Resümee

Zusammenfassend muss man festhalten, dass die wichtigsten europäischen Rechtsparteien keine Probleme hatten, sich der veränderten weltpolitischen Lage anzupassen. Auch die Parteien, die zuvor über ausgeprägte Russland-Kontakte verfügten, haben sich ohne Zögern der Verurteilung des russischen Vorgehens angeschlossen. Mediale Vorwürfe, sie seien die „treuesten Putin-Fans", zielen daher ins Leere. Viel problematischer ist, dass sie sich – wie man am Beispiel von Frankreich, Österreich und Ungarn sehen kann – bereits in Position bringen als vorgebliche „Interessensvertreter der kleinen Leute", die in absehbarer Zukunft die Leidtragenden der EU-Sanktionspolitik sein werden. Verbunden mit dem impliziten Rassismus in der Flüchtlingsfrage dürften diese Parteien die politischen Auswirkungen des Krieges nicht nur unbeschadet überstehen, sondern auch noch zusätzliche ideologische Anknüpfungspunkte für ihre extrem rechte Propaganda finden. •

TITEL

Dugin und Russlands „Neue Rechte“

VOLKMAR WÖLK

Anfang 1996 erschien in dem Mailänder nationalbolschewistischen Verlag „Barbarossa“ der Sammelband: „Nationalkommunismus. Eurasien: Ausblicke auf einen Kontinentalblock“. Unter dem Titelbild stand in kyrillischer Schrift „Euro-sowjetisches Imperium“, darüber eine stilisierte Landkarte die im Osten durch Wladiwostok begrenzt wurde, im Westen durch Dublin. Fast in der Mitte dazwischen war ein dritter Punkt markiert. Dort, wo sich Moskau befindet stand in kyrillischer Schrift: „Drittes Rom“. Drei Fahnen ragten aus dieser Markierung hervor: die alte sowjetische, die des russischen Zarenreiches und eine schwarze mit Keltenkreuz, als traditionelle Fahne des Neofaschismus. Das „Euro-sowjetische Imperium“ ist eine offenkundige Anknüpfung an den Kontinentalblock-Gedanken der Konservativen Revolution, propagiert vor allem durch den deutschen Geopolitiker Prof. Karl Haushofer, der noch 1940 einen Kontinentalblock „Mitteleuropa - Eurasien - Japan“ anstrebte, eng verwandt auch mit dem Großraum-Gedanken des Staatsrechtlers Carl Schmitt. Es stellt sich zugleich in eine Reihe mit Vorstellungen historischer Nationalbolschewisten wie Ernst Niekisch, bei dem dieses zu schaffende Reich sich von „Vlissingen bis Wladiwostok“ erstreckte.

Aufgegriffen wurde dieser Ansatz immer wieder auch in der Nachkriegszeit. Ob nun durch den US-Amerikaner Francis Parker Yockey 1948, der behauptete, das Ende des Zeitalters des Nationalismus sei notwendig und an dessen Stelle müsse die „große Synthese“, das Imperium, treten. Auch der Belgier Jean Thiriart wollte 1981 ein „eurosowjetisches Imperium von Wladiwostok bis Dublin“ im Bündnis mit den arabischen Staaten („Eurabien“) schaffen. Der Franzose Henri de Grossouvre, forderte 2002 eine Achse „Paris - Berlin - Moskau“ als „Weg der Unabhängigkeit und des Friedens“. Gerade innerhalb der Neuen Rechten gab es immer eine Strömung, die nicht nur eine Äquidistanz zu den beiden Großmächten USA und UdSSR forderte, sondern stattdessen ein Bündnis Europas mit der Sowjetunion als notwendig ansah. Hierbei handelt es sich keineswegs um eine Minderheitenposition, sondern vielmehr um einen Ansatz, der vom „Altmeister“ dieser ideologischen Strömung der extremen Rechten, Alain de Benoist, bereits 1982 in seiner Schrift „Die entscheidenden Jahre“ deutlich zum Ausdruck gebracht wurde: „Europa ist heutzutage wie zwischen den Backen einer Zange eingeklemmt, zwischen einer Seemacht, deren Mittelpunkt sich im Laufe der Jahrhunderte immer mehr nach Westen verlagerte (England, dann USA); und einer Kontinentalmacht, deren Mittelpunkt sich nach Osten verlagerte (Deutschland, dann Russland). Europa liegt heute in dem dazwischen entstandenen Graben, ohne Form, ohne Identität, ohne Macht, ohne Ziel. Dennoch gehört es letzten Endes zum Kontinent. Als Europäer befinden wir uns auf der Seite der Kontinentalmacht, auf Seiten der Herren des Festlandes gegen den des Meeres. Wir sind die natürlichen Gegner der Seemacht, der amerikanischen Seemacht. Amerika ist kein neues Rom, sondern ein neues Karthago. Wir werden immer für Rom und gegen Karthago sein.“

Schon in diesem Zusammenhang macht es natürlich Sinn, wenn Moskau auch auf dem erwähnten Titelbild als „Drittes Rom“ charakterisiert wird. „Rom“ ist positiv besetzt, als natürlicher Gegner von Karthago/USA. Genau an dieser Stelle gesellt sich allerdings ein religiöser Aspekt hinzu. Das „erste Rom“ ist tatsächlich die Stadt Rom als Zentrum der katholischen Christenheit wie auch des Römischen Reiches. Es wurde in dieser Vorstellung abgelöst durch das zweite Rom, Byzanz/Konstantinopel, als Mittelpunkt des griechisch-orthodoxen Glaubens sowie des Oströmischen Reiches und danach eben durch das „Dritte Rom“, Moskau, das auf der weltlichen Seite für das Zarenreich und auf der religiösen für den heutigen Hort der Rechtgläubigkeit, die russisch-orthodox Kirche steht. Der Politikwissenschaftler Jörg Himmelreich

meint in diesem Zusammenhang: „So bildet die historische, orthodoxe Herrschaftsideologie auch heute wieder den Goldgrund für Putins autokratisches Regime und seinen wiederbelebten russischen Expansionismus." Diesen religiösen Aspekt abzuhandeln bleibt Alexander Dugin, dem ehemaligen Ko-Vorsitzenden der Nationalbolschewistischen Partei vorbehalten. Begonnen hatte er seine Karriere zu Zeiten der UdSSR in der antisemitischen Gruppierung Pamyat. In dem eingangs erwähnten Sammelband schreibt er naheliegend über „Die Metaphysik des Nationalbolschewismus".

Bereits in der Zerfallsperiode der Sowjetunion waren etliche seiner Artikel in Zeitschriften der „Neuen Rechten" veröffentlicht worden, so auch in der italienischen „Orion", geleitet vom Herausgeber des Sammelwerkes Maurizio Murelli, der vom militanten Neofaschismus kommend zu einem wichtigen Ideologen der „Neuen Rechten" geworden war. Im März 1991 durfte Dugin beim nationalen Kolloquium des GRECE in Paris zum Thema „Das Sowjetreich und die Nationalismen in der Periode der Perestroika" referieren. Bereits zuvor hatte er als Türöffner für die westeuropäische „Neue Rechte" in das Russland der Transformationsphase gedient. So organisierte er im August 1992 die Reise einer Delegation nach Moskau, an der neben Alain de Benoist und Jean Thiriart auch der Italiener Carlo Terracciano teilnahmen.

Dugin selbst wird in „neurechten" Kreisen zumeist als Philosoph vorgestellt, kann allerdings nur auf ein abgebrochenes Studium am Moskauer Luftfahrtinstitut verweisen und hat zu Sowjetzeiten als Straßenreiniger gearbeitet. Das beeinträchtigte jedoch seinen geradezu kometenhaften Aufstieg innerhalb der westeuropäischen „Neuen Rechten" und den „Nationalrevolutionären" keineswegs. Seine Thesen haben sich in den vergangenen dreißig Jahren kaum verändert, auch wenn er sich schon längst nicht mehr als Nationalbolschewisten bezeichnet, sondern als eigenständiger politisch-philosophischer Denker („Vierte Politische Theorie") anerkannt werden will und sich kaum noch auf den esoterischen Faschisten Julius Evola bezieht, sondern nunmehr den russisch-orthodoxen Glauben in den spirituellen Mittelpunkt stellt. Seine Schriften sind eine Variation der gleichbleibenden Themen: Verurteilung der USA und des Liberalismus, Notwendigkeit der Schaffung eines eurasischen Kontinentalblocks.



Foto: Faksimile

Hintere Reihe von links nach rechts: Michael Schneider, Gennady Zyuganov, Carlo Terracciano, Aleksandr Dugin

1992, zur Ära Jelzin, schreibt er in den „Éléments": „Der ‚amerikanische Traum' formt neue Gesichter unserer Verwestlichung. Wenn sich unser Volk dessen bewusst werden wird, wird es reagieren. Und diese Reaktion wird brutal sein." Dann 2009 im gleichen Blatt: „Ein Beitritt der Ukraine zur NATO wird automatisch eine Spaltung des Landes zur Folge haben zusammen mit einer möglichen Intervention der russischen Streitkräfte zur Verteidigung der Ihren." Und 2016, wieder in den „Éléments": „Der Kalte Krieg hat sich nie auf eine einfache Gegnerschaft zwischen der ‚Freien Welt' und der sowjetischen Welt beschränkt. Es handelte sich auch bzw. vor allem um eine neue Episode eines grundlegenderen Konflikts zwischen der Macht des Meeres, der angelsächsischen Thalassokratie, und der Macht der Erde, der tellurischen eurasischen Macht." Nichts Neues also, sondern vielmehr ein Wiederkäuen dessen, was Benoist mehr als 30 Jahre zuvor geschrieben hatte, der wiederum nur eine Variante dessen ist, was Carl Schmitt 40 Jahre vor ihm schrieb.

So wie die westeuropäische „Neue Rechte" als eine Reaktion auf den Prozess der Entkolonialisierung seit Ende der 1950er Jahre erfolgte, entstand die russische „Neue Rechte" – deren bekanntester Vertreter Dugin ist – als Reaktion auf den Zerfall der Sowjetunion und dem damit verbundenen Verlust der Weltmacht ersten Ranges. Seine Eurasien-Ideologie soll einen Ausweg daraus aufzeigen. (West-)Europa habe nur dann eine Chance, wenn es sich von den USA löse. Im aktuellen Interview mit den „Éléments" stellte Dugin die These auf, die USA seien der eigentliche Sieger im Ukrainekrieg. „Europa ist auf der anderen Seite der Verlierer in diesem Schachspiel. Das Spiel Russlands verläuft nicht völlig negativ, wenn es die Hälfte der Ukraine erhält." Mit dem Krieg seien die Voraussetzungen für ein „souveränes Imperium" erhalten worden." So sieht sie aus, die „Neue" Rechte. Kein bisschen neu, nur der schnöde alte Imperialismus. •

TITEL

Großrussischer Nationalismus prägt die Reden, mit denen Russlands Präsident Wladimir Putin im Februar den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine legitimierte. In ihnen sprach Putin der Ukraine letztlich das Existenzrecht ab.

Die „Wladimir-Lenin-Ukraine"

Putins großrussischer Nationalismus und der Ukraine-Krieg

Großrussische Töne mit Bezug auf die Ukraine sind bei Wladimir Putin nicht neu. Im September 2013 etwa, als der Streit um das Assoziierungsabkommen des Landes mit der EU zu eskalieren begann, hatte der Präsident auf dem Waldai-Forum, einem internationalen Treffen von Politiker_innen, Journalist_innen und Wissenschaftler_innen, erklärt, Russland und die Ukraine hätten „gemeinsame Traditionen, eine gemeinsame Mentalität, eine gemeinsame Geschichte und Kultur". Traf dies im Hinblick auf die Geschichte insofern zu, als weite Teile der heutigen Ukraine lange Zeit zum russischen Zarenreich, dann zur Sowjetunion gehört hatten, so zog Putin deutlich weiter reichende Folgerungen. „In dieser Hinsicht", äußerte er, „sind wir ein Volk"; „die Ukraine ist ein Teil unserer großen russischen oder russisch-ukrainischen Welt". Russland erhob also gewissermaßen – in welcher genauen Form auch immer – Anspruch auf sie.

Kurz nach der Eskalation des Ukraine-Konflikts 2013 und dem Kiewer Umsturz im Februar 2014 war Putin sogar noch einen Schritt weiter gegangen. Mehrfach nutzte er im Lauf des Jahres den Begriff „Neurussland" („Noworossija") für Teile der Ukraine, und zwar für diejenigen Gebiete unmittelbar nördlich des Schwarzen Meers, die Russland während des letzten Drittels des 18. Jahrhunderts unter der Zarin Katharina der Großen neu erobert hatte. Dort sprach – und spricht – die Mehrheit der Bevölkerung zwar bis heute Russisch als Muttersprache; territoriale Ansprüche leiten daraus aber nur großrussische Nationalisten ab. Als der Krieg im Donbass Anfang 2015 ein wenig abflaute, griff Putin auf den Begriff „Neurussland" dann nicht mehr zurück. Praktische Schritte hatte Moskau damals nicht aus ihm abgeleitet. Die Aufnahme der Krim in die Russische Föderation war geostrategisch motiviert. Die Gebiete Donezk und Luhansk wiederum, die sich nach ihrer Abspaltung eine kurze Zeit „Föderativer Staat Neurussland" nannten und die großrussische Nationalisten gern gleichfalls Russland zugeschlagen hätten, wurden von Russlands Regierung nicht einmal als unabhängige Staaten anerkannt.

Größere Aufmerksamkeit erregte dann erst wieder ein Artikel, der im Juli 2021 unter Putins Namen veröffentlicht wurde. Der Ukraine-Konflikt hatte sich über die Jahre hin immer weiter zugespitzt; der russische Präsident bezog nun grundsätzlich Position. Unter der Überschrift „Über die historische Einheit von Russen und Ukrainern" erklärte er im Rahmen eines Exkurses zur russischen Geschichte in großrussischer Interpretation, die politische „Mauer", die in den Jahren zuvor zwischen Russland und der Ukraine errichtet worden sei, trenne zwei Teile eines eigentlich einheitlichen „geschichtlichen und geistigen Raums": „Russen, Ukrainer und Belarussen sind alle Nachkommen der Alten [Kiewer] Rus." An der ideologischen Vereinnahmung der Ukraine hielt Putin auch in seiner Rede am 21. Februar 2022 fest: „Die Ukraine ist für uns nicht einfach ein Nachbarland", erklärte er; „sie ist integraler Bestandteil unserer eigenen Geschichte, unserer Kultur, unseres geistigen Raums."

Auf die Frage, wie denn eigentlich ein ukrainischer Staat entstehen konnte, wenn das Land doch angeblich nur ein Teil Russlands sei, hatte Putin in seinem Artikel vom Juli 2021 seine ganz eigene Antwort parat. Während Historiker_innen auf eine zwar schwache, aber immerhin existierende ukrainische Nationalbewegung im 19. Jahrhundert und auf eine kurzlebige, aber halbwegs funktionierende ukrainische Staatsgründung im Jahr 1918 hinweisen, behauptete der russische Präsident, die heutige Existenz der Ukraine gehe einzig und allein auf die Gründung der Ukrainischen Sowjetrepublik zurück. Moskau habe ukrainischen Nationalisten mit dieser Gründung vollkommen unangemessene Zugeständnisse gemacht: ein verheerender Fehler, den Lenin persönlich zu verantworten habe. Die Sowjetunion habe anschließend, indem sie ihren Teilrepubliken auch noch ein Recht auf Abspaltung eingeräumt habe, „eine äußerst gefährliche Zeitbombe" in ihren staatlichen Strukturen platziert, die 1991 tatsächlich explodiert sei: Die Teilrepubliken hatten sich damals bekanntlich unabhängig gemacht. Die Ukraine sei also letzten Endes ein bloßes „Ergebnis der bolschewistischen Politik". Putin beschimpfte sie am 21. Februar verächtlich als „Wladimir-Lenin-Ukraine".



Foto: Rosa-Luxemburg-Stiftung

Stadtzentrum von Lyssytschansk im Donbass. Denkmal an die Befreiung von den Deutschen durch die Rote Armee im 2. Weltkrieg.

Von Lenin hält Putin natürlich, vorsichtig formuliert, nicht viel. Holten die Ukrainer heutzutage nicht „die Lenindenkmäler vom Sockel"? Der russische Präsident hatte dafür erhebliche Sympathie: „Überwindung des Kommunismus nennen sie das", stellte er am 21. Februar durchaus zustimmend fest. Freilich dürften die Ukrainer dabei nicht „auf halbem Wege stehen bleiben", fuhr Putin fort: „Wir zeigen euch gern, was eine echte Überwindung des Kommunismus für die Ukraine bedeutet." Sollte heißen: Wenn die Ukraine, wie Putin behauptete, nur von den Bolschewiki geschaffen worden war, dann musste die Überwindung des Bolschewismus zugleich das Ende des ukrainischen Staats bedeuten. Die Ukraine hat also laut dem russischen Präsidenten kein wirkliches Existenzrecht mehr.

Ergänzend erklärte Putin, der heutigen Ukraine seien große, eigentlich zu Russland gehörende Gebiete völlig unangemessen zugeschlagen worden; sie befinde sich „zu einem nennenswerten Teil auf den Ländern des historischen Russland". Der russische Präsident führte dazu schon im Juli 2021 nicht nur die Krim an, die Moskau 1954 per Federstrich Kiew unterstellt hatte. Auch der Südwesten des Landes, die Karpatenukraine, sei nach dem Zweiten Weltkrieg gegen den Willen ihrer Bevölkerung, die eine eigene Sowjetrepublik verlangt habe, in die Ukraine eingegliedert worden, äußerte Putin. „Neurussland", das gegen Ende des 18. Jahrhunderts von Russland eroberte Gebiet nördlich des Schwarzen Meeres, das diverse ukrainische Großstädte von Odessa über Cherson bis Mariupol umfasst, ließ er damals unerwähnt. Dass sich die Ukraine auf einem Teil des „historischen Russlands" befindet, trifft rein historisch gesehen zwar zu. Wer daraus jedoch praktische Folgen ableiten will, öffnet revanchistischer Politik Tür und Tor.

Genau dies zeichnet sich jetzt tatsächlich in Russlands Kriegführung in der Ukraine ab. Die Territorien, die Moskau erobert hat oder zu erobern sucht, sind sämtlich Gebiete, die zum historischen „Neurussland" zählten, die also laut großrussischer Vorstellung Teil Russlands sein sollen. Das trifft auf das in erbitterten Kämpfen eroberte Mariupol ebenso zu wie auf Melitopol, wo die russischen Besatzer bereits Mitte März den Bürgermeister absowie eine neue Statthalterin einsetzten. Es gilt auch für die Großstadt Cherson, in der mittlerweile mit Rubel gezahlt wird und von der der stellvertretende Chef der russischen Militärverwaltung erklärt, er sehe ihre Zukunft „als eine Region innerhalb der Russischen Föderation". Die Behauptung des russischen Präsidenten vom 24. Februar – unmittelbar bei Kriegsbeginn –, man habe nicht vor, „ukrainische Gebiete zu besetzen", ist wohl längst widerlegt – es sei denn, man versteht „Neurussland" als genuin russisches, nicht als ukrainisches Gebiet.

Liefern Putins Artikel vom Juli 2021 und seine Reden vom 21. und vom 24. Februar die großrussische Legitimation für eine sich abzeichnende Annexion von Teilen der Ukraine, so muss man ehrlicherweise hinzufügen: Großrussischer Nationalismus ist beileibe nicht ihr einziges Motiv. Einen zentralen Stellenwert nimmt vielmehr heftige Kritik am vermeintlichen Bemühen der westlichen Mächte ein, die Ukraine gegen Russland in Stellung zu bringen, sie quasi als Rammbock im Machtkampf des Westens gegen Moskau zu nutzen. Indem die EU sowie die USA alles unternommen hätten, um in Kiew prowestliche Kräfte an die Macht zu bringen, hätten sie die Ukraine faktisch zu einem „Anti-Russland-Projekt" gemacht, kritisiert der russische Präsident. Blickt man auf die Bestrebungen, die Ukraine an die EU und die NATO anzubinden, dann ist das Argument nicht gänzlich falsch. Selbstverständlich rechtfertigt es aber den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg, den Russland losgetreten hat, nicht im Geringsten. •

TITEL

Die Russland-Sympathien der österreichischen FPÖ

Am 17. Mai 2019 veröffentlichten Der Spiegel und die Süddeutsche Zeitung zeitgleich etwa fünf Minuten aus einem Video, das im Sommer 2017 heimlich auf Ibiza aufgenommen wurde. Einen Tag später war die damalige österreichische Regierung Geschichte.

In dem Video ist zu sehen, wie der damalige Parteichef der FPÖ, Heinz Christian Strache, nicht nur freimütig mit einer vermeintlichen russischen Investorin, einer jungen Oligarchin, über die Vergabe von Staatsaufträgen parlierte, sondern auch über die Möglichkeit, Spenden am Rechnungshof, dem Kontrollorgan der Republik Österreich, vorbeizuschleusen. Mit der Übernahme der Kronen Zeitung, der auflagenstärksten Tageszeitung Österreichs, wollte er mit zum Teil erneuerter Redaktion die Macht übernehmen. Auch seine Haltung gegenüber Medien machte er mehr als deutlich: „Journalisten sind ja sowieso die größten Huren auf dem Planeten." Das Video erschütterte die Republik und katapultierte die FPÖ aus der Koalition mit der konservativen ÖVP. Strache wurde schließlich aus der FPÖ ausgeschlossen.

Es passt zu Strache und seinem einstigen Stellvertreter Johann Gudenus, der ebenfalls auf dem Ibiza-Video zu sehen ist, dass sie über eine Videofalle mit einer vermeintlichen russischen Oligarchin stolperten. Regelmäßig reisten die beiden Politiker nach Russland oder in dessen Satellitenstaaten, etwa nach Tschetschenien. Beziehungen pflegte Strache zum Milliardär Konstantin Malofejew, der 2014 in Wien einen (extrem) rechten Kongress organisiert hatte. Bei diesem Treffen waren neben Strache und Gudenus auch der als „Chefideologe der Eurasischen Bewegung" bezeichnete Alexander Dugin zugegen. Dugin vertritt die Idee eines europäisch-asiatischen Bündnisses unter der Führung Russlands. Seine Vorstellungen sind durch antiliberales Denken, die Ablehnung des Westens, Traditionalismus, Nationalismus und Überlegenheitsfantasien geprägt.



Foto: Screenshot YouTube; Der Spiegel

Schon vor dem Überfall auf die Ukraine rief Dugin wiederholt öffentlich zu einem Angriffskrieg gegen die Ukraine auf.

Die Sympathie der FPÖ für die russischen Verhältnisse mündete 2016 in einem Freundschaftsvertrag, den die FPÖ mit der Putin-Partei „Einiges Russland" unterschrieb.

Strache und Gudenus sind noch immer klar positioniert. Beide sprachen sich nach dem Überfall auf die Ukraine gegen jegliche Sanktionen gegen Russland aus. Damit sind sie auf Linie mit der FPÖ. Der aktuelle FPÖ-Parteichef Herbert Kickl kann jedoch politisch und ideologisch wenig mit Putin anfangen. Kickls Positionen sind auf Stimmenmaximierung ausgerichtet. So warnt er, dass Sanktionen die österreichische Wirtschaft schädigen würden, hält sich mit antiamerikanischen Whataboutism zurück und betont lieber die Neutralität Österreichs. Das kommt bei einem Teil der Bevölkerung gut an. Die 2016 vereinbarte Kooperationsvereinbarung mit „Einiges Russland" lies Kickl auslaufen.

Aussagen anderer FPÖ-Politiker_innen sind hingegen kaum von russischer Propaganda zu unterscheiden. Da ist von einem „sogenannten Überfall" die Rede und von einer „angeblichen russischen Bedrohung ganz Europas". Auch wird die USA wesentlich für den Krieg mitverantwortlich gemacht. Derartige Sätze kommen von Johannes Hübner, einem Mitglied der „Neigungsgruppe Moskau", die sich zu Straches Zeiten in der FPÖ gefunden hat.

Strache setzte ab 2008 auf eine Annäherung seiner Partei an Russland. Seither rissen die Kontakte nicht mehr ab. 2012 etwa statteten hochrangige Delegationen der FPÖ Tschetscheniens Potentat Ramsan Kadyrow einen umstrittenen Besuch ab. Eine Intensivierung der Achse Wien-Moskau ließ sich 2014 beobachten, parallel zu einer zunehmenden außenpolitischen Isolierung Russlands im Zusammenhang mit der russischen Ukraine-Politik.

FPÖ-Politiker_innen pilgerten in diesem Jahr wiederholt in den Osten und stellten einen der „Wahlbeobachter" des „Krim-Referendums" im März 2014, mit dem Russland die völkerrechtswidrige Annexion der ukrainischen Halbinsel zu legitimieren versuchte.

Diese Kontakte, insbesondere der Freundschaftsvertrag mit der Kreml-Partei, sorgten im Jahr 2017, nach dem Regierungseintritt der Freiheitlichen in Österreich, international für Aufregung. Ausländische Geheimdienste schränkten die Zusammenarbeit mit ihrem österreichischen Gegenüber teilweise ein, da sie befürchteten, dass Informationen direkt bei Putin landen könnten. Schließlich kontrollierte die FPÖ über das Innen- und Verteidigungsministerium alle österreichischen Nachrichtendienste. Bis heute werden österreichische Nachrichtendienste von ihren Partnern außen vorgelassen, wenn es um Russland geht.

Als die FPÖ-Führung im Dezember 2016 den Freundschaftsvertrag mit der Putin-Partei in Moskau unterschrieb, war in deren Entourage auch ein Mann vertreten, der später eine herausragende Rolle bei den Protesten gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie spielte. Neben den Parteigranden Norbert Hofer, dem EU-Abgeordneten Harald Vilimsky, Johannes Hübner und Johann Gudenus, dem ehemaligen Linzer Vizebürgermeister Detlef Wimmer war auch Stefan Magnet dabei. Magnet, einst Kader einer oberösterreichischen Neonazi-Gruppe, gründete im vergangenen Jahr den Online-TV-Sender Auf1, der sich seither als Sprachrohr der Corona-Leugner_innen etabliert hat. Aus seiner Verehrung gegenüber Putin macht Magnet keinen Hehl – dementsprechend sind auch die Beiträge auf Auf1. Russische Medien selbst sind für viele extreme Rechte in Österreich und Deutschland zentrale Stichwortgeber.

Jenseits der FPÖ ist die österreichische extreme Rechte mit Blick auf ihre Haltung zum Krieg in der Ukraine gespalten. Zum einen unterstützen österreichische Neonazis im Internet die Ukraine und ganz besonders das Asow-Regiment. Die sogenannte Neue Rechte hingegen fährt einen prorussischen Kurs und orientiert sich dabei nicht zuletzt am „Compact-Magazin", das seit vielen Jahren die Verehrung Putins betreibt. In Wien waren zuletzt auf Demonstrationen mit Corona-Bezug auch russische Fahnen vertreten und es wurde die russische Nationalhymne abgespielt. •

Die Stipendiatin mit der Hakenkreuzflagge

■ Das „Wiener Institut für die Wissenschaften vom Menschen" (IWM) erkannte Anfang 2021 der extrem rechten Netzwerkerin Olena Semenyaka („Post Graduate Junior Visiting Fellow") ihr Stipendium ab. Sie wurde zuvor als eine IWM-Stipendiatin im Rahmen der Programmschiene „Ukraine im europäischen Dialog" erklärt und hätte sich in Wien bis Juni 2021 mit Jan Patocka, Ernst Jünger und „Europa nach der Ukraine" beschäftigt. Dafür hätte sie laut ukrainischen Medien 1.800 € monatlich plus Reise- und Unterkunftskosten bekommen. Semanyaka gehört zum Führungsteam des politischen Arms der neonazistischen Asow, ein Foto von ihr mit Hakenkreuz-Flagge und Hitlergruß ging viral. Die frühere internationale Sekretärin des Nationalkorps gilt als „First Lady des ukrainischen Nationalismus". In Deutschland tritt sie sowohl bei der NPD-Jugendorganisation, der „Identitären Bewegung" als auch bei „Der III. Weg" auf. Semenyaka ist ebenso in der Szene des „National Socialist Black Metal" (NSBM) zu Hause und hielt in Kiew auf einer „Pact of Steel"-Veranstaltung („Militant Black Metal Alliance") die Eröffnungsrede, mit dabei der verurteilte „Satansmörder" und Musiker Hendrik Möbus. Das Institut in Wien will seit seiner Gründung im Jahre 1982 den geistigen Austausch zwischen Ost und West fördern, und wird dafür unter anderem vom österreichischen und polnischen Bildungsministerium und dem tschechischen Außenministerium finanziert. •



TITEL

Flucht im Zeichen der europäischen Zwei-Klassen-Solidarität

ROBERT FIETZKE

„Ich sollte als Sechste in den Zug einsteigen. Doch ein Typ hätte mich fast aus dem Zug geschubst. Er sagte njet, njet, njet. Ich bin fast rausgefallen. Angekommen in Lwiw, haben wir den Alarm gehört und wir wollten in einen Laden rennen. Aber der Besitzer hat nur die weißen Männer und Frauen reingelassen, nicht uns Afrikaner. Ich dachte mir: Dieser Rassismus muss aufhören. Wenn eine echte Bombe detoniert wäre, wären wir gestorben."[1]

Monica Joseph (28), die sich kurz Blossom nennt, kommt aus Nigeria und studierte bis zur Entfesselung des russischen Angriffskriegs am 24. Februar 2022 Internationale Beziehungen in Kyiv. Gemeinsam mit inzwischen über 6,8 Millionen Menschen (Stand: Ende Mai) sah sie sich gezwungen, vor den russischen Bomben außer Landes fliehen.[2] Ihre und die Erfahrungen vieler BPoC-Geflüchteter unterscheiden sich zum Teil drastisch von den Fluchtgeschichten der weißen Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine. Es geht hierbei nicht um Einzelfälle oder eine kleine Zahl, sondern um Strukturen und Zehntausende. 20 Prozent der Auslandsstudent*innen in der Ukraine kommen aus afrikanischen Ländern, allein 4.000 von ihnen aus Nigeria.

„Wir kümmern uns nicht um Afrikaner"

Schon in den ersten Tagen nach Kriegsausbruch berichteten Betroffene in den sozialen Medien unter den Hashtags #AfricansinUkraine und #BlackinUkraine von ähnlichen Fällen rassistischer Diskriminierung auf ihrer Flucht. Videos dokumentieren, wie ukrainische Beamt*innen nichtweiße Geflüchtete davon abhielten, Züge oder Busse zu erreichen, zum Teil unter Einsatz des Schlagstocks. Einige schilderten, dass Offizielle ihnen direkt ins Gesicht gesagt hätten, sie würden „sich nicht um die Afrikaner kümmern".

Auch über die polnische Seite häuften sich ähnlich gelagerte Berichte. So hätten polnische Grenzbeamt*innen schwarzen Menschen aus der Ukraine ohne jede Begründung die Einreise verweigert, sodass diese weiter an die ungarische Grenze fliehen mussten. Eine nigerianische Medizinstudentin aus Charkiw schilderte, dass sie elf Stunden zu Fuß fliehen musste, um an die polnische Grenze zu gelangen, wo sie schließlich schwarze Geflüchtete auf der Straße übernachten sah, während Busse mit weißen Kriegsflüchtlingen permanent und ohne Wartezeit durchgelassen wurden. Ein Student aus der Elfenbeinküste, der ebenfalls aus Charkiw geflohen ist, musste gar 65 Kilometer zu Fuß bei eisigen Temperaturen zurücklegen, weil ihn kein Bus ab Lwiw mitnehmen wollte. Eine weitere Medizinstudentin aus Somalia berichtete über eine Not-Unterkunft in einem Hotel auf der polnischen Seite, in der man ihr sagte, dass hier nur (weiße) Ukrainer*innen aufgenommen würden.[3] Laut einer SPIEGEL-Recherche sollen afrikanische Studierende außerdem in polnische Haftzentren an der Grenze verschleppt worden seien.[4]

Bereits vier Tage nach Kriegsausbruch sah sich die nigerianische Regierung dazu veranlasst, sich mit einem mahnenden Appell an die europäische Gemeinschaft zu wenden. Der nigerianische Präsident Muhammadu Buhari twitterte: „Alle, die aus einer Konfliktsituation fliehen, haben das gleiche Recht auf einen sicheren Durchgang nach der UN -Konvention, und die Farbe ihres Reisepasses oder ihre Haut sollte keinen Unterschied machen". Des



Foto: Christian Ditsch

Weiteren empfahl Nigeria seinen Auslandsstudent*innen, die Ukraine fortan über Ungarn oder Rumänien zu verlassen. Indes beteuerten sowohl die polnische Regierung als auch die EU-Kommission, dass die Grenzen auch für Menschen aus Drittstaaten offen seien und selbstverständlich jeder Mensch, der vor dem Krieg fliehen muss, aufgenommen werde. Die Berichte der vielen Betroffenen sprechen jedoch eine andere Sprache.

Die Gleichzeitigkeit von Solidarität, Pushbacks und Ertrinkenlassen

Im Kontext der allgemeinen europäischen Asylpolitik passen all diese Berichte, passt diese rassistische Sonderbehandlung von arabischen und afrikanischen Geflüchteten in ein etabliertes Muster. Besonders mit Blick auf die Gleichzeitigkeit der täglichen Tragödien von Flucht, Vertreibung und Tod wird dieses Muster besonders deutlich:

1. Während Polen mit Abstand die meisten Geflüchteten aus der Ukraine aufnahm – insgesamt waren es 3,2 Millionen. Schätzungsweise befinden sich derzeit noch etwa 1,5 Millionen Menschen im Nachbarland – und durchaus eine beeindruckende Aufnahmebereitschaft an den Tag legte, übrigens auch dank der unermüdlichen Arbeit linker und antirassistischer Gruppen, hinderte es weiterhin fliehende Menschen aus Belarus daran, über die Grenze zu gelangen. Obwohl dort bereits mehrere Menschen, darunter auch Kinder, in den kalten Wäldern gestorben sind, führt Polen weiterhin Pushbacks durch.

2. Dieselbe Ambivalenz der europäischen Flüchtlingssolidarität zeigt sich auch weiterhin im Mittelmeer und vor den kanarischen Inseln, wo nach wie vor Boote mit Geflüchteten kentern, Menschen ertrinken[5] und zivile Seenotretter*innen daran gehindert werden, Leben zu retten. Sie zeigt sich auch im Umgang mit Kriegsflüchtlingen aus anderen Kriegsgebieten wie Syrien, Afghanistan oder Jemen, der weiterhin den Prinzipien Abwehr, Abschreckung und Abschottung folgt.

3. Die „europäische Wertegemeinschaft" ist einerseits in der Lage, zum ersten Mal überhaupt die sogenannte „Massenzustromrichtlinie" 2001/55/EG zu aktivieren, mit der Geflüchtete aus einem neuen Kriegs- oder Krisengebiet unkompliziert und unbürokratisch aufgenommen werden können und schnell Zugang zu einem sicheren Aufenthaltstitel, Arbeit und Sozialleistungen bekommen können, andererseits bringt sie es fertig, tausende Menschen, die vor ein und demselben Krieg fliehen mussten, von der Gültigkeit dieser Rechte auszuschließen.

Die Gleichzeitigkeit sowohl des Handelns als auch des Nicht-Handelns, des Rettens und des Sterbenlassens, der Solidarität und der Verweigerung von Rechten charakterisiert eine Flüchtlingspolitik, die selbst im Angesicht eines brutalen Krieges und unendlichen Leids, das alle davon Betroffenen miteinander teilen, noch Unterscheidungen macht.

Deutschland zwischen Symbolpolitik und Abschiebung

Deutschland nimmt bei alledem eine ähnlich widersprüchliche Rolle ein wie bei vielen anderen asylpolitischen Fragen der jüngeren Vergangenheit. Es sei erinnert an das unrühmliche Doppelspiel eines Horst Seehofer, zum einen immer wieder die „europäische Solidarität" zu beschwören – wobei er freilich eine andere Vorstellung von „Solidarität" hat („Wenn wir Griechen und Türken helfen, ist das solidarisch gegenüber euch, aber hilft auch uns" sagte er zum Beispiel bei einem Besuch in Athen 2019) – und andererseits Vieles dafür zu tun, um „die deutschen Sozialsysteme bis zur letzten Patrone gegen Armutszuwanderung zu verteidigen", inklusive einer engen Zusammenarbeit mit dem italienischen Ex-Innenminister und Neofaschisten Salvini bei der Bekämpfung ziviler Seenotrettung.

Unter der Ampel-Regierung scheint sich zumindest auf der verbal-rhetorischen Ebene einiges verändert zu haben. Die grüne Außenministerin Baerbock erwirkte im Zusammenspiel mit der neuen SPD-Innenministerin Faeser eine symbolträchtige „Luftbrücke" zwischen Moldawien und Deutschland, um das kleine Land, das bei 4 Millionen Einwohner*innen 450.000 Menschen aus der Ukraine aufgenommen hat, zu „entlasten". Allerdings geht es hierbei nur um eine vergleichsweise kleine Anzahl. Gerade einmal 2.500 Menschen will das reichste Land Europas dem ärmsten Land des Kontinents „abnehmen".

Bei genauerem Hinsehen offenbart sich jenseits dieser symbolpolitischen Ebene aber eine spezifisch deutsche Version der Zwei-Klassen-Solidarität für Geflüchtete. Auch Deutschland wendet die EU-Richtlinie zur Gewährung vorübergehenden Schutzes nicht auf Menschen an, die als nicht-ukrainische Drittstaater*innen mit befristetem Aufenthaltsrecht in der Ukraine gelebt, gearbeitet oder studiert haben. Laut einem Rundschreiben des Bundesinnenministeriums sind sie vom Recht auf temporären Schutz für Kriegsvertriebene nach §24 AufenthG ausgenommen, wenn angenommen wird, dass eine „sichere und dauerhafte Rückkehrmöglichkeit" ins Herkunftsland besteht. Mit anderen Worten: Deutschland möchte Menschen, die vor dem Krieg in der Ukraine geflohen sind, in ihre Herkunftsländer abschieben, weil sie das Pech hatten, mit der falschen Staatsangehörigkeit oder dem falschen Pass vor demselben Krieg geflohen zu sein. Am Ende bleibt es, trotz der durchaus wahrnehmbaren Solidarität in Teilen der Bevölkerung, eben dabei, was Bertolt Brecht 1961 in seinen „Flüchtlingsgesprächen" niederschrieb:

„Der Pass ist der edelste Teil von einem Menschen. Er kommt auch nicht auf so einfache Weise zustande wie ein Mensch. Ein Mensch kann überall zustande kommen, auf die leichtsinnigste Art und ohne gescheiten Grund, aber ein Pass niemals. Dafür wird er auch anerkannt, wenn er gut ist, während ein Mensch noch so gut sein kann und doch nicht anerkannt wird." •

1 Die Reise der Nigerianerin Blossom, BR, 04.03.22: www.br.de/radio/bayern2/sendungen/zuendfunk/afrikanische--studierende-erleben-rassismus-in-der-ukraine-100.html **2** Hinzu kommen etwa acht Millionen Menschen, die als Binnenvertriebene Schutz innerhalb der Ukraine suchten sowie etwa 13 Millionen Menschen, die sich in schwer zugänglichen Regionen befinden. **3** Twitter sowie BBC, 28.02.22:www.bbc.com/news/world-africa-60555650 **4** SPIEGEL, 23.03.22: www.spiegel.de/ausland/ukraine-fluechtlinge-die-einen-sind-willkommen-die-anderen-werden-eingesperrt-a-63f127bd-cdda-4b25-aa7b-97a4bfaf3a2d **5** In diesem Jahr sind bereits etwa 700 Menschen im Mittelmeer ertrunken, ohne dass das irgendeine politische Reaktion nach sich gezogen hätte, etwas am fortgesetzten Massensterben zu ändern.

TITEL

„Großrussische Fantasien“

LARA SCHULTZ

Die Maidan-Proteste 2013 und 2014, die Annexion der Krim und der Krieg im Donbas haben bereits zu unterschiedlichen Positionierungen der russischen extremen Rechten geführt. Die disparaten Einschätzungen setzen sich auch nach dem Angriffskrieg auf die Ukraine fort. Die meisten Neonazigruppierungen sind auf Regierungskurs, jedoch nicht alle. Nach drei Monaten lassen sich einige deutliche Tendenzen erkennen.

Gegen den russischen Angriffskrieg

Als einzige extrem rechte russische Organisation unterstützt die „Wotanjugend“ ukrainische Neonazis und Nationalisten. Seit der Gründung von Asow im Jahr 2014, damals noch als Bataillon, sympathisiert die „Wotanjugend“ nicht nur, sie hat auch eigene Kämpfer in das Bataillon geschickt. Auch jetzt ruft die „Wotanjugend“ auf Russisch dazu auf, sich der ukrainischen Seite anzuschließen, ohne jedoch Unterstützung hierfür anzubieten. Man müsse sich halt aus Russland über andere Staaten in die Ukraine durchschlagen. Wer kämpfen wolle, werde an der Grenze dann schon durchgewunken.

Unter denjenigen Neonazis, die den Krieg ablehnen, ist auch Dmitrij Djomuschkin, Gründer mehrerer extrem rechter Organisationen, von denen die meisten verboten wurden. Krieg sei ein Mittel der „Lebensraumgewinnung“, dies habe Russland jedoch nicht nötig. Djomuschkin galt lange Zeit als Unterstützer Putins, und das bereits seit seiner ersten Amtszeit im Jahr 2000. Im März 2014 hatte er noch einen Aufruf zur Unterstützung der „Wiedereingliederung der Krim“ unterzeichnet. Gleichzeitig begann er, Bedenken in Bezug auf die russische Politik zu hegen. So äußerte er, die Mär des Bandera-faschistischen Maidan glaubend, die russische Regierung habe große Angst davor, dass es auch in Moskau ähnliche Proteste geben könnte. Der Kreml befürchte, dass russische Nationalisten sich ein Beispiel an den ukrainischen nehmen und die Regierung stürzen könnten. Es drohe also in Russland eine Verfolgung von „Nationalisten“ durch staatliche Dienste.

Auch die nicht registrierte ultranationalistische und orthodox-traditionelle Partei Großrussland spricht sich gegen die „Spezialoperation“ aus, bleibt mit der Verwendung des Wortes aber im Duktus der offiziellen Sprachregelung. Das Volk als Souverän müsse die Macht kontrollieren, Rechenschaft von ihr verlangen und sie gegebenenfalls abwählen. Dieser Prozess werde auch die Bewertung der Spezialoperation betreffen. Die bisherige Bewertung durch Großrussland ist interessant für eine Partei, die sich dem Namen nach nach einem großrussischen Reich ohne die Ukraine sehnt. Ihre Kritik an der Spezialoperation bezieht sich dann auch auf die nicht zielführende Umsetzung. In Veröffentlichungen der Partei wird konstatiert, dass die „Spezialoperation“ vielmehr erst zur Schaffung einer ukrainischen Nation und eines ukrainischen Staates beigetragen habe, wenn es denn stimme, was die russischen Eliten glaubten, nämlich, dass es beides nicht gebe. Die ukrainische Sprache werde immer beliebter, die russische Sprache verschwinde aus der Ukraine, die ganze Welt stehe der Ukraine



Der Maidan im März 2014.


Foto: wikimedia, Youtube (CC-BY 3.0)


Foto: Bild: wikimedia; Dennis Petrov

Links: Dmitri Nikolajewitsch Djomuschkin – russischer Neonazi und „Kriegsgegner".

Rechts: Alexander Barkaschow, Gründer der RNE, findet, der Krieg hätte viel früehr beginnen müssen.

freundlich gegenüber, sie sei heute das beliebteste Land der Welt. Die westliche Unterstützung der Ukraine, auch durch Waffen aus den NATO-Mitgliedsstaaten, sorge außerdem für eine Modernisierung der Ukraine, während Russland künftig durch Reparationszahlungen geschwächt werde. Überhaupt NATO: Die „halbtote Organisation" sei durch die russische Aggression wiederauferstanden und zur Aufnahme weiterer Staaten bereit. Fazit: Es werde also alles schlechter, da helfe es auch nicht, dass die Krim als beliebter Urlaubsort jetzt russisch sei.

Einer Erzählung vom „Volkstod" durch die Eliten folgt die „Assoziation Nationaler Widerstand" (ANS). So sei es auch Putins Ziel, möglichst viele Russen zu töten – während seiner Regierungszeit sei das „russische Volk" um zehn Millionen Menschen dezimiert worden, einen solchen Verlust habe es bislang nur während des Zweiten Weltkriegs und unter den Kommunisten gegeben. Der Krieg mit der „brüderlichen Ukraine" sei ebenfalls antirussisch. Gewinner könne es hier nicht geben, „außer eine Handvoll Oligarchen und Putins Freunden". Wirtschaftlich sei der Krieg ein zusätzlicher Schaden, wovon die Feinde Russlands profitierten. Russische Nationalisten könnten weder Putin noch seinen Krieg unterstützen, schließlich sei es kein „Krieg des russischen Volkes", sondern allein der politischen Eliten Russlands.

Der nationalistische Russisch-Orthodoxe „Allrussische Bund" (RONS) steht eigenen Angaben zufolge für ein Konzept des „Russentums" und für die Orthodoxie, das gegenwärtige Putin-Regime lehnen sie ebenso wie die Verfasstheit als Russische Föderation ab. Den Krieg nennen sie Krieg, was jedoch nur diejenigen tun, die sich gegen den Krieg aussprechen.

Unterstützung unter Vorbehalt

Die Nationalbolschewisten lehnen zwar das Regime Putin ab, sind aber auf Kriegskurs. Wenn erst die Ukraine befreit sei, könne in Moskau mit der Regierung aufgeräumt werden. Als Interbrigaden kämpften Mitglieder von „Das andere Russland" von E. W. Limonow, wie die nationalbolschewistische Partei heute offiziell heißt, 2014 und 2015 im Donbas als Teil der Miliz der sogenannten Lugansker Volksrepublik. Gemäß den Angaben des russischen nichtstaatlichen Analysezentrums Sowa sind die Interbrigaden auch aktuell wieder ins Kriegsgeschehen involviert, eigenen Angaben zufolge beschränkt sich die Tätigkeit in der Ostukraine auf humanitäre Hilfsaktionen.

Nur unter Vorbehalt unterstützt auch die „Russische Imperialbewegung" (RID) die „Spezialoperation". Es gelte, nicht für „die Russen" zu kämpfen, schließlich seien Russen und Ukrainer ein gemeinsames, ein russisches Volk, sondern für die „Wiederherstellung des russischen Imperiums". Die Argumentation ist aus der Reichsbürgerszene bekannt: Das russische Volk habe derzeit keinen eigenen Nationalstaat – Russland sei in eine Reihe von Halbkolonien aufgeteilt, die von Marionetten des Westens regiert würden, während sie eigentlich einen „großen Austausch" oder gar Völkermord des „russischen Volkes" verfolgten. Die RID meldete am 24. März 2022, dass zehn Kämpfer der „Imperialen Legion" „in das Einsatzgebiet eingezogen" seien. Weitere Entsendungen seien nicht geplant, solange „die Situation an den Fronten" nicht geklärt sei. Die Mobilisierung der gesamten „Imperialen Legion" sei bislang nicht vorgesehen. Der paramilitärische Arm der RID soll über zwei Trainingslager verfügen, in denen ehemalige Offiziere des russischen Militärgeheimdienstes GRU gezielt extreme Rechte und Neonazis unterweisen und dabei im Nahkampftraining auch Tötungsmethoden unterrichten sollen. Zuvor hatten Mitglieder der extrem rechten Organisation seit 2014 im Donbas gekämpft. Die RID gilt in den USA und in Kanada als ausländische Terrororganisation.

Unterstützung und Beteiligung

Die „Internationale gesellschaftspolitische Bewegung Russisch-slawische Vereinigung und Wiederbelebung" (RUSOV), die sich auf die Fahnen schreibt, die vorchristliche slawische Kultur als Grundlage der slawischen Zivilisation wiederbeleben zu wollen, meint damit die Wiederherstellung des historischen Großrusslands, in dem es keine eigenständige Ukraine gibt. RUSOV unterstützt offen die „Spezialoperation in der ehemaligen [!] Ukraine", gemäß ihren eigenen Angaben auch mit 30 freiwilligen Kämpfern, um die Ukraine „endgültig zu entkommunisieren [!], Russland „die historischen russischen Länder zurückzugeben und die dort lebende russische Bevölkerung von der westlichen sowie der ukrainisch-chasarischen Besatzung zu befrei-

en". Die Chasaren waren eine historische turksprachige Gruppe, die – eine wissenschaftlich nicht belegbare und eher zweifelhafte These – im osteuropäischen Judentum aufgegangen sein soll. Die Rede davon, dass die Ukraine westlich und ukrainisch-chasarisch besetzt sei, ist also auch eine antisemitische Chiffre.

In einem zwölfseitigen Pamphlet erklärt die „Bewegung Russischer Bund", wie Russland durch den Westen bedroht sei. Die Aggression des Westens habe das Ziel, Russland mitsamt des russischen „Volkes" zu zerstören, dies sei eine Politik des Völkermordes gegenüber Russland. Russland müsse seine Existenz ebenso wie im Ersten Weltkrieg und im Großen Vaterländischen Krieg, wie der deutsch-sowjetische Krieg innerhalb des Zweiten Weltkriegs auf Russisch bezeichnet wird, behaupten. Es folgen ausformulierte faschistische Vorstellungen der „Deformation des Russentums", der „westlichen Dekadenz", des „Niedergangs der russischen Zivilisation". Davon bedroht sei insbesondere die russische „konservative Revolution", die im Land zweifelsohne begonnen habe und die nun zerstört werden soll. Für den Russischen Bund bedeutet die „Wahrung der nationalen Souveränität" Russlands eine „Rückgabe derjenigen ursprünglichen russischen Gebiete, die einst an die Ukrainische SSSR übertragen wurden" an Russland. Putins Ausführungen vom 21. Februar 2022 zufolge, in denen er sein Geschichtsbild offenbarte, nach dem die Ukraine kein Existenzrecht hat, sind diese Gebiete nicht nur die Krim, sondern auch die Westukraine von Ushgorod bis nach Riwne, Ternopil und Tscherniwzi ebenso wie die Ostukraine von Charkiw bis Odessa. Diplomatische Lösungen schließt die Bewegung aus: „Je härter der Kampf, in den wir uns eingelassen haben, desto bedingungsloser wird unser Sieg sein." Die Devise „Gott mit uns", mit der der Text endet, wurde nie von Soldaten des russischen Imperiums verwendet und kann in diesem Kontext allein als Anlehnung an die deutsche Wehrmacht verstanden werden.

Um Spenden für russische Soldaten, die heute für den „Großen Sieg" kämpfen, bittet die Partei „Rechtes Russland". Der Große Sieg bezeichnete bislang den Sieg der Roten Armee über den Nationalsozialismus. Heute würden russische Soldaten, Freiwillige wie Vertragssoldaten, für Russland an der Front sterben, um die russische Welt und jeden einzelnen Russen zu verteidigen – für die „Freiheit des russischen Volkes vom ausländischen und ideologischen Diktat der fremden und schädlichen Interessen", für eine „ideologische und kulturelle Hegemonie". Heute kämpfe Russland für seine Einheit, für den Aufbau eines neuen russischen Imperiums, für ein Großrussland beruhend auf „Tradition und Gerechtigkeit", für den „Erhalt der traditionellen Familie als Stützpfeiler der Gesellschaft". Parteimitglieder sollen Eigenangaben zufolge in Afghanistan, Tschetschenien, Syrien, Transnistrien und im Donbas gekämpft haben. Über eine Beteiligung am derzeitigen Angriffskrieg macht die Partei keine Angaben, dafür aber über die Organisation von „humanitärer Hilfe für die Kinder im Donbas".

Der klerikalfaschistische Kampftrupp „Sorok Sorokow" („vierzig mal vierzig" nach den legendären 1.600 orthodoxen Kirchen in Moskau, die es aber nie gab), dem unter anderem Profiboxer, MMA-Kämpfer und Gewichtheber angehören, wurde 2013 mit dem Segen des Patriarchen von Moskau gegründet, um beispielsweise Ordnerdienste bei kirchlichen Großveranstaltungen zu leisten. Mit Kriegsbeginn haben sie in den sozialen Medien ihre Schreibweise von „Sorok Sorokow" zu „Zorok Zorokow" geändert. Das lateinische Z, mit dem die ersten russischen Panzer markiert waren, die in die Ukraine einrollten, ist zum Symbol der Unterstützung der Zerstörung der Ukraine und der Unterstützung Russlands im Krieg geworden. Anfang Mai postete „Sorok Sorokow" ein Video über einen Asow-Überläufer. Viele „Ukro-Banderianer", so untertitelten sie den Clip, würden beginnen zu erkennen, in welche „Verbrechen gegen die Menschlichkeit" sie hineingezogen würden. Dieser Soldat habe sich den „russischen Befreiern" ergeben. Durch die NATO-Ausbilder sei er „in ein Tier verwandelt" worden und zu „abscheulichen Taktiken" angeleitet worden, nämlich „alte Menschen, Frauen und Kinder als Geiseln zu nehmen und sie als menschliche Schutzschilde zu verwenden, wohl wissend, dass russische Soldaten nicht auf Zivilisten schießen". Das war einen Monat nach dem Massaker von Butscha, wobei die russische Regierung hier eine Beteiligung russischer Soldaten bestreitet. Ein Alexander Makarow widmete „Sorok Sorokow" ein Gedicht, das diese in den sozialen Medien teilten: „Wir sind keine Tiere / Wir erschießen keine Frauen und Kinder / Denkt daran, faschistische Mörderbande / Ihr seid mehr tot als die Getöteten / Es bedarf keiner Hellseher und Propheten, um zu wissen / Wir werden gewinnen, weil wir nicht sind wie ihr."

Die doppelte „Russische Nationale Einheit" (RNE)

Am 21. Februar 2022, dem Tag, an dem der russische Präsident Wladimir Putin in einer Fernsehansprache die Anerkennung der sogenannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk verkündet hatte, reagierte Alexander Barkaschow sofort. „Das hätte bereits vor acht Jahren geschehen müssen," postete er im russischen Facebook-Äquivalent „vkontakte", „aber besser spät als nie." Barkaschow hatte die „Russische Nationale Einheit" 1990 gegründet und 2014/15 im Donbas gekämpft, wie die ukrainische Menschenrechts-NGO „Kharkiv Human Rights Protection Group" schreibt. Die RNE befürwortet in den sozialen Netzwerken den „militärische Spezialoperation" genannten russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und hat die Bereitschaft signalisiert, freiwillige Kämpfer in die Ukraine zu schicken. Ob dies geschehen ist, ist derzeit nicht bekannt. Im Juni 2014, als die Kämpfe im Donbas bereits drei Monate andauerten, hatte Barkaschow die Kampfbereitschaft der RNE mit einem Bild unterstrichen: Marschierende martialisch vermummte russische Soldaten sind auf dem Bild zu sehen, rote Sprenkel sollen dabei wohl für Mordlust stehen. Mit der Zeile „Wir kommen auch nach Kyjiw und Lwiw" und dem Logo der RNE wurde das Bild in den sozialen Medien verbreitet. Am 24. Februar 2022, dem Tag des Kriegsbeginns, postete Baraschkow das Bild noch einmal. Als Kommentar schrieb er dazu: „Wir haben es versprochen, aber die Scheiß-Ukrainer wollten es nicht glauben."


Foto: Clément Di Roma/VOA via Wikipedia

Mitglieder der „Gruppe Wagner" wurden auch zum Schutz des Präsidenten der Zentralafrikanischen Republik eingesetzt.

Am 15. März postete die RNE - Regionalorganisation Rostow, dass sie die russische Armee bei der Spezialoperation in der Ukraine unterstütze. Die „patriotische" RNE habe eine Mini-Fotoausstellung organisiert, die den „bisherigen Kriegen des Westens gegen die slawischen Völker" gewidmet sei. Hier lasse sich auch die „Aggression der NATO-Staaten" im Donbas 2014 und bei der Bombardierung Jugoslawiens 1999 sehen. Ziel der Aktion sei es, „negativ Bezug zu nehmen zum Genozid an der russischsprachigen Bevölkerung der Ukraine, der über Jahre vorbereitet wurde". Mitglieder der Organisation würden außerdem derzeit militärische Schulungen durchlaufen, um jederzeit bereit zu sein, Freiwillige in die Ukraine zu schicken, um das „russische Volk" zu verteidigen.

„Fake!" schrieb sofort eine zweite RNE - Regionalorganisation Rostow, die andere RNE - Regionalorganisation Rostow gebe sich nur als RNE aus. Stanislav Ivanov, der im Namen von RNE Rostow auftrete, sei FSB-Informant. Er gebe regelmäßig Pressestatements im Namen von RNE ab und sammle Geld zur Unterstützung von RNE, hierbei handle es sich aber um eine vom FSB absichtlich unter gleichem Namen gegründete Gruppe. Da auch Baraschkow die Warnung vor einer Fake-Gruppe teilte, scheint zumindest der Vorwurf einer nicht abgesprochenen Namensverwendung gerechtfertigt. Neonazis dürften es trotzdem sein.

Gruppe Wagner

Die Gruppe Wagner ist als einzige hier aufgeführte Organisation weder eine informelle Gruppe noch eine Partei, sondern ein privates Sicherheits- und Militärunternehmen (PMC für Private Military Company oder TschWK auf Russisch), das in Kriegs- oder Krisengebieten militärische Aufgaben erfüllt und wie es sie in vielen Ländern gibt. Das Beispiel „Asgaard German Security Group" zeigt, dass diese Privatarmeen durchaus die extreme Rechte anziehen - das dürfte auch in Russland nicht anders sein, zumal der russische Neonazi Dmitri Utkin das Unternehmen gegründet haben soll. In Russland jedoch soll es in keinem Unternehmensregister einen entsprechenden Registereintrag geben, die TschWK Wagner soll in Argentinien registriert sein. Im November 2021 ging eine Rekrutierungsseite von Wagner online, die nur aus einer Hauptseite besteht und nur auf Englisch und Französisch abrufbar ist. Dass es sich tatsächlich um eine Wagner-Seite handeln könnte, hat France24 mit umfangreichen Recherchen belegt. Um Teil der „strongest PMC of the world" zu werden, müssen lediglich Name, Telefonnummer, E-Mailadresse und eine kurze Selbstbeschreibung per Formular mitgeteilt werden, man werde dann „shortly" kontaktiert werden. Aufgabe der Gruppe sei es, auch das ist der Homepage zu entnehmen, Terror zu stoppen und die friedliche Zivilbevölkerung vor Banditen und Terroristen zu beschützen. Man verfüge über „bis zu 50.000 insgesamt und bis zu 200.000 weitere" in Reserve. Eine Bezeichnung dessen, wovon es 50.000 beziehungsweise 200.000 geben soll, fehlt, der Begriff Söldner wird selbstverständlich nicht verwendet. Eingesetzt seien die 50.000 in globalen Operationen in Syrien, Venezuela und vor allem in Afrika von Algerien über den Kongo bis Botswana und Madagaskar. Ukraine? Fehlanzeige. Der tatsächliche Rekrutierungsvorgang ist ebenso undurchsichtig wie der Rest der Gruppe Wagner. Mehrere Medien lokalisierten den Hauptsitz in Molkino, einer kleinen Stadt im Süden Russlands. Zumindest einige Wagner-Rekruten sollen dort ausgebildet und dann eingesetzt worden sein.

Dass es ein russisches privates Militärunternehmen gibt, bestätigte der russische Außenminister Sergej Lavrov erstmals im September 2021 vor den Vereinten Nationen - ohne jedoch den Namen Wagner zu verwenden. Dieses Militärunternehmen operiere „auf legaler Grundlage" in Mali, nachdem sich malische Behörden an das Unternehmen gewandt hatten - die russische Regierung habe damit jedoch nichts zu tun. Im Sommer 2019 hatte Putin auf einer Pressekonferenz die Anfrage eines BBC-Korrespondenten nach der Anwesenheit russischer Söldner in Syrien noch anders beantwortet: „Private Militärunternehmen gibt es in unserer Gesetzgebung nicht. Alle reden von einer gewissen PMC Wagner, aber Tatsache ist, dass wir eine solche Bestimmung in unserer Gesetzgebung nicht haben. Wie können Sie von dem Präsidenten erwarten, dass er etwas kommentiert, das es nicht gibt?"

Wagner ist nicht in sozialen Medien aktiv und es gibt auch sonst keine öffentlichen Verlautbarungen des Unternehmens. Der Telegram-Kanal „Reverse Side of the Medal" postet jedoch regelmäßig Texte und Bilder, die auf Wagner-Insiderwissen schließen lassen. Wenig erstaunlich, dass darunter Fotos von Kämpfern in der Ukraine sind. •

TITEL

Der Beginn des Krieges im Donbass zwischen prorussischen Separatisten und der Ukraine im Jahr 2014, führte auch bei der extrem Rechten in Skandinavien zu Streitigkeiten. Neonazis aus dem Norden haben auf beiden Seiten des Konfliktes mitgewirkt. Das antifaschistische Recherchekollektiv Redox schaut näher auf die bestehenden Kontakte und wie sich innerhalb der Szene zur russischen Invasion verhalten wird.

Die skandinavische Rechte und der Ukraine-Krieg

RECHERCHEKOLLEKTIV REDOX

Die „Partei der Dänen“ (DP, Danskernes Parti) und deren Schwesterpartei „Partei der Schweden“ (SvP, Svenskarnas Parti), hatten schon im Vorfeld des Krieges gute Kontakte nach Kiyev, insbesondere zur rechten Partei Svoboda. Als Russland die Krim und Teile der Ostukraine annektierte sendeten sie Delegationen nach Kiyev, um die Svoboda zu unterstützen. Der Neonazi und ehemalige DP-Kader Daniel Carlsen reiste durch Europa und hielt Vorträge zur Unterstützung Svobodas und deren „Nationalistischen Revolution“.

Es gab aber auch Akteure der extrem Rechten in Skandinavien, die den Konflikt anders bewerteten. Die „Nordiske Motståndsrørelsen“ (NMR, Nordische Widerstandsbewegung), die zu diesem Zeitpunkt noch „Schwedische Widerstandsbewegung“ hieß, stand auf Seiten der prorussischen Separatisten. Im Sommer 2014 kritisierte die NMR zusammen mit anderen Neonazis die SvP für deren Zusammenarbeit mit Svoboda, da diese „von einer jüdischen Machtelite gesteuert seien.“

Offiziell beendet die SvP erst 2014 die Zusammenarbeit mit Svoboda, nachdem sich ihr Mitglied Andreas Carlsson auf der Flucht vor der Polizei bei ukrainischen Nationalisten verstecken konnte. Carlsson war in eine Konfrontation mit Antifaschist_Innen in Malmö involviert und wurde anschließend wegen gefährlicher Körperverletzung sowie vierfachen Mordversuchs gesucht. Einige Tage vor dem Angriff war er noch bei Svoboda zu Besuch gewesen und hatte dort unter anderem Messerkampf trainiert.

Ein anderes Beispiel aus dieser Zeit ist das SvP-Mitglied Mikael Skilt, der sich dem ultra-rechten Bataillon „Azov“ anschloß. Der ausgebildete Scharfschütze Skilt schulte Azov-Anhänger und nahm selbst an Kampfhandlungen teil.

Carlsson war allerdings nicht der einzige Neonazi, der den Konflikt genutzt hat, um auf der Flucht vor der Polizei unterzutauchen. Letztes Jahr veröffentlicht das schwedische Magazin Expo einen Bericht über das NMR Mitglied Simon Arnamo. Dieser wurde seit zehn Jahren wegen Mordes gesucht und hatte sich abgesetzt, um im Ukraine-Krieg auf der Seite pro russischer Militärs zu kämpfen. Mehrere Quellen berichteten, das er im Kampf umgekommen sei. Auch andere NMR Mitglieder reisten in den vergangenen Jahren in die Kriegsregion und nahmen aktiv an Kampfhandlungen teil, jedoch meist auf pro russischer Seite.

Neuer Krieg – alte Konflikte

Die DP und SvP haben sich mittlerweile aufgelöst und viele der früheren Führungsfiguren sind jetzt bei der ultra-rechten Gruppe „Det Fria Sverige“ (DFS, Das freie Schweden) aktiv. Anläßlich der russischen Invasion in der Ukraine scheuen sich die alten SvP Kader nicht, ihre Solidaritätsarbeit wieder aufzunehmen. Diesmal allerdings im organisatorischen Rahmen von DFS. Rechte Aktivisten organisieren Hilfseinsätze und Spenden für Menschen, die sie „die richtigen Flüchtlinge“ nennen. Im April 2022 veröffentlicht die schwedische Zeitung „Göteburg Posten“ eine Reportage über ein DFS Mitglied und dessen Freunde, die in die Ukraine gereist waren um Schutzsuchenden zu helfen. Den politischen Hintergrund dieser Reisegruppe verschweigt der Bericht. Die Teilnehmenden waren bekannte Personen aus der Neonazi-Szene. Unter ihnen auch Andreas Carlsson, der mittlerweile bei der DFS aktiv ist.[1]

Während alte SvP-Aktivisten ihre Ukraine Solidarität innerhalb der DFS forsetzen, hat sich die prorussische Haltung der NMR etwas abgeschwächt. Wo früher noch NMR-Anhänger aktiv an der Seite Russlands gekämpft hatten, ist nun die Unterstützung nicht mehr ganz so intensiv ausgeprägt.

Es gibt aber weiterhin Kritik von Seiten der NMR an der Ukraine und eine kaum getarnte Unterstützung Russlands. Mit dieser Position steht die NMR insbesondere in Dänemark recht alleine da. Bis vor wenigen Jahren sah das noch anders aus und man sah z.B. Russland Fahnen beim dänischen PEGIDA-Ableger. Auch die jetzt herrschende parlamentarische Einigkeit, gab es zuvor in diesem Umfang noch nicht. Politiker_innen der extrem rechten Partei „Nye Borgerlige“ (NB, Neuen Bürger-

Foto: Screenshot





Oben: Mattias Middelman, Alexander Nystrand, Andreas Carlsson in der Ukraine, Februar 2022
Rechts: Unter der ukrainischen Flagge - Demonstration der DNF am 22. April in Viborg

liche) äusserten offen Russland-Solidarität und behaupteten, das „Muslime eine grössere Bedrohung sind als Russland". Auch in der nationalkonservativen „Dansk Folkeparti" (DF, Dänische Volkpartei) waren die Fronten zu dieser Zeit nicht so deutlich wie heutzutage.

Die ehemaligen DF Verteterin Marie Krarup wurde für ihre angeblichen Russland Kenntnisse geschätzt und gelobt. Heute steht sie mit ihrer Solidarität allein auf weiter Flur. Russland Solidarität sieht man in Dänemark nur noch in Verschwörungskreisen und beim NMR. Wobei sogar beim NMR Dänemark mittlerweile intern Uneinigkeit über die Linie zu Russland besteht.

Rassisten unterstützen Geflüchtete?

Eine Unterstützung der Ukraine ist in der extrem Rechten in Dänemark sehr verbreitet, genau wie im Rest der dänischen Gesellschaft.

Mehrere rechte Akteure sind in die Ukraine gereist, um auf verschiedene Art Unterstützungsarbeit zu leisten. Ninna Martina Moeskers (lange Jahre aktiv bei PEGIDA Dänemark und in der der Dänischen Partei) sowie Lars Grønbæk Larsen sind nur zwei prominente Beispiele.[2] Larsen ist eine zentrale Figur in der dänischen extrem Rechten der vergangenen 20 Jahre.

Die ultra-rechte Organisation „Generation Identitäre" (GI) engagiert sich ebenfalls in der Unterstützung ukrainischer Flüchtlinge. Anfang März 2022 reiste eine Delegation nach Budapest, wo Sie zusammen mit GI Aktiven aus Ungarn, Deutschland und Frankreich Essen und andere Hilfsmittel an ukrainische Flüchtlinge in der Stadt verteilten. Das diese plötzliche Unterstützung von Flüchtlingen nicht missverstanden werden solle und nur explizit für Flüchtlinge aus der Ukraine gilt, stellen sie öffentlich klar: „In Generation Identitäre meinen wir, das ein totaler Asylstopp für alle, abgesehen von den vertriebenen UkrainerInnen, welchen wir selber im Augenblick helfen, notwendig ist."

Gescheiterte Neonazi Demonstration für die Ukraine

Eine andere Neonazi-Organisation, die mit Äusserungen zum Ukraine Krieg auffällt ist die Kameradschaft „Dänemarks Nationale Front" (DNF, Damarks Nationale Front). Die DNF unterhält seit vielen Jahren enge Kontakte zur Neonazibewegung in der Ukraine, was zu regelmässigen gegenseitigen Besuchen führte. Die DNF hat deswegen nach fast drei Jahren Inaktivität plötzlich zu einer Demonstration in Viborg gegen die russische Invasion in die Ukraine aufgerufen.

Das Datum für diese Demonstration war mit dem 9. April geschichtsträchtig gewählt. An diesem Tag jährte sich der Einmarsch Nazideutschlands nach Dänemark im Jahr 1940. Viborg wurde als Stadt ausgewählt, die in Dänemark die meisten ukrainischen Flüchtlinge aufgenommen hatte. Die DNF zielte offensichtlich darauf ab, diese Flüchtlinge für ihre Demonstration zu mobilisieren. Der Demonstrations-Aufruf wurde sowohl auf Dänisch als auch Ukrainisch verfasst.

Das sorgte für einige Furore und der Stadtrat Viborg ging mit einem gemeinsamen Aufruf an die Öffentlichkeit, nicht an der Demonstration teilzunehmen. Die Initiative der DNF schlug letztendlich fehl. Geflüchtete Ukrainer_innen nahmen nicht an der Neonazi-Demonstration teil, zu welcher sich nur eine Handvoll bekannter Neonazis mobilisieren ließ. •

1 www.gp.se/nyheter/v%C3%A4rlden/linus-hj%C3%A4lper-civila-i-ukraina-ser-till-s%C3%A5-alla-har-det-bra-1.70474664 **2** https://ekstrabladet.dk/nyheder/krigogkatastrofer/danske-ninna-vil-kaempe-mod-putin-jeg-er-ikke-bange-for-at-doe/9150824

TITEL

Polnisch-ukrainische Bruderschaft, anti-russisches Ressentiment oder Putin-Loyalität. Die Haltung der polnischen Rechten zur Ukraine, zu Russland und in der Flüchtlingsfrage.

Die Polnische Rechte und der Ukraine-Krieg

@KAPTURAK

Auf den ersten Blick ist die Haltung Polens und der polnischen Rechten hinsichtlich des russischen Angriffskriegs in der Ukraine eindeutig. Die nationalistisch-autoritäre Regierung steht unverbrüchlich an der Seite des Nachbarlands. Russland wird dagegen als Erzfeind und Bedrohung für die gesamte europäische Zivilisation präsentiert. Gegenüber Westeuropa und Deutschland im Besonderen zeigt man sich in der Rolle des historisch erfahrenen Mahners und Aufklärers über die russische Gefahr.

Gleichwohl variierten die Positionen der polnischen Rechten zu Russland und zur Ukraine in den vergangen Jahren stark. Auch aktuell zeigen sich in dieser Frage innerhalb der verschiedenen Strömungen Widersprüche und interne Verwerfungen.

PiS-Regierung

Besondere Entschlossenheit demonstriert derzeit das Lager um die regierende PiS-Partei (Recht und Gerechtigkeit). Parteichef Jarosław Kaczyński reiste bereits Mitte März 2022 zusammen mit Ministerpräsident Mateusz Morawiecki sowie den Regierungschefs von Tschechien und Slowenien nach Kyiv. Die Ukraine wird als „Brudernation" bezeichnet und im großen Maße mit zivilen und militärischen Gütern unterstützt.

Noch bis vor kurzem wäre eine derart positive Hinwendung zum östlichen Nachbarland kaum denkbar gewesen. Vielmehr hatten die Beziehungen zwischen Polen und der Ukraine unter der PiS-Regierung einen Tiefpunkt erreicht. In der für die Partei so wichtigen nationalistischen Geschichtspolitik spielten bislang antiukrainische Motive eine zentrale Rolle. Das Gedenken an die von ukrainischen Nationalisten während des Zweiten Weltkriegs an Pol*innen verübten Massaker in Wolhynien unter dem Kommando der Ukrainischen Aufstandsarmee (UPA) sowie die gegenwärtige Glorifizierung der UPA und des UPA-Anführers Stepan Bandera in der Ukraine standen dabei im Mittelpunkt der Kontroverse. Gleichzeitig förderte die PiS-Regierung die Verehrung von nationalistischen Helden, die am Ende des Zweiten Weltkriegs und in der Nachkriegszeit für Massaker an der ukrainischen Zivilbevölkerung verantwortlich waren. Forciert wurde darüber hinaus eine im rechten Spektrum populäre historische Territorialvorstellung mit Blick auf ehemals polnische Ostgebiete einschließlich eines polnischen Lwiw, die zwar aktuell keinen realistischen Anspruch beinhalten mag, zumindest aber als Fluchtpunkt eines nationalistischen Heimatnarrativs wirksam ist.

Gleichzeitig gab es zuletzt in PiS-nahen Kreisen vereinzelte Stimmen, die trotz einer tiefsitzenden Russlandfeindschaft Putin zumindest partiell als ideologisch-taktischen Partner im globalen „Kulturkampf" gegen progressiv-liberale Entwicklungen – etwa in Gestalt einer behaupteten „Gender-" bzw. „LGBT-Ideologie" – in Betracht zogen; allerdings sind derartige Erwägungen kaum vergleichbar mit den offen prorussischen Tendenzen, wie sie unter Rechten im Westen verbreitet sind.

Eine weiterreichende Anlehnung an Moskau verhindert zum einen die antagonistische Nationalerzählung mit Russland in einer wiederkehrenden Rolle als Gegner oder Unterdrücker – darunter die Zeit der polnischen Teilung mit dem Zarenreich als Teilungsmacht im 18./19. Jahrhundert, der polnisch-sowjetische Krieg 1919–21, der Hitler-Stalin-Pakt, das Massaker von Katyn oder der als Fremdherrschaft kategorisierte Staatssozialismus –, zum anderen eine religiös-kulturell aufgeladene Zivilisationslehre.

Mit Blick auf den polnischen Nationalkatholizismus fehlt eine gemeinsame zivilisatorische Grundlage mit Russland, wie es der PiS-nahe Historiker Andrzej Nowak bezeichnet. An dieser grundsätzlichen Einstellung ändert auch die häufig von der Opposition vorgebrachte, vor allem auf finanzieller Unterstützung basierende Russlandverbindung der unter PiS einflussreichen christlich-fundamentalistischen Ordo-Iuris-Stiftung wenig.

Mit Kriegsbeginn im Februar 2022 verschwanden im Regierungslager antiukrainische Töne und uneindeutige Positionen gegenüber Russland fast vollständig. Dafür wurden die tradierten antirussischen Muster mit neuem Leben erfüllt. Das betrifft die Legende um den laut PiS-Narrativ von Russland verursachten Flugzeugabsturz von Smolensk im Jahr 2010 genauso

wie den mit antirussischem Ressentiment fast untrennbar verknüpften Antikommunismus. Derzeit werden auch die letzten noch erhaltenen Rote-Armee-Denkmäler in Polen aus dem öffentlichen Raum verbannt.

Die extreme Rechte jenseits von PiS – Konfederacja

Für deutlich größere Kontroversen sorgt der Russland-Ukraine-Komplex bei der extremen Rechten jenseits von PiS. Seit Jahren hatte etwa das mit elf Abgeordneten im polnischen Parlament vertretene Parteienbündnis Konfederacja auf eine außenpolitische Neuausrichtung gedrängt. Ziel war die Abwendung von den USA und wenigstens implizit eine Hinwendung zu Russland. Mit dem russischen Angriff trat jedoch ein ukrainesolidarische Haltung in den Vordergrund, die insbesondere von der Fraktion des Ruch Narodowy (Nationale Bewegung) und der parteinahen Kaderorganisation Allpolnische Jugend getragen wird.

Andere Teile der Konfederacja widersetzen sich dieser Positionierung. Der antisemitische Verschwörungsideologie Grzegorz Braun stimmte als einziger Abgeordneter gegen die pro-ukrainische Solidaritätserklärung des polnischen Sejm. Der rechtslibertäre Flügel der Konfederacja, in dem es ohnehin schon seit längerem starke Spannungen gibt, zerbricht wiederum an der kaum verhohlen putinfreundlichen Haltung des KORWIN-Parteichefs Janusz Korwin-Mikke, der unter anderem mit seinen Zweifeln bezüglich des Massakers von Butscha für Aufsehen sorgte. Mehrere Abgeordnete und Spitzenfunktionäre haben die Partei inzwischen verlassen. Im Mai 2022 kam es zur Gründung einer neuen rechtslibertären Partei „Die Freiheitlichen". Inwieweit aus den Distanzierungen innerhalb der Konfederacja-Führung jedoch nachhaltige Spaltungslinien werden, lässt sich derzeit noch nicht beurteilen. Immerhin gehört es zum Erfolgsrezept der Formation, einen relativ heterogenen Strauß an Positionen zu repräsentieren. Einstweilen führt die inkohärente Haltung der Konfederacja in der Ukraine-Russland-Frage allerdings eher zu einem Zustimmungsrückang, worauf jüngste Umfragen hindeuten.

Die außerparlamentarische extreme Rechte

Auch außerhalb des Parlaments zeigen sich deutliche Gegensätze und Widersprüche. Die Haltung zur Ukraine ist bei den tonangebenden extrem rechten Organisationen in Polen seit Jahren umstritten. Vorherrschend waren bis zuletzt fast immer antiukrainische Positionen, die sich aus einer Ablehnung der ukrainischen Bandera-Verehrung, den östlichen Territorialfantasien und der blutigen polnisch-ukrainischen Geschichte speisen. Noch vor wenigen Jahren organisierten das neofaschistische National-radikale Lager (ONR), die Allpolnische Jugend und der Ruch Narodowy Demonstrationen gegen die zunehmende Arbeitsmigration aus der Ukraine. Auf dem Warschauer Unabhängigkeitsmarschs, dem zentralen nationalistischen Großereignis in Polen, wurde 2016 eine ukrainische Flagge verbrannt.

2018 kam es rund um den Unabhängigkeitsmarsch zum Streit über die Teilnahme extrem rechter Vertreter aus der Ukraine, der Carpathian-Sich, im selbsternannten „Schwarzen Block", der sich seit längerem als radikalere Alternative zur breiteren nationalistischen Bewegung geriert. Entgegen dem extrem rechten Mainstream suchten nämlich Akteure aus dem (post-) autonom-nationalistischen Spektrum wie die inzwischen aufgelösten Szturmowcy schon seit längerem die Nähe zur ukrainischen extremen Rechten im Rahmen internationaler Vernetzungsbestrebungen. Konkrete ukrainische Kooperationspartner stammten aus dem Umfeld von Misanthropic Division, Asow bzw. des Nationalkorps.

Der russische Angriff veranlasste dieses proukrainische Lager nun zu einer dezidierten Stellungnahme. Das Szturmowcy-Umfeld, die polnische Ausgabe des „Der III. Weg", der neopaganistische Niklot und das mittlerweile mit diesen Strömungen eng kooperierende neofaschistische ONR veröffentlichten Anfang März einen Aufruf, der als Outcall gegen die internationale russlandtreue Rechte zu verstehen ist. Es handelt sich um ein „Statement gegen die skandalösen Äußerungen von Vertretern westlichen nationalistischen Denkens hinsichtlich der russischen Invasion in der Ukraine". Russland wird darin als ein auf einer fremdartigen Zivilisation basierendes Imperium dargestellt. Erstaunt zeigt man sich über die distanzierten bis offen russlandfreundlichen Äußerungen der „Alt-Right"-Community. Das polnische Bündnis erkennt darin den westlichen imperialistischen Anspruch, über das Leben kleiner Nationen entscheiden zu dürfen. „Wir kennen dieses Land viel besser als es euch Dugin und andere erzählten. Russland ist kein Nationalstaat. Russland wird Europa und die Welt nicht retten" heißt es in der Erklärung. Russland sei ein ewig hungriges, multiethnisches Monster und eine Bedrohung für die Unabhängigkeit kleiner Nationalstaaten.

Die nach eigenem Verständnis antiimperialistische Verlautbarung richtet sich direkt an verschiedene Protagonisten der internationalen rechten Szene, die auch namentlich aufgelistet werden – darunter Nick Griffin, Eric Striker, Gregory Conte, Marian Kotleba oder die italienische Forza Nuova. Sollten diese ihre prorussische Haltung nicht ändern, werde man sie für in Polen unerwünscht und zu Personae non gratae erklären. Nimmt man den Appell ernst, so bedeutet das unter anderem einen Bruch des ONR mit langjährigen internationalen Verbündeten wie der Forza Nuova oder dem slowakischen ĽSNS Marian Kotlebas. Tatsächliche Konsequenzen dürften spätestens auf dem Warschauer Unabhängigkeitsmarsch im November sichtbar werden, wo einige der Genannten regelmäßig einen Gastauftritt haben.

Neben dieser klaren Positionierung an der Seite der Ukraine gibt es aber auch in Polen nach wie vor ganz offen prorussisch eingestellte extrem rechte Kreise. Dazu gehört der neonazistische, panslavistisch-neopaganische Zadrużny Krąg (Zadruga-Kreis) – eine sich bewaffnet und militant präsentierende Splittergruppe, laut Antifa-Recherche der polnischen 161-Crew auch mit Verbindungen zu internationalen Blood & Honour-Zusammenhängen sowie zur russischen Neonazi-Gruppe Rusich. Diese Gruppe verbreitet derzeit offensive pro-russische Propaganda. Dabei unterhielt der Zadrużny Krąg noch bis zuletzt Verbindungen zu (post-)autonom-nationalistischen Kreisen sowie zum ONR-Um-



feld. Ob sich hier ein dauerhafter Bruch manifestieren wird oder doch nur eine oberflächliche Distanzierung erfolgt, gilt es abzuwarten.

Ein allgemeiner Gradmesser für die Stimmung in breiteren, nicht notwendig politisch organisierten Milieus in Polen ist schließlich zweifellos das Verhalten der fast durchweg rechtslastigen Hooliganszene. Dort war antiukrainische geschichtspolitische Symbolik jahrelang an der Tagesordnung. Seit dem Beginn von Putins Angriffskrieg dominieren in den Stadion dagegen klubübergreifend antirussische Parolen und Choreographien.

Haltung zu Geflüchteten

Ging es bislang um die außenpolitische und geostrategische Positionierung sowie die Beziehungen innerhalb der internationalen rechten Szene vor dem Hintergrund des russischen Angriffskriegs, so berührt die Debatte um ukrainische Kriegsflüchtlinge das nationalistische Selbstverständnis und das Binnenverhältnis der polnischen Rechten auf einer anderen Ebene.

Über drei Millionen Menschen flohen in den ersten beiden Monaten seit Kriegsbeginn nach Polen. Die PiS-Regierung bekräftigt auch in diesem Punkt ihre solidarische Haltung mit der Ukraine, wenngleich der Staat einen Großteil der Flüchtlingshilfe auf private Initiativen und das Engagement der Bevölkerung abwälzt.

Wie sehr diese ostentative Willkommenskultur in eklatanter Diskrepanz zu der brutalen Bekämpfung von Flüchtenden aus nicht-europäischen Ländern an der polnisch-belarusischen EU-Außengrenze steht, wurde bereits verschiedentlich beschrieben. Die polnische Rechte ist sich hinsichtlich dieser offenkundig rassistischen Differenzierung, die zugleich integraler Teil der Abschottungspolitik der Europäischen Union ist, grundsätzlich einig. Die Unterscheidung in „richtige" (ukrainische) und „falsche" (außereuropäische) Geflüchtete wurde von der organisierten extremen Rechten nicht nur von Beginn an rhetorisch maßgeblich forciert, sondern auch durch konkrete Aktionen öffentlichkeitswirksam unterstrichen. Der Organisator des jährlichen Warschauer Unabhängigkeitsmarschs Robert Bąkiewicz erhielt für die Versorgung ukrainischer Geflüchteter staatliche Fördergelder in Höhe von über 250.000 Złoty.

Im Konfederacja-Umfeld war die Phase einer zur Schau gestellten Solidarität mit den ukrainischen Flüchtlingen dennoch



Foto: Kancelaria Premiera, 2022.06.01 Wizyta w Ukrainie, (CC BY-NC-ND 2.0)

Polens Ministerpräsident Mateusz Morawiecki (2.v.l.) und PiS-Parteichef Jarosław Kaczyński (1.v.l.) zu Gesprächen bei Wolodymyr Selenskyj in der Ukraine

nur von kurzer Dauer. Nationalistische Grundeinstellung und nicht zuletzt die routinemäßige Rolle als Opposition rechts von PiS traten bald in den Vordergrund. Seit der zweiten Märzhälfte trommelt die Konfederacja immer lauter gegen die Belastung des öffentlichen Haushalts und letztlich der polnischen Steuerzahler*innen durch die ukrainischen Geflüchteten. „Ja zur Hilfe, nein zu Privilegien" heißt die Losung. Der Regierung wird eine angebliche Bevorzugung der ukrainischen Geflüchteten vorgeworfen, die zum Beispiel kostenlos Bahn und öffentlichen Verkehrsmitteln nutzen können und Zugang zu polnischen Sozialleistungen haben. Der Vize-Chef des Ruch Narodowy Krzysztof Bosak stellt die tatsächliche Schutzbedürftigkeit vieler Flüchtlinge in Frage. In rechten Kreisen mehren sich abfällige Stimmen über die vielen ukrainischen Flaggen in der polnischen Öffentlichkeit. Anfang Mai nahmen Konfederacja-Vertreter ein vermeintlich von einem Ukrainer verübtes Tötungsdelikt in Warschau zum Anlass für gezielte Hetze gegen Zuwanderung. Der Täter entpuppte sich schließlich als Pole und Konfederacja-Sympatisant.

Inzwischen diskutiert die extreme Rechte auch immer heftiger über die ethnische Zusammensetzung der polnischen Nation und die Möglichkeit einer Assimilierung der ukrainischen Geflüchteten. Ausgangspunkt sind dabei historische ethno-nationalistische, im Kern völkische Reinheitsvorstellungen, die der Ideologietradition des Vordenkers der polnischen Rechten Roman Dmowski entstammen. Das unter dem Eindruck des russischen Angriffs gestärkte ukrainischen Nationalbewusstsein wird aus dieser Perspektive als Problem aufgefasst. Die ethnische Homogenität der heutigen polnischen Gesellschaft, die im internationalen rechten Diskurs als musterhaft gilt und für das Selbstverständnis der polnischen Rechten wesentlich ist, scheint in Gefahr zu sein. Die postulierte polnisch-ukrainische Brüderlichkeit findet im nationalistischen Denken letztlich schnell ihre Grenzen.

In den kommenden Monaten dürfte es entscheidend sein, welche Stimmungen in der Bevölkerung angesichts einer verstetigten Migrationssituation die Oberhand gewinnen, ob das Solidaritätsgefühl gefestigt oder ob die weit verbreiteten und historisch tradierten antiukrainischen Vorbehalte durch die extreme Rechte (re)aktiviert werden können.

Ebenso wird sich zeigen, inwieweit sich die spontan artikulierten proukrainischen Positionen wesentlicher Teile der polnischen Rechten etablieren, ob Richtungswechsel und innere Widersprüche nur temporären Charakter haben oder ob sich szeneinterne Spaltungstendenzen entlang der Haltung zu Russland und der Ukraine ausweiten. Auch eine Neuorientierung im internationalen System wirft für die verschiedenen Strömungen der polnischen Rechten viele Fragen auf. Dass Teile der polnischen extremen Rechten bereits die Sorge vor einer verstärkten EU-Integration als Folge des Konflikts mit Russland äußern – auch wenn PiS bestrebt ist, diese Entwicklung mit einem Bedeutungszuwachs Polens als Bollwerknation des Westens im eigenen Sinne zu kanalisieren –, zeigt, wie prekär und offen die weitere Entwicklung ist. •

NS-SZENE

NPD-Parteitag: Alles beim Alten, auch die Spaltung

Der Zustand der NPD ist in den letzten Jahren desaströs. Als Wahlpartei spielt sie keine Rolle mehr. Mitte Mai trafen sich die Neonazis nun zum Parteitag in Hessen, um eine neue Strategie und einen neuen Namen zu beschließen. Am Ende blieb alles beim Alten und eine erhebliche Spaltung der Partei.

Am 14. und 15. Mai 2022 fand der Bundesparteitag der NPD in Altenstadt in Hessen statt. Die Aufmerksamkeit für einen NPD-Parteitag ist mittlerweile ähnlich groß, wie die politische Bedeutung der Partei: Kaum noch vorhanden. Dies ist auch vielen Funktionären der Partei bekannt. In den letzten Jahren kehrten immer mehr hochrangige NPD-Kader der Partei den Rücken und dies häufig mit Verweis auf den desaströsen Zustand der NPD. Als Tobias Schulz, der gern unter dem Namen Baldur Landogart auftritt, die Führungsspitze der Partei im Sommer 2019 verlies, attestierte er: „Der Status quo der NPD ist mittlerweile und im Gesamten betrachtet derart desaströs, wie - nach meinem Kenntnisstand - zu keinem vergleichbaren Zeitpunkt unserer Parteigeschichte.“ Und im Frühjahr 2020 verließ der langjährige Parteifunktionär Karl Richter das sinkende Schiff NPD mit einer düsteren Prognose für die langjährigen Kameraden: „Die NPD ist heute kein ernstzunehmender politischer Faktor mehr. Nichts spricht dafür, daß [sic] sie es je wieder sein wird.“ Diese Einschätzungen von ehemaligen Führungskräften spiegelt sich aktuell auch in den Wahlergebnissen der Partei wieder. Bei der Europawahl 2019 erreichte die Partei nur 0,3 Prozent und verlor ihren Abgeordneten, bei der Bundestagswahl 2021 waren es nur noch 0,1 Prozent. Bei Landtagswahlen tritt die Partei kaum noch an und wenn, dann ist selbst schon die 1-Prozent-Hürde für die Wahlkampfkostenerstattung ein unüberwindbares Hindernis, selbst in ehemaligen Hochburgen der Neonazi-Partei. Jenseits vereinzelter lokaler Verankerungen ist die Partei politisch bedeutungslos. Dieser Zustand bildet seit mehreren Jahren auch die Grundlage für innerparteiliche Diskussionsprozesse. Die Muster dabei scheinen sich alle Dekade zu wiederholen: Vermeintliche „Modernisierer“ kämpfen gegen „Traditionalisten“. Dies galt bereits bei den Kandidaturen von Andreas Molau oder Holger Apfel gegen Udo Voigt. Und diese Situation bildete auch vor dem Parteitag in Altenstadt die Ausgangslage.

Im Vorfeld: Neuer Name und neues Konzept

Im Vorfeld hatte die Partei über mehrere ihrer Kanäle eine innerparteiliche Diskussion angestoßen. Diese fand sowohl in der Parteizeitung „Deutsche Stimme“ wie auch über ein mehrteiliges Youtube-Format statt. Dort konnten Parteifunktionäre wie Frank Franz, Ronny Zasowk oder Jürgen Gansel ihre Konzepte und Ideen für die Zukunft der NPD vorstellen. Zasowk beispielsweise schrieb in der „Deutschen Stimme“: „Die Partei sollte sich künftig als Netzwerker und Dienstleister des patriotischen Protests sehen, um so zur Einheit der Patrioten beizutragen und neue Bündnisse zu ermöglichen.“ Ein Konzept, was deutlich an die „neurechte“ Initiative „Ein Prozent“ erinnert. Und Jürgen Gansel träumte im Vorfeld gar von einer neuen „Landvolk-Bewegung“: „Trotz Wahlniederlagen hat die NPD neben gewissen wirtschaftlichen Ressourcen etwas von unschätzbarem Wert vorzuweisen: politisch erfahrene und entschlossene Mitstreiter. Sie und ihr Umfeld können zur Keimzelle einer neuen Landvolk-Bewegung werden, die im von der herrschenden Politik vergessenen ländlichen Raum die Lebenswelt prägt. [...] Es geht um eine ethno-kulturelle Reconquista, eine Rückeroberung unseres Landes von fremden und volksfeindlichen Kräften. [...] Nationale haben vielmehr die geistige Hegemonie in ländlichen Räumen anzustreben und lebensweltlich prägend zu wirken.“ Die NPD als Wahlpartei scheint für die meisten Funktionäre keine Option mehr dazustellen. Frank Franz sprach im Vorfeld von einer „Findungsphase“ in der sich die Partei befinde und weiter: „Eine Weiterentwicklung der Partei mit altem Namen hilft nicht, aber eine bloße Umetikettierung hilft auch nicht, wenn alles beim Alten bleibt.“ Und auch die „Jungen Nationalisten“, die Jugendorganisation der NPD, erhöhte im Vorfeld den Druck. So erklärte der Bundesvorstand zur geplanten Namensänderung: „Die JN wird nach dem anstehenden Bundesparteitag nicht mehr die Jugendorganisation der NPD sein. Entweder, weil das Laster des Parteinamens dann zeitnah abgelegt wird, oder weil eben dies nicht geschieht und wir uns von der Mutterpartei trennen.“

Es sollte also in Altenstadt um nicht weniger als ein neues Konzept und einen neuen Namen für die alte NPD gehen. Für dieses Vorhaben benötigte die Parteispitze um Frank Franz allerdings eine Zwei-Drittel-Mehrheit der Delegierten, da es sich bei der Namensänderung um eine Satzungsänderung handelt.

Parteitag der Uneinigkeit

Der Parteivorstand um Frank Franz ver-

fehlte die benötigte Mehrheit für die Umbenennung der Partei um nur 3 Stimmen. Etwas trotzig twitterte Frank Franz schon währen des Parteitages: „Kein wesentlicher Verband wird noch unter dem alten Kürzel antreten." Und sprach außerdem davon, dass die Umbenennung an einer „überwiegend destruktiven Minderheit" gescheitert sei. Trotz Ankündigung, im Falle eines Scheiterns der Umbenennung nicht mehr anzutreten, wurde Franz gegen Lennart Schwarzbach aus Hamburg erneut zum Parteivorsitzenden gewählt. Seine Kandidatur begründete Franz damit, dass ohne seine Bereitschaft ein Großteil des amtierenden Bundesvorstandes nicht mehr zu Wahl zur Verfügung gestanden und er unter diesem Druck erneut einer Kandidatur zugestimmt hätte. Den Gegnern der Umbenennung warf er indes vor, keine eigenen Konzepte gehabt zu haben und dass es ihnen vor allem darum gehe, „alte Rechnungen zu begleichen". Schwarzbach sprach hingegen in einem Statement davon, dass die „NPD-Abschaffung verhindert!" worden wäre und so der nächste „Schritt des Anpassungskurses der NPD" nicht erreicht wurde. Schwarzbach kommentierte den Parteitag weiter: „Wer sich von diesem Parteitag nun Klarheit über die Positionen des Vorsitzenden erhoffte, wurde einmal mehr enttäuscht. Nicht nur die Rechtmäßigkeit der Wahl, auch die Vorstellung nun ggf. weiterhin einen Vorsitzenden zu haben, der die NPD abwickeln möchte, ist dem politischen Erfolg sicher weniger dienlich." Die rheinland-pfälzische NPD-Funktionärin Ricarda Riefling fasste das Ergebnis des Parteitages so zusammen: „Am Ende blieb alles beim Alten: Frank Franz ist immer noch Parteivorsitzender und die NPD ist immer noch die NPD. Einziger Unterschied ist nun, daß [sic] wir von einer Geschlossenheit erstmal nicht mehr reden müssen. Da sind wir weit entfernt." Zumindest die „Jungen Nationalisten" werden sich von der Partei nicht abspalten. In einer weiteren Erklärung sprach die JN davon, einen weiteren Parteitag zu erwarten, auf dem die Umbenennung dann umgesetzt werde.

Damit sind die zukünftigen Probleme der NPD, auch jenseits ihrer politischen Bedeutungslosigkeit, wohl vorweggenommen: Die Partei steht (wieder mal) vor erheblichen innerparteilichen Auseinandersetzungen. Da dürfte auch die von Franz im Nachgang beteuerte Liquidität der Partei, die über ein Vermögen von mindestens einer halben Millionen Euro verfüge, nichts ändern. •



2004 jubelte die NPD über ihren Einzug in den sächsischen Landtag. Heute jubelt bei der NPD niemand mehr.

Foto: Christian Ditsch

BRAUNZONE

150 Jahre Widerstand gegen den §218

Abtreibungsgegner*innen und Repression

ANTISEXISTISCHEN AKTION MÜNCHEN
(NACHDRUCK RHZ 1/2022)

„Es ist erschreckend, wie wenig sich doch getan hat über die Jahre“, sagt eine Besucherin der Ausstellung „Der §218 StGB. Kollektiver Widerstand – damals und heute“, die im Dezember 2021 von der Antisexistischen Aktion München (asam) gemeinsam mit der Fachinformationsstelle Rechtsextremismus München (firm) kuratiert wurde. Die Ausstellung zeigte, wie Münchner Frauenrechtler*innen und Feminist*innen in den letzten 150 Jahren für das Recht auf körperliche Selbstbestimmung kämpften. Dabei zieht sich auch das Thema Polizeigewalt wie ein roter Faden durch die vielen Jahre der Proteste.

150 Jahre Münchner Widerstand

Den Einstieg zur Ausstellung machte ein von der Decke hängendes, beidseitig beklebtes Schild. Auf der einen Seite war der Wortlaut des Paragrafen 218 StGB zum Schwangerschaftsabbruch aus dem Jahr 1871 zu lesen, auf der anderen war er in seiner heutigen Form zu sehen. Die Organisator*innen der Ausstellung machten damit gleich zu Beginn deutlich, dass sich die Situation ungewollt Schwangerer, trotz der teils vehement geführten Kämpfe, rechtlich nicht maßgeblich verbessert hat. So haben sich zwar Formulierungen geändert, der Paragraf 218 StGB wurde oberflächlich reformiert, doch die Rahmenbedingungen sind weitestgehend dem kaiserzeitlichen Ursprung gleich geblieben: Schwangerschaftsabbrüche sind in Deutschland rechtswidrig und werden nur unter bestimmten Voraussetzungen nicht strafrechtlich verfolgt.

„Ob Kinder oder keine, entscheiden wir alleine!“

Es ist dieser Zustand, gegen den Aktivist*innen seit 150 Jahren auf die Straße gehen oder sich in Parlamenten und vor Gericht gegen die Kriminalisierung stellen müssen. Neben Einzelpersonen, wie der in der Kaiserzeit in München praktizierenden Ärztin Hope Bridges Adams Lehmann, die sich gegen ihre strafrechtliche Verfolgung erfolgreich wehrte, haben Feminist*innen sich durchgehend kollektiv für reproduktive Rechte eingesetzt. Dabei zeichnen sich phasenweise Höhepunkte dieses kollektiven Kampfes gegen die Kriminalisierung in der Münchner Räterepublik, der Weimarer Zeit und in den Frauenbewegungen der 1970er Jahre ab. In der Ausstellung wurde dieser jahrzehntelange Protest mit alten Plakaten, Flyern und Bildern erlebbar: Pappschilder mit der Parole „Ob Kinder oder keine, entscheiden wir alleine“ erinnerten an einen Tag im Jahr 1971, als rund 3000 Münchner*innen für die Streichung des §218 StGB auf die Straße gingen. Auch in den 2000er Jahren bleiben es immer wieder antifaschistische und feministische Gruppen beziehungsweise. Bündnisse, die unermüdlich zu Protesten gegen sogenannte „1000-Kreuze-Märsche“ und andere Aktionen radikaler Abtreibungsgegner*innen in München mobilisieren.

Ein roter Faden der Repression

Der Blick in die lokale Geschichte des Kampfes für reproduktive Rechte zeigt vor



Ein Blick in die Ausstellung „Der §218 StGB. Kollektiver Widerstand – damals und heute“



allem eins: Feminist*innen, die in München gegen den Abtreibungsparagrafen und selbsternannte „Lebensschützer*innen" protestieren, brauchen ein dickes Fell. Denn das Thema Polizeigewalt – auch das wurde in der Ausstellung deutlich – zieht sich durch die vielen Jahre der Proteste und verliert auch heute nicht an Aktualität.

Dies zeigt sich nicht nur bei größeren Demonstrationen und Kundgebungen, wie dem seit 2021 in München – und in Zukunft wohl jährlich stattfindenden – sogenannten „Marsch fürs Leben" radikaler Abtreibungsgegner*innen. Sondern auch bei dem Widerstand gegen die in München monatlich stattfindenden christlich-fundamentalistischen Gebetsmärsche, den sogenannten „Vigilien", vor Kliniken und Beratungsstellen. Mit ihrem Protest gegen die Gehsteigbelästigung wollen Aktivist*innen sicherstellen, dass Schwangeren der Zugang zu medizinischer Versorgung und der rechtlich verpflichtenden Beratung erhalten bleibt. Während es hierbei immer wieder zu physischer und psychischer Gewalt gegen die Feminist*innen durch die Staatsgewalt kommt, werden die Abtreibungsgegner*innen in ihrem Versuch Schwangere in der Ausübung ihrer Rechte zu stören durch ein unverhältnismäßiges Polizeiaufgebot begleitet und geschützt.

Die Erfahrungsberichte der feministischen Aktivist*innen zeigen, dass die polizeiliche Repression immer wieder von sexistischen Kommentaren über fadenscheinig begründete Festnahmen bis hin zu Kopfverletzungen durch massiven Schlagstockeinsatz reichen. Die Betroffenen berichten, wie die fast ausschließlich männlich besetzten bayerischen USK-Einheiten versuchten, die Feminist*innen mit konkreten Drohungen – wie dem Wunsch nach Flammenwerfereinsatz – einzuschüchtern. Eben diese Einheiten sorgten vor Kurzem mit ihren sexistischen und antisemitischen Chatgruppen für Schlagzeilen. Diese Erfahrungen zeigen, dass misogyne Ressentiments bei den Beamt*innen nicht nur in den Köpfen vorherrschen, sondern sich in expliziten Handlungen gegen Menschen, die sich für körperliche Selbstbestimmung einsetzen, niederschlagen.

Dass es sich dabei nicht nur um antifeministische Einzelüberzeugungen in den Reihen des Polizeiapparats handelt, bleibt zu vermuten. Bisher kann und wird das Problem jedoch nur individuell angegangen, indem Einzelne von Repression Betroffene solidarisch unterstützt werden. Es zeigt sich eine Leerstelle in Problemanalyse und widerständiger Praxis in München. Was es in der bayerischen Landeshauptstadt und darüber hinaus in Zukunft braucht, ist eine intensivere Auseinandersetzung mit dem Thema geschlechterspezifischer Polizeigewalt, welche dieses als ein strukturelles Problem behandelt.

Damals, heute und morgen – Ein Kampf für Selbstbestimmung

In der Ausstellung konnten Besucher*innen mittels interaktiver Kommunikationsformen in Austausch darüber kommen, was es braucht, um den Paragrafen 218 StGB endlich Geschichte zu machen. Auch in Zukunft werden aktivistische Räume und Arbeiten wie die des feministischen Kollektivs Antisexistische Aktion München und der Fachinformationsstelle Rechtsextremismus, die sich mit extrem rechten Aktivitäten in der bayerischen Landeshauptstadt beschäftigt, ein wichtiger Beitrag bleiben. Denn Ausstellungen wie diese, welche die eigene Geschichte widerständiger Praxis aufbereiten, sind ein wichtiger Schritt in der Sichtbarmachung struktureller Dimensionen der Repression. Einnotwendiger Schritt der täglichen Selbstbehauptung gegenüber den gegenwärtigen patriarchalen Zuständen, auf dem Weg zu einer feministischen Wirklichkeit der selbstverständlichen Selbstbestimmung über den eigenen Körper. •

Abtreibungsgegner erneut verurteilt

RICK DE LA FUERTE

Klaus Günter Annen, selbsternannter „Lebensschützer" und fanatischer Abtreibungsgegner aus dem extrem rechten Christenmilieu, wurde am 15. Februar 2022 in Weinheim zu einer Geldstrafe von 1.200 EUR verurteilt. Erneut wegen Beleidigung – eine Verurteilung wegen Volksverhetzung angesichts von den Holocaust relativierenden Äußerungen erfolgte nicht. Der 1951 geborene ehemalige Industriekaufmann macht seit etlichen Jahren schwerpunktmäßig im Internet mit Anfeindungen gegen Ärzt_innen auf sich aufmerksam, die Abtreibungen durchführen. Annen ist Gründer der „Europäischen Bürgerinitiative zum Schutz des Lebens und der Menschenwürde in Deutschland e.V.". Hierbei bezeichnet er die Schwangerschaftsabbrüche unter anderem als „Babycaust" und schlimmer als den Holocaust und versucht, mit einer Art Pranger Ärzt_innen persönlich einzuschüchtern. Zudem verfolgt er diese mit Strafanzeigen und diffamierenden E-Mails, die er z.B. im Vorfeld von Lesungen und Veranstaltungen verschickt.

Die Gießener Ärztin Dr. Kristina Hänel war erneut die Betroffene. Sie hatte im Vorfeld der jüngsten Gerichtsverhandlung öffentlich kritisiert, dass die Vergleiche des Schwangerschaftsabbruchs mit dem Holocaust im Strafbefehl nicht berücksichtigt wurden. In der Vergangenheit taten sich verschiedene Gerichte schwer damit, Annen hierfür wegen Volksverhetzung zu verurteilen. So sah der Bundesgerichtshof im Jahr 2000 entsprechende Äußerungen als von der Meinungsfreiheit gedeckt an. Auch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hatte 2015 ähnlich geurteilt. Spätere Urteile untersagten Annen, Abtreibungen als Mord zu bezeichnen, insbesondere wenn sie Persönlichkeitsrechte von namentlich angesprochenen Mediziner_innen betroffen sahen. Annen hatte auch Parallelen zwischen den Ärzt_innen und KZ-Kommandanten oder KZ-Ärzten gezogen. Offenkundig verfolgt Annen hierbei eine Strategie, die zugleich Gegner_innen diskreditiert und in Rechtfertigungsnöte bringen soll und nebenbei die Shoa verharmlost. •

ANTIFA

Gegen die offizielle deutsche Gedenkpolitik machen wir die Erinnerungen der Opfer aber eben auch der Bezwinger*innen des deutschen Faschismus stark.
(Aus der Broschüre der VVN-BdA zum 9. Mai 2020)

Zwei Tage zwischen allen Stühlen – Gedenken gegen den Krieg?

ARTUR NÄHRING,
MITORGANISATOR DER ANTIFASCHISTISCHEN KUNDGEBUNGEN DER VVN -BDA AM 8. UND 9. MAI

Am diesjährigen 8. Mai, dem Tag der Befreiung vom deutschen Faschismus und am 9. Mai, dem Tag des Sieges über den Faschismus, verbrachten Aktivist*innen der Berliner VVN-BdA und befreundete antifaschistische Gruppen zwei aufregende und gleichzeitig bedrückende Tage auf zwei Kundgebungen am sowjetischen Ehrenmal in Berlin-Treptow. Beide Tage waren Anlass für zahlreiche Interventionen, und wurden von einem riesigen Polizeiaufgebot begleitet, das Auseinandersetzungen zwischen den „Kriegsparteien" und ihren jeweiligen „Alliierten" verhindern oder wenigstens per Flaggenverbot für russische, ukrainische und sowjetische(!) Flaggen entschärfen sollte. In den vergangenen Jahren hatten wir nationalistische Symbole von unserem alljährlichen Fest zum „Tag des Sieges" am 9. Mai verbannt, und dabei Sowjetfähnchen zum Tausch angeboten. Unsere Kundgebung am 9. Mai wurde durch die Polizei für eine volle Stunde mit der Begründung unterbrochen, die offizielle Gedenkveranstaltung der russischen Botschaft sollte nicht „gestört" werden. Zurück bleiben Fragen und das Gefühl, der politischen Situation im Moment nicht wirklich gewachsen zu sein, aber die Gewissheit, dennoch zur richtigen Zeit am richtigen Ort gewesen zu sein.

„Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!"

„The last good war", wie er von US-Veteran*innen oft genannt wurde, endete in Europa mit der militärischen Zerschlagung des deutschen Faschismus und der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945. Überlebende, die VVN-BdA und viele weitere Antifaschist*innen entwickelten daraufhin die Parole „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!". Der 8. Mai ist für uns der Tag der Befreiung als ein Gedenk- und Feiertag. Für die bundesrepublikanische Gesellschaft war dies jedoch nie eine Selbstverständlichkeit. Doch vor allem in diesem Jahr stellte uns das Gedenken vor besondere Herausforderungen.

Vorab: Am 24. Februar 2022 hatte die russische Regierung unter Putin verkündet, ihr Eroberungs- und Angriffskrieg auf die Ukraine und die dort lebenden Menschen, der bis dato andauert, diene der „Denazifizierung". Ehemalige Häftlinge der deutschen Konzentrations- und Vernichtungslager veröffentlichen daraufhin am 28. Februar 2022 einen Appell, der vieles von dem ausdrückte, was auch uns beschäftigte. Im Appell hieß es unter anderem:

„Unter den sowjetischen Überlebenden der Nazilager, die im Frühjahr 1945 die Orte verließen, an denen sie jahrelang dem Tod ins Auge gesehen hatten, waren oft Russ*innen und Ukrainer*innen am zahlreichsten. Sie teilten mit allen die Hoffnung, Zeugen und Akteure einer neuen, befreiten und friedlichen Welt zu werden. Russ*innen und Ukrainer*innen waren von den Nazis als dieselbe Kategorie von Häftlingen registriert worden, sie waren denselben Entbehrungen, Demütigungen und lebensbedrohlichen Situationen ausgesetzt gewesen. Sie konnten sich nur auf die Solidarität unter den Deportierten verlassen, um zu überleben. Alle hatten als Bürger*innen der Sowjetunion ihren Teil am gemeinsamen Kampf gegen den Nazi-Aggressor beigetragen. (...) Als Träger des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus verurteilen die Unterzeichner*innen dieses Aufrufs die Verwendung der Worte Entnazifizierung und Völkermord zur Rechtfertigung des Angriffs auf die Ukraine: „Wir sind legitimiert, das Gewicht der Tragödie, die diese Worte bedecken, geltend zu machen. Wir können nicht akzeptieren, dass diese Worte so missbraucht werden. (...) Wir verurteilen den gegen die Ukraine geführten Krieg, der die Existenz des Landes und den Frieden in Europa gefährdet. (...) Wir sind davon überzeugt, dass jeder politische Konflikt am Verhandlungstisch gelöst werden kann, wenn beide Seiten Vernunft und Menschlichkeit an den Tag legen. Beenden Sie diesen Krieg sofort!" [1]

„Kampf" der Erinnerungen und Auslegungen

Die Tatsache, dass Überlebende des deutschen Vernichtungskrieges und des Holocaust heute der Todesgefahr durch Russlands Krieg ausgesetzt sind und das

Entsetzen, dass die Enkel der Opfer des deutschen Faschismus und unserer Befreier*innen in Russland und der Ukraine in einem grausamen Krieg aufeinander schießen, veränderte unser diesjähriges Gedenken und bestimmte dessen Ort an der Skulptur „Mutter Heimat" im sowjetischen Ehrenmal.

Die traditionelle Kundgebung zum 8. Mai – Befreiung was sonst! – fand in diesem Jahr ohne offizielle Gäste aus deutscher, russischer, belarussischer Politik (ukrainische Vertreter*innen nehmen seit 2014 nicht mehr teil) als eher stille Gedenkkundgebung ohne Reden und Musik statt, um eskalierende Situationen zu vermeiden und ein ruhiges Gedenken zu ermöglichen. Schließlich steht bei vielen Mitgliedern der VVN-BdA die Erinnerung an ihre verlorenen Angehörigen verbunden mit der Dankbarkeit für die Befreiung durch die Rote Armee und die Alliierten an jenem Tag im Vordergrund. Auf der Kundgebung wurden hunderte rote Nelken mit einem kleinen „Нет войне – Nein zum Krieg"-Fähnchen verteilt. Auch auf unserem Transparent machten wir mit den Worten Nein zum Krieg! in den Sprachen Russisch, Ukrainisch, Polnisch, Englisch, Französisch und Deutsch unser Anliegen deutlich.

Auf der Kundgebung am 9. Mai verzichteten wir in diesem Jahr bewusst auf die Parole „Wer nicht feiert, hat verloren!, mit der wir in den Jahren zuvor zu unserem Fest zum „Tag des Sieges" eingeladen hatten. (vgl. AIB 108/ 3.2015) Stattdessen riefen wir zu einer Antikriegskundgebung auf. Mit den Transparenten „Nein zum Krieg!", „Solidarität statt Nationalismus", „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!", dem Schwur von Buchenwald und tausend Nelken markierten wir unsere Position zum Krieg. Aus einem spontanen Bündnis aus Redebeiträgen und Positionierungen linker Gruppen und Einzelpersonen mit postsowjetischen und einhellig Ukraine solidarischem Hintergrund entwickelte sich eine über den Tag verteilte öffentliche Diskussionsveranstaltung und damit eine politische und inhaltliche Zerreißprobe. Das Ehrenmal wurde zum Austragungsort eines „Kampfes" der Erinnerungen, sich widersprechenden Geschichtsinterpretationen und Auslegungen des aktuellen Krieges – innerhalb unseres Bündnisses, den anwesenden politischen Initiativen und unter den tausenden Besucher*innen des Ehrenmals.

Politische und inhaltliche Zerreißprobe

Den härtesten Job auf unserer Kundgebung hatten sicherlich unsere russische Übersetzerin und andere russischsprechende Redner*innen. Denn sie wurden von Personen, welche die Position der russischen Regierung teilten, der Krieg gegen die Ukraine sei eine militärische Spezialoperation zur Denazifizierung, als Vaterlandsverräter*innen beschimpft. Auch gab es Anfeindungen gegen uns, wir selbst seien oder würden Faschist*innen unterstützen. Dagegen wirkte der Vorwurf aus den Reihen der Sowjetunion-Russland-Verwechsler*innen, wir seien Ex-Antifaschist*innen, weil wir der Behauptung, Russland müsse sich lediglich verteidigen, nicht folgen wollten, beinahe milde. Kritik kam aber auch aus den eigenen Reihen unseres Bündnisses, also von den Gruppen und Personen, mit denen wir unsere Kundgebung teilten und von jenen, die gerade am 9. Mai den Tag des Sieges als vornehmlich russischen nationalistischen staatlichen Feiertag im Kontext des Krieges gegenüber den Besucher*innen des Ehrenmals und der Öffentlichkeit markieren wollten (und eben nicht den sowjetischen, den wir als Tag der Befreier*innen und ihrer Nachfahren die letzten Jahre begingen). Das von ihnen ausgegebene Motto „Gedenken gegen den Krieg" klang verbindend, war durchweg aber mit der Forderung nach Waffenlieferungen an die Ukraine verbunden. Für uns ein No-Go, trennte es doch die Forderungen unserer Parole „Nie wieder Faschismus" von „Nie wieder Krieg". Dies fand auch Ausdruck in den inflationären Deutungen von „Faschismus". Gegen „Putinismus" und „Russischen Faschismus" und Russismus auf der einen Seite, gegen den „ukrainischen Faschismus" auf der anderen – so viel Umdeutung war nie.

Neu für uns war auch, als „deutsche Linke" in Kriegszeiten unter die offizielle deutsche (Erinnerungs-)Politik und Mitte der Gesellschaft subsumiert zu werden, die sich weigere, die Schicksale und Pers-



pektiven der Menschen aus dem postsowjetischen Raum und jener von dort, die heute hier leben, einzunehmen – und deshalb in unsolidarischer Weise Waffenlieferungen ablehnen würden.

Das sind nur einige Beispiele der unzähligen Auseinandersetzungen, Diskussionen, Vorwürfe und Missverständnisse, die wir am diesjährigen 8. und 9. Mai erlebten. Das Gedenken, das noch in den vergangenen Jahren mit tausenden Besucher*innen immer sehr divers und ambivalent, aber gefühlt und gedacht ein gemeinsames war – es ist keines mehr. Wir müssen reden.

Wir danken den Befreier*innen.
Спасибо, Спасибі, thank you, merci! •

1 Beenden Sie diesen Krieg sofort! Appell ehemaliger Häftlinge der Konzentrations- und Vernichtungslager zum Krieg in der Ukraine: https://lg-ravensbrueck.vvn-bda.de/2022/03/10/beenden-sie-diesen-krieg-sofort/

GESCHICHTE

Alles Nazis? Die Deutsche Besatzung der Ukraine im Zweiten Weltkrieg

Sofort nach Beginn des Ukraine Krieges im Februar 2022 begannen die Vergleiche. Den Auftakt machte der russische Präsident Wladimir Putin: Der Angriff auf die Ukraine geschehe aus Selbstverteidigung und als Schutz für die von einem Genozid bedrohte Bevölkerung im Donbass. Ziel sei u.a. eine „Entnazifizierung“ der Ukraine, denn Neonazis hätten in der Ukraine die Macht übernommen. Der Angriff auf die Ukraine wurde somit als Wiederkehr des großen Vaterländischen Krieges gegen Nazi-Deutschland inszeniert.

Doch schiefe historische Vergleiche sind kein Alleinstellungsmerkmal allein von Putin. „Jetzt erleben wir die Rückkehr des imperialen Eroberungskrieges. Und der ähnelt in vielen Orten dem Vernichtungskrieg von SS und Wehrmacht gegen die Sowjetunion“ kommentierte der außenpolitische Sprecher der Grünen, Jürgen Trittin, Anfang Mai 2022. Die FAZ titelte: „Wie man einen Vernichtungskrieg überlebt“ – und auch der ukrainische Präsident Selenskyj zieht regelmäßig Parallelen zum Zweiten Weltkrieg. In seiner Rede zum 8. Mai 2022 verglich er die Zerstörung von Mariupol mit der Vernichtung europäischer Städte durch nazideutsche Bomben, das Massaker von Butscha wird in eine Linie mit den Nazi-Kriegsverbrechen im französischen Oradour und im tschechischen Lidice gestellt. Bilder von Wehrmachtssoldaten werden in Videos zusammen mit Bildern von russischen Soldaten gezeigt. Selenski betonte, die Russen würden versuchen ihre „Lehrer“, gemeint sind die Nazis, zu übertreffen.

Nazivergleiche scheinen also auf beiden Seiten zur Standardausstattung der jeweiligen Propaganda zu gehören. Aber: Was war die tatsächliche historische Realität unter der deutschen Besatzung in der Ukraine?

Unternehmen Barbarossa

Am 22. Juni 1941 Juni griff die Deutsche Wehrmacht die Sowjetunion an. Der Front folgten sogenannte „Einsatzgruppen“, die gezielt Opposition und Minderheiten erschossen. Juden, Roma, Behinderte – die „Shoah durch Kugeln“ erfolgte in der Ukraine nicht mit Gaskammern, sondern durch diese Einsatzkommandos. In der Ukraine wurde den Nazis klar, dass eine Ermordung aller Jüdinnen und Juden Europas im Bereich des Möglichen lag. Bis 1945 starben so ca. acht Millionen Ukrainer_innen, darunter fünf Millionen Zivilist_innen und davon über eine Million Jüdinnen und Juden.

Jedoch sahen viele Ukrainer_innen die Deutschen anfangs als willkommene Befreier gegen die sowjetischen Besatzer an. Gerade in der Westukraine war Kollaboration weit verbreitet. In den ersten Monaten unterstützten ca. 200.000 ukrainische Hilfspolizisten die Deutschen, von denen mindestens 40.000 unmittelbar an den Erschießungen jüdischer Menschen teilgenommen haben.

Dabei konnten die Deutschen auf antijüdische Vorurteile eines Teils der ukrainischen Bevölkerung aufbauen. Als die Wehrmacht nach der Flucht der Roten Armee hunderte Leichen von ukrainischen Nationalisten in Gefängnissen und Massengräbern vorfand, die der sowjetische Geheimdienst NKWD kurz vor dem Abzug erschossen hatte, war dies der willkommene Anlass zu Pogromen.

Aryeh Klonicki, ein Jude aus Kowel, schrieb in sein Tagebuch am 7. Juli 1943: „Die Deutschen, denen sich Ukrainer anschlossen, gingen von Haus zu Haus, um nach Juden zu suchen. [...] Auf diese Weise kamen etwa 5000 Menschen zu Tode“. Zeugen aus Brzezany, beschrieben: „Scharen ukrainischer Bauern, meist junge Leute, welche gelb-blaue Fahnen mit dem ukrainischen Dreizack trugen, füllten die Straßen. [...] Die Leute gaben dem NKWD und den Juden die Schuld. [...] Der größte Teil der Juden [...] wurde mit Besenstielen ermordet, an denen Nägel befestigt waren.“

Tausende wurden so in den ersten Kriegswochen durch Massaker umgebracht.

Der bekannteste ukrainische Nazi-Kollaborateur und Antisemit war Stepan Bandera, der hoffte mit seiner eigenen nationalistischen Bewegung und mit Unterstützung des Deutschen Reichs einen eigenen faschistischen Staat gründen zu können. In der Westukraine fielen zigtausende polnische Zivilist_innen und Jüdinnen und Juden dieser Rebellenarmee zum Opfer.

Aber: Die Deutschen hatten nie vorgehabt der Ukraine eine eigene Unabhängigkeit zu gewähren. Der eroberte „riesenhafte Kuchen“ sollte beherrscht, verwaltet und unter deutschem Oberbefehl ausgebeutet werden. Die Ukrainer_innen wurden, wie fast alle Bewohner_innen Osteuropas, als „Untermenschen“ angesehen, denen eine eigene Existenzberechtigung abgesprochen wurde. Besatzung, Ausplünderung, Vertreibung, Mord und Skla-


Foto United States Holocaust Memorial Museum

Die Schlucht von Babi Jar – aufgenommen von der deutschen Luftwaffe – war Schauplatz der größten Mordaktion in in der Ukraine.

venarbeit waren das Programm Deutschlands für die besetzte Ukraine. 64 Prozent der Ukrainer_innen sollten nach Sibirien deportiert werden. Damit sollte die Basis dafür gelegt werden, die Ukraine langfristig zu „germanisieren" und nur jene Ukrainer_innen im Land zu lassen, die der Deutschen Besatzung als Sklavenarbeiter_innen nützlich sein würden. Circa eine Million Ukrainer_innen wurden für Zwangsarbeit nach Deutschland gebracht.

Die größte und bis heute bekannteste Mord-Aktion in der Ukraine: Babi Jar. Am 29. September 1941 trieben die Deutschen alle jüdischen Einwohner_innen Kiews vor die Stadt in eine Schlucht. Tagelang erschossen sie dort Männer, Frauen und Kinder. Innerhalb von nur drei Tagen wurden 33.700 Menschen massakriert. Die Schlucht wurde zur zentralen Mordstelle der Region, wo auch Roma hingebracht und erschossen wurden. Schicht um Schicht von menschlichen Körpern stapelten sich übereinander. Die Schlucht wurde anschließend von Wehrmachtseinheiten gesprengt, in den letzten Kriegsmonaten wurden jüdische Sonderkommandos gezwungen die Leichen wieder auszugraben und zu verbrennen, um Beweise zu vernichten. Sowjetische Kriegsgefangene, von denen sehr viele Ukrainer_innen waren, wurden gezielt verhungert gelassen. Doch neben Jüdinnen und Juden und Kriegsgefangenen machten die Deutschen auch vor ukrainischen Zivilist_innen nicht halt.

Am 1. März 1943 umstellten SS-Einheiten und ungarische Einheiten als Vergeltung für einen Partisanenangriff die Siedlung Korjukiwka. Alle 6.700 Einwohner _ innen wurden ermordet – neben Erschießungen wurden viele in Theater und Restaurants getrieben, die dann angezündet wurden.

Unter den Ermordeten waren auch über 700 Kinder. Über 1.000 Häuser wurden in nur zwei Tagen zerstört. Korjukiwka war damit das größte Massaker an einer nichtjüdischen Bevölkerung während des gesamten Zweiten Weltkriegs.

Am Ende der circa drei Jahre andauernden deutschen Besatzung hatte jede_r vierte Ukrainer_in durch Mord oder Hunger sein Leben verloren. Bandera wurde, nach anfänglicher Kollaboration, im KZ Sachsenhausen inhaftiert um jegliche nationalistische Eigenständigkeit der Ukraine zu zerschlagen. Über 40 Denkmäler gibt es heute für Bandera in der Ukraine, eine der größten Straßen in Kiew wurde 2016 nach ihm benannt.

Der Krieg der russischen Armee gegen die Ukraine ist grausam, die Begründung für den Einmarsch fadenscheinig. Doch von den Verbrechen während der Deutschen Besatzung sind beide Seiten meilenweit entfernt. Weder gab es einen Genozid im Donbass, noch systematische Massenmorde durch russische Truppen. Sah Deutschland die Menschen der Ukraine als „slawische Untermenschen" denen keine Gnade gewährt werden sollte, sind diese für Russland im aktuellen Krieg „nur" gewöhnliche Feinde, die besiegt und unterworfen, aber nicht physisch vernichtet werden sollen. Jegliche Vergleiche mit den NS-Verbrechen laufen so auf eine Verniedlichung der deutschen Verbrechen während des Zweiten Weltkriegs hinaus. Der Tod bleibt ein Meister aus Deutschland. •

Literatur:

• Mark Mazower: Hitlers Imperium. Europa unter der Herrschaft des Nationalsozialismus. Bonn 2010.
• Saul Friedländer: Das Dritte Reich und die Juden. Verfolgung und Vernichtung 1933–1945. Bonn 2006.
• Die tödliche Utopie. München 2008.

Vor einhundert Jahren wurde Walter Rathenau von Rechtsterroristen in Berlin ermordet. Das nationalistische Milieu aus dem die Mörder kamen, steht bei heutigen extremen Rechten hoch im Kurs.

Mord in Berlin Grunewald

Der 22. Juni 1922 war ein Sonnabend. Es ist regnerisch in Berlin, als der Außenminister der jungen Weimarer Republik von seinem Chauffeur gegen 10.30 Uhr im noblen Berliner Villenviertel Grunewald abgeholt wird, um ins Außenministerium gefahren zu werden. Polizeilichen Personenschutz gibt es für Rathenau nicht. Um seine Angehörigen nicht in Angst zu versetzen, habe er auf ihm zustehenden Schutz verzichtet. Rathenaus Wagen wird von einem Mercedes verfolgt. In ihm sitzen die beiden jungen Weltkriegsoffiziere Erwin Fischer und Hermann Kern, Mitglieder der „Organisation Consul" (OC), die aus dem Freikorps Ehrhardt hervorging, und damals die wohl wichtigste rechte Terrorstruktur im Dreieck zwischen rechtsradikalen Wehrverbänden, Freikorps und Schwarzer Reichswehr war. Hinter ihnen steht ein ganzes Netzwerk rechter, antirepublikanischer Strukturen, die zwei Jahre zuvor für den gescheiterten Kapp-Putsch verantwortlich waren. Um 10.50 Uhr feuert Erwin Kern mit einer Maschinenpistole auf Rathenau, Hermann Fischer wirft eine Handgranate in dessen Auto. Das Attentat ist nicht die erste rechtsterroristische Anschlag in der frühen Weimarer Republik. Die sich nach dem 1. Weltkrieg neu formierende extreme Rechte im Nachkriegsdeutschland lässt ihrem antisemitisch gefärbten Hass auf die republikanischen „Erfüllungspolitiker" wie Matthias Erzberger (Zentrumspartei), Philipp Scheidemann (SPD) und Walter Rathenau (DDP) nicht nur publizistisch freien Lauf. Gemein ist diesen, dass sie offen für die Republik und die Demokratie in Deutschland nach dem ersten Weltkrieg eintreten, und dafür bereit sind, die harten Bedingungen des Versailler Vertrages zu akzeptieren, der Deutschlands Wiederaufstieg zur Großmacht in Europa verhindern soll und mit erheblichen Reparationszahlungen an Frankreich verbunden ist.

Gewaltaufrufe gegen Demokraten und Vertreter der Arbeiterbewegung aus den nationalkonservativen Verbänden und den Freikorps sind damals an der Tagesordnung. Auf die genannten Politiker werden Anschläge verübt, Erzberger stirbt, der Anschlag auf Scheidemann scheitert knapp.

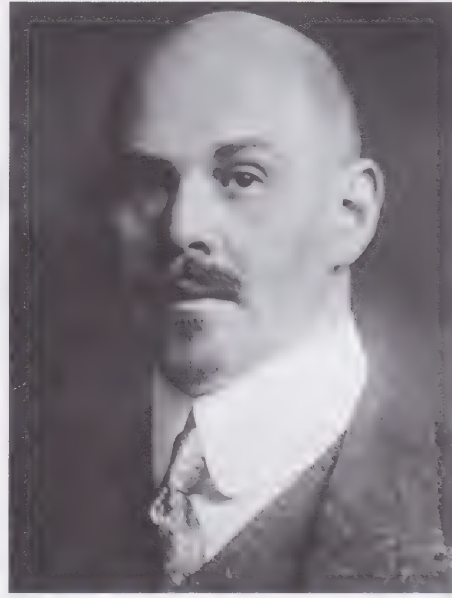
Walter Rathenau wird von der völkisch-nationalistischen Presse der Weimarer Republik mit besonderem Hass übergossen. Als jüdischer kosmopolitischer Intellektueller, AEG-Chef und Berater des preußischen Kriegsministeriums bewegt sich Rathenau einerseits im Milieu der wilhelminischen Elite. Andererseits befasst er sich mit Fragen von Sozialreformen, Methoden der Planwirtschaft und mit Kultur und Kunst. Den zeitgenössischen Nationalisten der extremen Rechten gilt er als Teil der „Novemberverbrecher" und mitverantwortlich für den angeblichen „Dolchstoß", der „Verräter in der Heimat", der die vorgeblich im Krieg unbesiegte deutsche Armee getroffen habe.

Nach dem Mord an Rathenau flüchten die Täter als Studenten getarnt durch Deutschland, und suchen Zuflucht auf der Burg Saaleck, zwischen Halle (Saale) und Naumburg, wo sie einen Monat später festgenommen werden sollen. Bei der Festnahme kommt es zum Schusswechsel. Einer der Täter wird getötet. Der andere begeht Suizid.

Als Reaktion auf den Mord an Rathenau tritt das Republikschutzgesetz in Kraft. Es soll die Verfolgung politisch motivierter Gewalttaten erleichtern. Doch die juristische und politische Aufarbeitung des Mordes an Rathenau, und die Verfolgung der rechtsterroristischen Hintergrundnetzwerke bleibt stecken. Die Strukturen der rechten Freikorps, der schwarzen Reichswehr und der „Organisation Consul" bleiben weitgehend unangetastet. Es fehlt in der Weimarer Demokratie an Durchsetzungskraft, die reaktionären Wehrverbände und ihre politischen Sprachrohre in den Parlamenten dauerhaft in die Schranken zu weisen. Die wirklich überzeugten und verteidigungsbereiten Demokraten in der Weimarer Republik stehen der Machtkonzentration der alten und neuen antidemokratischen Eliten aus Adel, Armee und Industrie gegenüber. Es ist der militante Antikommunismus und die Furcht vor der Macht der Arbeiterbewegung, der die Weimarer Reaktion zusammenhält. Emil Julius Gumbel verdanken wir ein umfangreiches Wissen über die Geschichte und die Kontexte des Rechtsterrorismus in der Weimarer Republik. Seine Arbeit über rechte Fememorde und die Gewaltexzesse der Freikorps gibt einen Eindruck von den Außenmaßen rechten Terrors in der Weimarer Republik.

Eine Beschäftigung mit dem Rechtsterror der Weimarer Zeit ist schon deshalb sinnvoll, weil nicht wenige seiner Motive, Feindbilder und Gewaltverherrlichungen sowohl im Terror der Nationalsozialisten radikalisiert werden, aber sich auch sich in den Feindbestimmungen des heutigen Rechtsterrorismus wiederfinden. Nament-





Links: Freikorps während des Kapp-Putsches in Berlin

Rechts: Walther Rathenau war Feindbild rechter Terroristen in der Weimarer Republik

lich der Antisemitismus stellt eine Motiv-Kontinuität dar. Rechter Terror in Deutschland. Er reicht weiter zurück als bis zum NSU, den „Deutschen Aktionsgruppen" eines Manfred Roeder oder der „Wehrsportgruppe Hoffmann".

Gedenken an die Rathenau Mörder in der Gegenwart

Seit den 1990er Jahren fanden in und um Saaleck Gedenkveranstaltungen der extremen Rechten für die Rathenau-Mörder Fischer und Kern statt. Diese konzentrierten sich lange Zeit auf die Grabstätte der beiden Täter, die frei zugänglich auf dem Friedhof der evangelischen Kirchengemeinde von Saaleck waren. NPD, Junge Nationaldemokraten und andere extrem rechte Gruppen nutzten die Gräber als Pilgerstätte für ihr Gedenken an die Mörder. Sie stellen sich damit bewusst in die Tradition des Rechtsterrorismus der Weimarer Republik, dessen Geschichte jedoch vielen Antifaschist_innen nicht präsent ist. Vor einigen Jahren ließ die Kirchengemeinde die Gräber von Erwin Fischer und Hermann Kern aufheben und einebnen. Doch die damit verbundene Hoffnung, die rechten Besucher würden daraufhin ausbleiben, erfüllte sich nicht. Bis heute gibt es rund um den Todestag Rathenaus Bemühungen, seiner Mörder zu gedenken. Die regionale Öffentlichkeit nimmt davon nur am Rande Notiz.

Wer die politische Ästhetik der selbsternannten intellektuellen Rechten im Umfeld von Schnellroda beobachtet, bemerkt die ganz offenkundigen Bezugnahme auf die prä-faschistische extreme Rechte der Weimarer Republik. Das Milieu aus dem damals ein Teil der Freikorps-Kämpfer rekrutiert wurde, Burschenschafter und rechte Jugendverbände, existiert, wenn auch in viel kleinerem Umfang fort. Anklänge an die toxisch-männliche Freikorps Romantik finden sich in der Selbstdarstellung der Identitären ebenso, wie bei extrem rechten Burschenschaften. So ist es nicht Zufall, sondern Absicht, dass Götz Kubitschek und Erik Lehnert als Protagonisten des „Institut für Staatspolitik" (IfS) etwa einen Autor wie Ernst von Salomon zur eingehenden Lektüre empfehlen. Gewiss, Ernst von Salomon wird hier als Schriftsteller gewürdigt und in den rechten Lektürekanon eingeordnet. Doch Ernst von Salomon gehörte zum Umfeld der Rathenau-Mörder und machte zeitlebens aus der nationalistischen Gesinnung kein Hehl. Die literarische Beschäftigung mit dem Erbe der rechten Freikorpstradition wird in Schnellroda als Schöngeistigkeit verbrämt. Doch die Botschaft dürfte bei den jungen rechten gesinnungstreuen Rezipienten der Videos ankommen: dies ist Teil der traditionsbildenden Ideengeschichte der Rechten heute in Deutschland. Oder anders ausgedrückt: die Ästhetisierung präfaschistischer Gewalt ist offenbar hip in extrem rechten Kreisen. •

Literatur:

Martin Sabrow
Die verdrängte Verschwörung:
Der Rathenau Mord und die deutsche Gegenrevolution
Frankfurt/M 1999

Markus Josef Klein
Ernst von Salomon: Revolutionär ohne Utopie
Aschau 2002

Erwin Könnemann
Einwohnerwehren und Zeitfreiwilligenverbände. Ihre Funktion beim Aufbau eines neuen imperialistischen Miltärsystems (November 1918 bis 1920)
Berlin, Ost 1971

Kurt Gossweisler
Kapital, Reichswehr und NSDAP
Berlin Ost 1981

Klaus Theweleit
Männerphantasien, Bd. 2
Berlin 2019

RASSISMUS

Festung Europa – Solidarität vs. Brutalität

NORA NEUMANN

Nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine überkam Europa eine Welle von Solidarität, Hilfsbereitschaft und Mitgefühl. Besonders Länder wie Ungarn und Polen, die gegen die Aufnahme Geflüchteter aus Syrien und anderen nicht europäischen Ländern kämpfen, gewähren Asyl. Polen nahm seit Kriegsbeginn fast vier Millionen Ukrainer*innen auf, Ungarn etwa 700.000.

Inmitten des kriegsbedingten Chaos in der Ukraine wurde von Abweisungen nicht ukrainischer Geflüchteter an der polnischen Grenze berichtet. Besonders in der Ukraine lebende afrikanische und indische Studierende mussten tagelang an den Grenzen warten, bis die „echten" Ukrainer*innen abgefertigt und in Sicherheit waren.

Die Unterscheidung zwischen „guten" und „schlechten" Migrant*innen könnte nicht offensichtlicher sein. In ganz Europa zeigt sich diese Zwei-Klassengesellschaft. Während an der griechisch-türkischen und der polnisch-belarussischen Grenze sowie auf dem Balkan Geflüchtete mit Gewalt zurückgeschoben werden, werden Ukrainer*innen mit offenen Armen empfangen. Während der Aufschrei über getötete Zivilist*innen in der Ukraine groß ist, starben 2021 völlig unbeachtet mindestens 2.000 Fliehende auf dem Mittelmeer und über 1.000 zwischen Westafrika und den kanarischen Inseln.

Frontex & Leggeri

In den Kriegsschlagzeilen ging auch die Meldung vom unfreiwilligen Rücktritt Fabrice Leggeris als Direktor der europäischen Grenzschutzbehörde Frontex fast völlig unter. Seit Jahren schon stand er unter Druck, da er trotz eindeutiger Beweise leugnete, dass Frontex an sogenannten Pushbacks beteiligt ist. Dreist log er dem Europäischen Parlament und dem Frontex-Verwaltungsrat ins Gesicht. Erst als die Antikorruptionsbehörde der EU, OLAF, seine Geschäftsräume durchsuchte, Beweismittel sicherte und einen (noch immer geheimen) Bericht erstellte, wurde der Druck auf ihn so groß, dass er sich entschloss, seiner Absetzung zuvorzukommen.

Mehr als ein Bauernopfer ist Leggeri aber nicht. Sein überfälliger Abgang und das Vorgehen der EU gegen „illegale Migrant*innen" zeugen von einer Agenda der Abschreckung, der Verschleierung von Menschenrechtsverletzungen und von einer Strategie der „glaubhaften Bestreitbarkeit".

Seit 2006 unterstützt Frontex im Zuge der Ägäis-Mission „Operation Poseidon" die griechische Grenzpolizei, auch mit deutschen Polizeieinheiten. Nachdem die Türkei im März 2020 die Grenze zu Griechenland öffnete und sich zehntausende Geflüchtete an der griechisch-türkischen Grenze versammelten, verkündete die Präsidentin der EU-Kommission Ursula von der Leyen, Griechenland sei „Europas Schild" gegen die Eindringlinge und versprach eine zusätzliche Frontex-Eingreiftruppe sowie 700 Millionen Euro für „Migrationsmanagement".

Als schwer bewaffnete griechische Grenztruppen Muhammad Gulzar an der Grenze erschießen, beschwichtigte von der Leyen kritische Europaparlamentarier*innen in einem Brief: Griechenland habe ihr „versichert, keinen Vorfall ausgelöst zu haben". Es gebe keinen „Serious Incident Report" (SIR), der auf solch ein Geschehen hindeute und auch die Frontex-Beamten*innen vor Ort hätten nichts beobachtet.

Die sogenannten SIRs dienen als interner Kontrollmechanismus der Frontex. Sie sollen das Auftreten von Grundrechtsverletzungen anzeigen und somit die Grundlage für Ermittlungen gegen Tatbeteiligte sicherstellen. Wenn Frontex-Personal Grundrechtsverletzungen beobachtet, müssen sie diese zwingend – in Form eines SIR – an das Frontex Hauptquartier in Warschau melden, wo sie in einer Datenbank (Joint Operations Reporting Application, JORA) abgespeichert werden, so zumindest die Theorie. In der Realität werden SIRs selten benutzt. Im gesamten Jahr 2020 gab es laut Frontex nur zehn SIRs, eine Kategorie „Pushback" oder „Grundrechtsverletzung" ist in JORA nicht enthalten. Dies verwundert nicht angesichts der Tatsache, dass Beamte, welche SIRs verfassten, von lokalen Behörden versetzt wurden oder Frontex illegale Pushbacks falsch klassifizierte, um Menschenrechtsverletzungen zu vertuschen. Pushbacks wurden in JORA routinemäßig als „Verhinderung der Ausreise" klassifiziert, SIRs nicht an den Menschenrechtsbeauftragten von Frontex weitergeleitet.



Pushbacks & „Greek Water Polo"

„Pushbacks" sind völkerrechtswidrige, gewaltsame Abschiebungen. In der Ägäis beispielsweise werden Boote mit Geflüchteten von der Hellenischen Küstenwache (HCG) manövrierunfähig gemacht und entweder zurückgeschleppt oder abgetrieben. Teilweise werden Geflüchtete auch in Rettungsinseln auf dem Meer ausgesetzt und sich selbst überlassen. Wenn sowohl HCG als auch die türkische Küstenwache versuchen, die Boote oder Rettungsinseln über die Grenze abzutreiben, wird das zynisch „Greek Water Polo" genannt. Dazu fahren Patrouillenschiffe sehr schnell und sehr nah an den überfüllten Booten vorbei, um sie mit den entstehenden Wellen zurück zu treiben.

Seit spätestens 2020 gehören diese makabren, oft tage- und nächtelangen Manöver zum Alltag auf der Ägäis und werden von Nato und Frontex mithilfe von Schiffen und Flugzeugen beobachtet und auch unterstützt. Zwischen März 2020 und September 2021 waren Frontex-Beamte an Pushbacks von mindestens 957, wahrscheinlich aber über 8.000 Asylsuchenden beteiligt. Zwar bestreitet Frontex die Pushbacks in der Ägäis, Berichte von UN, NGOs sowie Medienrecherchen belegen jedoch den systematischen Charakter der Pushbacks eindeutig.

Auch Leggeri bestritt stets „Pushbacks" in der Ägäis, da intern „keine Dokumente" dazu gefunden wurden und interne griechische Untersuchungen auch keine Beweise hervorbrachten. Die Videoaufnahmen und Augenzeugenberichte erwähnte er nicht. Klar ist, Frontex-Schiffe helfen der HCG bei gefährlichen „Pushback"-Manövern, die nachweislich Menschenleben kosten. Die „Operation Poseidon" ist zwar eine Frontex-Mission, sie untersteht aber formal den lokalen griechischen Behörden. Interne Ermittlungen sind weder in Griechenland noch bei Frontex unabhängig, dennoch beziehen sich EU-Beamte stets auf „unabhängige Ermittlungen", wenn sie Pushbacks und Menschenrechtsverletzungen abstreiten.

Ungarn & Serbien

Nicht nur in der Ägäis wird täglich gegen europäisches und internationales Recht verstoßen. Seit 2016 erlaubt ein ungarisches Gesetz Pushbacks an der Grenze zwischen Serbien und Ungarn, seit 2017 landesweit. Der Verstoß gegen die Europäische Menschenrechtskonvention interessiert niemanden. Jede Person ohne gültige Papiere wird nach Serbien abgeschoben. Statt wie andere EU-Länder diese menschenrechtswidrige Praxis zu verschleiern,veröffentlicht die ungarische Polizei stolz Daten zu den Pushbacks: von Januar bis März 2022 sollen es knapp 20.000 gewesen sein.

Geflüchtete versuchen dennoch weiterhin, über Stacheldraht- und Elektrozaun von Serbien nach Ungarn zu kommen und nennen es „the game". Wer von der ungarischen Polizei aufgegriffen wird, riskiert Schläge, Hundebisse und den Verlust von Kleidung und Handys. Den meisten Geflüchteten wird schon die Einreise nach Serbien verwehrt. Viele werden in der Transitzone des Nikola Tesla Flughafens in Belgrad „zwischengelagert", bevor sie nach Nordmazedonien oder Bulgarien abgeschoben werden.

Kroatien & Bosnien-Herzegowina

Zwischen Juni 2019 und September 2021 gab es mindestens 30.000 Pushbacks aus Kroatien nach Bosnien-Herzegowina (BIH). Geflüchtete berichten von sexualisierter Gewalt, Zwangsuntersuchungen von Kör-



peröffnungen, dem Verbrennen von Kleidung, der Zerstörung von Handys und persönlichen Gegenständen. Die für diese eklatanten Menschenrechtsverletzungen verantwortlichen kroatischen Einheiten sind maskiert, tragen Uniformen ohne Erkennungszeichen und schalten ihre GPS-Geräte zu diesen Einsätzen aus. Da sie nicht leicht identifizierbar sind, streitet das kroatische Innenministerium alle Anschuldigungen ab.

Nachdem eindeutige Beweise und Videos über die gewaltsamen Pushbacks veröffentlicht wurden, suspendierte die kroatische Polizei drei Beamte. Zu sehen ist auf den Videos, wie maskierte Polizisten schreiende Menschen mit Schlagstöcken in einen Fluss treiben. Informanten dieser kroatischen Polizeieinheit, welche systematisch Menschen quält und illegal nach BIH treibt, berichten von Befehlen des Innenministeriums und davon, dass viele Beamte sich als Beschützer Kroatiens und der EU wahrnehmen. Die „Operation Korridor“, unter welcher die Polizisten agieren, wird von der EU mitfinanziert.

Der kroatische Präsident Zoran Milanović erklärte, die dokumentierten Pushbacks seien ein „isolierter Fall“, da sonst viel mehr davon zu hören und zu sehen wäre. Befehle von ihm oder dem Innenministerium streitet er ab. EU-Innenkommissarin Ylva Johansson erklärte, die kroatische Regierung habe ihr zugesichert, eine Untersuchung der Vorfälle zu eröffnen. Ähnlich wie die internen Untersuchungen der griechischen Behörden, dürfte diese Untersuchung weder unabhängig sein noch irgendwelche Missstände offenlegen.

Polen & Belarus

Seit dem Winter 2021 versuchen tausende Geflüchtete von Belarus nach Polen einzureisen, werden jedoch an der Grenze vom polnischen Militär gestoppt. Es wurde eine „rote Zone“ geschaffen, die nur das Militär betreten darf und wo weder medizinische Helfer*innen noch Hilfsorganisationen oder Journalist*innen Zutritt haben. Im Oktober 2021 trat ein Gesetz in Kraft, welches illegale Pushbacks von Geflüchteten erlaubt. Asylanträge von „illegal Eingereisten“ werden ignoriert.

Spätestens als die Temperaturen unter den Gefrierpunkt sanken, war klar, dass es Tote geben wird im „Wald der Angst“, ohne angemessene Kleidung, Unterkunft oder Essen. Mindestens 20 Menschen sind bis heute an der Grenze gestorben, Augenzeug*innen sprechen von Fehlgeburten und alleine umherirrenden Kindern. Polnische Helfer vor Ort sind am Ende ihrer Kräfte. Die EU verurteilte lediglich das Vorgehen der belarussischen Seite, schwieg aber bewusst zu den Menschenrechtsverletzungen der polnischen Armee und zeigte kein Mitleid mit den Menschen, die dort sterben, weil keine Hilfe zugelassen wird.

Libyen

Auch das Leiden in Libyen ist gewollt. Zwar versucht die EU Libyen als verlässlichen Partner gegen „illegale Migration“ zu präsentieren, die Realität im vom Bürgerkrieg verwüsteten Land ist aber eine andere. Rechtlosigkeit, Willkür und Brutalität prägen den Umgang mit der eigenen Bevölkerung sowie den zehntausenden in Libyen gestrandeten Geflüchteten. Libyen hat die Genfer Flüchtlingskonvention nicht unterzeichnet.

Im Oktober 2021 wurden nach weitreichenden Razzien libyscher Behörden in

Tripolis etwa 5.000 Menschen in Lager verschleppt. Geflüchtete schlossen sich zusammen, um gegen den Kreislauf der Gewalt in Libyen zu demonstrieren. Sie versammelten sich dazu monatelang vor dem Büro des UN-Flüchtlingshilfswerks in Tripolis, schliefen auf der Straße. Am 10. Januar 2022 wurde der Protest gewaltsam aufgelöst, mehr als 600 Menschen wurden in Lager verschleppt. Der Räumung vorausgegangen war ein Tweet des EU-Botschafters in Libyen, José Sabadell, der die libyschen Behörden aufforderte, die Sicherheit der UN-Mitarbeiter*innen zu gewährleisten. Nach der Räumung wurde das Büro des Flüchtlingshilfswerks geschlossen – es gibt somit keine Anlaufstelle mehr für Geflüchtete in der Hölle Libyen.

Die Bedingungen in den Lagern libyscher Milizen wurden bereits 2017 im Auswärtigen Amt als „KZ-ähnlich" beschrieben. Seither hat sich die Lage nicht gebessert. Folter, Mord, Verstümmelung, Zwangsarbeit und -prostitution sind die Regel. Die Lager werden von den gleichen Warlords und Milizen geführt, welche für viel Geld Geflüchtete auf seeuntaugliche Boote pferchen und übers Mittelmeer schicken. Darüber kann auch der offizielle Anstrich, den diese Milizen wahren, nicht hinwegtäuschen.

Bei „Pullbacks" werden Geflüchtete dann von der sogenannten „libyschen Küstenwache" (LCG) abgefangen und gewaltsam zurück in die Lager der Menschenschmuggler verschleppt. Dabei helfen Frontex-Flugzeuge bei der Aufklärung und EU-Gelder bei der Ausrüstung der LCG. Wie viele Menschen bereits in libyschen Todeslagern oder vor der libyschen Küste gestorben sind, ist unklar.

Deutschland

Der 2018 mit Griechenland geschlossene „Seehofer Deal" ermöglicht erstmals Pushbacks an der deutschen Grenze. Asylbewerber*innen, die bereits in Griechenland registriert wurden und über Österreich nach Deutschland reisen, werden binnen 48 Stunden nach Griechenland abgeschoben, ohne über den Asylantrag zu entscheiden. Bisher sind mindestens 39 Menschen Opfer dieses Mechanismus geworden, welcher nicht nur gegen die Dublin-III-Verordnung verstößt, sondern auch „eindeutig rechtswidrig" ist, wie kürzlich das Verwaltungsgericht München urteilte. Einen ähnlichen Deal gibt es mit Spanien.

Seit Dezember 2019 lässt das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) Asylanträge von Schutzsuchenden, die bereits in Griechenland als Flüchtlinge anerkannt wurden oder subsidiären Schutz erhalten, liegen. Mindestens 43.041 Asylanträge wurden nicht bearbeitet, größtenteils von Geflüchteten aus Syrien, Afghanistan und dem Irak. Intern gibt das BAMF zudem vor, gerichtliche Verfügungen, welche zur Entscheidung über einen Asylantrag verpflichten, zu ignorieren. Erst wenn vor Gericht ein Antrag auf Anordnung eines Zwangsgeldes gegen das BAMF gestellt wird, soll eine Entscheidung gefällt werden. Seit April 2022 wurde „die Entscheidungstätigkeit" in den Verfahren wieder aufgenommen, allerdings weigert sich das BAMF, die Statusentscheidung aus Griechenland anzuerkennen und führt stattdessen ein komplett neues Asylverfahren mit offenem Ausgang durch. Dadurch können in Griechenland anerkannte Flüchtlinge in Deutschland abgelehnt werden, was rechtlich höchst umstritten ist.

Mit dem Chancen-Aufenthaltsrecht will die neue Regierung abgelehnte Asylsuchende, die am 1. Januar 2022 mindestens fünf Jahre in Deutschland leben, nicht straffällig geworden sind und sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen, eine einjährige Aufenthaltserlaubnis auf Probe gewähren. Wer es schafft in dieser Zeit die übrigen Voraussetzungen für ein Bleiberecht zu erfüllen, bekommt einen echten Aufenthaltstitel, welcher nicht nur eine vorübergehende Aussetzung der Abschiebung ist.

Menschen die jetzt bereits die Voraussetzungen für dieses neue Aufenthaltsrecht erfüllen, laufen dennoch Gefahr, vor Verabschiedung des Gesetzes noch abgeschoben zu werden. Mit einer sogenannten Vorgriffsregelung können die Bundesländer bereits jetzt ihre Ausländerbehörden anweisen, Menschen, die unter das neue Gesetz fallen, nicht abzuschieben. Jedoch gibt es den politischen Willen dazu nicht in allen Bundesländern.

Die Konsequenz ist, dass Menschen, die perspektivisch Anrecht auf einen „echten" Aufenthaltstitel haben, in Handschellen abgeführt werden und bis zu ihrer Abschiebung europarechtswidrig in reguläre Justizvollzugsanstalten inhaftiert werden. Scheinbar versuchen einige Bundesländer schnell noch vollendete Tatsachen zu schaffen, bevor das neue Gesetz verabschiedet wird. Selbst innerhalb der Bundesländer gibt es von Landkreis zu Landkreis unterschiedliche Dienstanweisungen, was dazu führt, dass Menschen zur falschen Zeit am falschen Ort sind. Somit läuft für viele die Zeit ab. Bisher ist nicht klar, wann das neue Aufenthaltsrecht in Kraft tritt.

EU-Agenda: Deals, Schweigen, Leugnen

Das Hauptziel der EU ist die Ankunft von Geflüchteten zu vermeiden ohne das Ansehen der EU zu beschädigen. Die Abwehr von Menschen soll möglichst schon vor dem EU-Festland geschehen, wie anhand des Türkei-Deals oder der Unterstützung libyscher Milizen ersichtlich ist. Falls es Geflüchtete dennoch auf EU-Gebiet schaffen, werden sie teilweise illegal abgeschoben – immer von nationalen Kräften, die maskiert und ohne Erkennungszeichen als Schattenarmee agieren. Damit sollen zum einen Menschenrechtsverletzungen verschleiert werden und zum anderen die Möglichkeit erhalten bleiben, die Verwicklung der EU in diese Praktiken abzustreiten.

Frontex lügt, ihre Datenbanken sind gefälscht. Leggeri ist lediglich ein Bauernopfer, um das Ansehen der Behörde nicht zu beschmutzen. Tatsächlich werden illegale Pushbacks, Kettenpushbacks quer durch mehrere EU-Staaten sowie Gewalt und Terror an den Grenzen mit EU-Geldern gefördert und durch Frontex unterstützt. Die EU tut nichts gegen Pushbacks in Kroatien, Ungarn, Polen und Griechenland. Sie unterstützt unmenschliche Zustände in den Lagern von Libyen und handelt Menschen mit dem autokratischen System in der Türkei. Nicht aus Nachlässigkeit oder fehlender Kontrolle, sondern weil das so gewollt ist. Abschreckung durch Terror, Zermürbung durch Lagerhaft, so sieht Migrationsmanagement in der Festung Europa aus. •



Demonstration „NSU in Zwickau. Kein Gras drüber wachsen lassen!" am 5. November 2016

DISKUSSION

„Antifa 10 Jahre nach der Selbstenttarnung des NSU" ...noch ein Debattenbeitrag

BÜNDNIS „IRGENDWO IN DEUTSCHLAND"

Dass im AIB 133 eine Debatte zu „Antifa 10 Jahre nach der Selbstenttarnung des NSU" angestoßen wurde, begrüßen wir sehr und haben die bisherigen Beiträge mit großem Interesse gelesen. Als bundesweites Bündnis „Irgendwo in Deutschland", das in den letzen Jahren schwerpunktmäßig zu rechtem Terror gearbeitet hat, möchten wir gerne in die Diskussion einsteigen.

Zum Bündnis

Unser Bündnis hat sich im Jahr 2016 gegründet um antifaschistische Strukturen in Städten, die keine breite linke Politkultur besitzen, mit und bei unversöhnlichen Interventionen gegen den rechten Konsens zu supporten. In den bisher stattgefundenen unversöhnlichen Interventionen in Orten wie Heidenau, Wurzen, Eisenach, aber auch in Zwickau, ging es uns darum an diesen konkreten Orten rassistische Kontinuitäten und die Verbindungen zwischen organisierten Neonazistrukturen und einer rassistischen Dominanzgesellschaft aufzuzeigen und diese Symbiose zu konfrontieren; auch mit dem Ziel eine mediale Öffentlichkeit über lokale Berichterstattung hinaus zu schaffen, vor allem aber um Leute vor Ort, lokale Strukturen und Initiativen zu unterstützen. So haben

wir uns am 6. November 2021 anlässlich des 10. Jahrestages der Selbstenttarnung des NSU bundesweit auf den Weg nach Zwickau zu einer Demonstration gemacht, die von den Verfasser*innen des Debattenanstoßes kritisiert wurde.

Zur Debatte

Der Debattenanstoß spricht einen wichtigen Punkt an, wenn er einen selbstkritischen Umgang mit dem Versagen der radikalen antifaschistischen Linken im Kontext des NSU-Komplexes einfordert. Folgerichtig wird hier einerseits eine Externalisierung von Verantwortung problematisiert, die stattfindet, wenn ein solches Versagen lediglich bei Verfassungsschutz und Ermittlungsbehörden gesucht wird. Zum anderen mahnt der Text die wichtige Auseinandersetzung damit an, dass Rassismus als gesamtgesellschaftliches Machtverhältnis auch in der radikalen Linken wirkt und ganz wesentlich zu diesem Versagen beigetragen hat. Wir bezweifeln aber, dass eine von lokalen Strukturen organisierte Demonstration in Zwickau zum 10. Jahrestag der NSU-Selbstenttarnung in dieser Debatte ein hilfreiches Beispiel zur Illustrierung verfehlter gegenwärtiger Antifapraxis ist. Insbesondere die Verfassungsschutzfokussiertheit, die es in der Linken unbestritten gibt und die kritisiert werden muss, schlug sich etwa im Aufruf zur Demonstration schlicht nicht nieder.

Täter*innenfixierung vs Betroffenenperspektive?

Aber kommen wir zum eigentlichen Punkt der Debatte: Sicherlich besteht die Gefahr der einseitigen Täter*innenfixierung, wenn zu Aktionen am Jahrestag des durch die Täter*innen gesetzten Datums der Selbstenttarnung aufgerufen wird. Auch wir sehen die problematischen Leerstellen, wenn Hinterbliebene und Überlebende rechten Terrors nicht selbst zu Wort kommen, sondern lediglich darauf verwiesen wird, sich mit ihrem Wissen und ihren Forderungen auseinanderzusetzen. Nichtsdestotrotz bleibt die Auseinandersetzung mit Täter*innenschaft und vor allem den Ermöglichungsstrukturen rechten Terrors – ebenfalls eine Forderung von Betroffenen – essenziell. Gerade wenn diese Strukturen wie in Zwickau bis heute fortbestehen, wie Antifaschist*innen vor Ort allen Widrigkeiten zum Trotz nicht müde werden zu betonen.

Betroffene forderten zudem wiederholt ein, die Morde auch in ihrer Dimension als Botschaftstaten ernst zu nehmen. Insbesondere an den Orten, deren soziale Gefüge die Mörder*innen des NSU produziert haben, wo rechte Netzwerke von der Stadtgesellschaft unbehelligt bleiben und somit auch zukünftig Täter*innen hervorbringen können, ist es unsere politische Aufgabe allen Betroffenen jener Taten beizustehen.

Daher müssen wir uns mit allen von rechter, rassistischer, antisemitischer und antifeministischer Gewalt Betroffenen solidarisieren. Dazu zählen für uns auch lokale Strukturen, die die Demo initiiert haben. Diese Tatsache berücksichtigt der Debattenbeitrag nicht.



Fotos: Tim Wagner

Die Kritik des mangelnden Einbezugs von Angehörigen und Überlebenden liegt berechtigterweise auf der Hand. Es bleibt folglich eine wichtige Aufgabe zu überlegen, wie die Unterstützung von Antifastrukturen und die Solidarität mit denjenigen, die in den Habitaten des Rechtsterrorismus täglich mit Gewalt konfrontiert sind, praktiziert werden können; ohne die Überlebenden und Hinterbliebenen außen vor zu lassen und ihnen Anteilnahmslosigkeit oder fehlende Empathie zu signalisieren, aber auch ohne ihnen die Auseinandersetzung damit aufzubürden.

Stetige antifaschistische Selbstreflexion als fester Bestandteil radikaler linker Politik

Keinesfalls sollte sich die Auffassung verfestigen, dass antifaschistische Interventionen und das Gedenken sich in einer Dichotomie gegenüberstünden. Vielmehr sind sie bzw. sollten sie miteinander verwoben sein, auch wenn sie zum Teil arbeitsteilig organisiert sind. Klar ist an dieser Stelle, dass die stetige Selbstbefragung ein unabdingbarer Teil linksradikaler Politik ist. So müssen wir immer wieder kritisch prüfen, ob es dieses Zusammenspiel auch wirklich gibt. Das bedeutet auch die im Debattenanstoß aufgeworfene Frage danach ernst zu nehmen, wo wir sind bzw. waren, wenn Hinterbliebene etwa zu Todestagen Gedenkveranstaltungen organisier(t)en. Und das bedeutet, die Forderung nach der aufrichtigen Reflektion der eigenen Rassismen, nicht einfach unter Verweis auf Migrantifa-Organisierungen und die Feststellung, dass „die Antifa" ohnehin pluraler sei, als viele Leute meinten, vom Tisch zu wischen, während sich dieses Bewusstsein nicht in der Alltagspraxis der gesamten Szene niederschlägt.

Eine Konfrontation der Dominanzgesellschaft an den Orten, die rechten Terror in der Vergangenheit ermöglichten und sich seitdem wenig damit auseinandergesetzt haben, braucht es aber weiterhin – nicht aus reiner Täter*innenfixiertheit, sondern vor allem aus Solidarität mit denen, die ganz alltäglich in dieser Atmosphäre der Gewalt leben. •

www.irgendwoindeutschland.org

GESELLSCHAFT

Lichtenhagen, ein von Plattenbauten geprägter Randbezirk der Hansestadt Rostock kurz vor der Ostsee: In einem als „Sonnenblumenhaus" bekannten Wohnblock wurden im August 1992 über mehrere Tage Geflüchtete und ehemalige Vertragsarbeiter:innen aus Vietnam angegriffen. Die Polizei schritt gegen den rassistischen Mob kaum ein, mehrere tausend Umstehende klatschten Beifall, Imbissstände versorgten die Menge mit Bier. Als sich nach der Evakuierung der Geflüchteten die Polizei ganz zurück zog, setzten die Angreifer:innen das Haus in Brand. Mehr als 120 im brennenden Haus eingeschlossene Vietnames:innen, Rostocker Unterstützer:innen und ein ZDF-Kamerateam entkamen nur, weil sie sich selbst organisierten und sich schließlich über das Dach das Gebäudes retteten.

30 Jahre nach dem Pogrom – Erinnern heißt verändern!

BÜNDNIS „GEDENKEN AN DAS POGROM LICHTENHAGEN 1992"

Während des Pogroms waren viele Kamerateams vor Ort, die teilweise live berichteten. Die Gewalt wurde so zum Medienereignis und das brennende Sonnenblumenhaus zum Symbol für die rechte Gewalt der Nachwendezeit. Mit dieser Symbolkraft des Pogroms in Lichtenhagen ging jedoch keineswegs eine angemessene Aufarbeitung oder Erinnerungskultur einher. In der Stadt selbst sorgte man sich vor allem um mögliche wirtschaftliche Schäden und die Bewerbung als Austragungsort der Segelolympiade. Statt Entschädigungszahlungen oder Unterstützung zu erhalten, mussten die vietnamesischen Betroffenen des Pogroms noch bis 1997 für ihr Bleiberecht kämpfen. Den zur gleichen Zeit in der „Zentralen Aufnahmestelle für Asylbewerber" (ZASt) angegriffenen Geflüchteten war da der Aufenthalt in Deutschland durch Asylrechtsverschärfungen und Abschiebungen schon längst unmöglich gemacht worden.

Nach dem Pogrom entstanden in Rostock jedoch auch migrantische Selbstorganisationen und zivilgesellschaftliche Initiativen, von welchen die Erinnerung in den Jahren nach dem Pogrom maßgeblich gestaltet wurde. Bei den offiziellen Gedenkveranstaltungen zu den Jahrestagen 2002 und 2012, die von Initiativen aus der Rostocker Zivilgesellschaft mitorganisiert wurden, war man jedoch vor allem um die Wiederherstellung eines positiven Bildes der Hansestadt bemüht. Zum 20. Jahrestag wurde unter dem nichtssagenden Titel „Lichtenhagen bewegt sich. Gemeinsam füreinander" ein großes Volksfest vor dem Sonnenblumenhaus organisiert. Der damalige Bundespräsident und Rostocker Joachim Gauck sprach das erste Mal über das Pogrom und bezeichnete das Ereignis gleich im ersten Satz als „Vergangenheit". Danach sang ein Kinderchor. Zu einer Demonstration mit dem Titel „Das Problem heißt Rassismus" gingen gleichzeitig mehr als 6.000 Menschen in Lichtenhagen auf die Straße. Vor dem Sonnenblumenhaus ließ die Stadt als Erinnerungsort eine „Friedenseiche" pflanzen. Diese fiel wenige Tage später der AG „Antifaschistischer Fuchsschwanz" zum Opfer, auf eine Neupflanzung verzichtete man wohlweislich. Auch ausgelöst durch diese medial breit diskutierten Konflikte bewegte sich in den folgenden Jahren tatsächlich etwas. Die Stadt finanzierte dezentrale Mahnmale, welche unter anderem Orte der Täter:innen wie eine Polizeiwache oder das Rathaus markieren, sowie die Einrichtung eines Dokumentationszentrums beim linken Bildungsverein „Soziale Bildung e.V.". Damit sind erste Ansätze für eine nachhaltige Aufarbeitung des Pogroms und die dauerhafte Etablierung von Bildungsarbeit gelegt.

Gerade die bundesweite Aufmerksamkeit folgt jedoch weiterhin dem Rhythmus der „runden" Jahrestage. Um uns auf den diesjährigen 30. Jahrestag vorzubereiten, die zu erwartende Aufmerksamkeit zu nutzen und Erfahrungen aus dem Gedenken der vergangenen Jahrzehnte zu bündeln, gründeten wir im November 2011 das Bündnis „Gedenken an das Pogrom. Lichtenhagen 1992". Teil des Bündnisses sind migrantische Selbstorganisationen, antifaschistische und antirassistische Gruppen sowie Kulturinitiativen. In einer bundesweiten Vernetzung versuchen wir außerdem, unsere Arbeit für interessierte Gruppen außerhalb von Rostock zu öffnen. Von der Stadt Rostock haben wir frühzeitig die gleichberechtigte Mitgestaltung des städtischen Gedenkens eingefordert. Bis-

Foto: Christian Ditsch



her (Stand: Mai 2022) scheint sie bemüht, interessierte Gruppen einzubeziehen, ohne dabei jedoch eigene inhaltliche Auseinandersetzung zu leisten. Auch viele Entscheidungsprozesse blieben bisher eher intransparent. Wie weit die inhaltliche Mitbestimmung tatsächlich geht und wie das diesjährige offizielle Gedenken aussieht, bleibt abzuwarten. In einem Anfang 2022 veröffentlichten Positionspapier haben wir die inhaltlichen Grundsätze unserer Arbeit festgelegt. In diesem fordern wir die klare Benennung der rassistischen Anschläge als „Pogrom" und die Fokussierung auf die Perspektiven und Forderungen der Betroffenen. Ein weiterer Fokus liegt auf der Einordnung des Pogroms in die Kontinuitäten von rechter Gewalt und staatlichem Rassismus. Dem Pogrom voraus ging die jahrelange konservative Kampagne für die Abschaffung des Grundrechts auf Asyl, die rechtsterroristischen Anschläge der 1980er Jahre in Westdeutschland sowie die Gewalt gegen Vertragsarbeiter:innen, aber auch die Etablierung einer rechter Subkulturen in der DDR. Für die Neonazis des NSU-Komplex wirkte die Erfahrung von gesellschaftlicher Unterstützung und ausbleibender Strafverfolgung nach Gewalttaten Anfang der 1990er ermächtigend. Im Februar 2004 ermordeten sie Mehmet Turgut im Rostocker Bezirk Toitenwinkel.

1992 gab es allein in Mecklenburg-Vorpommern über fünfzig dokumentierte Angriffe auf Geflüchtetenunterkünfte. Im März 1992 wurde der rumänische Geflüchtete Dragomir Christinel in Saal von rechten Jugendlichen erschlagen, im Juni 1992 wurden die beiden Rumänen Eudache Calderar und Grigore Velcu während des Grenzübertritts beim vorpommerschen Nadrensee von Jägern erschossen. Die alltägliche Dimension der Gewalt gegen Geflüchtete, Migrant:innen und Linke in dieser Zeit lässt sich nur erahnen. Bekannte Ereignisse wie das Pogrom sollten aber Anlasspunkt der Auseinandersetzung mit dieser alltäglichen Gewalt seien, statt sie zu verdecken. Auch in den Debatten um „Baseballschlägerjahre" und „Nullerjahre" wird die Transformationszeit trotz der Thematisierung von rechter Gewalt häufig aus einer weißen Perspektive erzählt. Über die Erfahrungen beispielsweise von Geflüchteten in dieser Zeit wissen wir noch immer sehr wenig. Dies spiegelt sich auch in den Erzählungen des Pogroms wider. Während die Perspektiven der vietnamesischen Betroffenen durch die Arbeit von Aktivist:innen und Forscher:innen wie Mai-Phuong Kollath, Kien Hghi Ha und Dan Thy Nguyen mittlerweile stärker sichtbar sind, ist über die in der ZASt angegriffenen Geflüchteten weiterhin kaum etwas bekannt. Auch um solche Lücken zu schließen, ist eine kontinuierliche Beschäftigung mit dem Pogrom abseits der Jahrestage notwendig.

Um die Grundlage für diese notwendige Auseinandersetzung zu legen, organisieren wir in dem aktuellen Gedenkjahr viele Veranstaltungen und Aktionen. Wir erinnern an Todesopfer rechter Gewalt, beschäftigen uns mit den Kontinuitäten des Rassismus gegen Rom*nja, aber auch mit dem antifaschistischem Widerstand während des Pogroms. Am 21. August 2022 werden wir gemeinsam zu einer Mahnwache vor dem Erstaufnahmelager in Nostorf-Horst fahren. Das Lager wurde unmittelbar nach dem Pogrom eingerichtet und seit Jahrzehnten müssen Geflüchtete dort unter unmenschlichen Bedingungen fernab jeglicher Infrastruktur im Wald leben. Horst steht symbolisch für die staatliche Reaktion auf die massive rechte Gewalt Anfang der 1990er Jahre. Statt Geflüchtete zu schützen und ihnen ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen, wurden sie in Sammellagern isoliert und anschließend möglichst schnell wieder abgeschoben.

Zum Jahrestag des Pogroms genau eine Woche später am 27. August 2022, rufen wir zu einer bundesweiten Demonstration in Rostock-Lichtenhagen auf. Unter dem Motto „Damals wie heute – erinnern heißt verändern" werden wir gemeinsam auf die Straße gehen. Wir beziehen uns mit diesem Motto auf die Arbeit der „Initiative 19. Februar Hanau" und die rechten Gewalttaten der Gegenwart, aber auch auf die gegenwärtigen Widerstände, Organisationen und Initiativen. Denn rassistische Gewalt und institutioneller Rassismus sind kein Problem der Vergangenheit, sie gehen bis heute Hand in Hand. Die Erinnerung an die Gewalt der Vergangenheit muss mit einem Handeln in der Gegenwart verknüpft sein. •

gedenken-lichtenhagen.de
instagram.com/buendnislh92
twitter.com/buendnislh92
facebook.com/buendnislh92

REPRESSION

Ein dreiviertel Jahr Staatsschutz

GASTBEITRAG VOM „SOLIDARITÄTSBÜNDNIS ANTIFA OST“

Seit September 2021 läuft der Prozess gegen vier von derzeit mindestens zwölf Beschuldigten im Antifa Ost-Verfahren am Oberlandesgericht Dresden. Den vier Angeklagten werden die Bildung oder Mitgliedschaft einer kriminellen Vereinigung nach Paragraf 129 StGB sowie diverse Angriffe auf Neonazis vorgeworfen, an denen sie in unterschiedlicher Konstellation beteiligt gewesen sein sollen. (vgl. AIB 132)

Indizienprozess mit Folgen

Das Verfahren nahm seinen Ursprung mit einigen Festnahmen in Eisenach im Dezember 2019. Im Sommer 2020 zog der Generalbundesanwalt (GBA) das Verfahren wegen einer unterstellten Nähe zum Terrorismus an sich. Dadurch ist unvermeidbar der Staatsschutzsenat vom Oberlandesgericht (OLG) zuständig: Fünf Berufsrichter:innen an der Spitze ihrer Karriere im Kampf für das Gewaltmonopol des Staates. Was überspitzt klingen mag, ist im Dresdner Hochsicherheitssaal ganz real spürbar.

Zunächst ist es bereits ein Statement, dass die Anklage vom OLG angenommen wurde. Dieser liegt die Argumentation zugrunde, dass die Vereinigung „an der Schwelle zum Terrorismus“ gestanden habe. Die freie Meinungsäußerung sei in Gefahr gewesen, ganze Bevölkerungsgruppen hätten sich bedroht fühlen können. Erst dieser Kniff rechtfertigte eine Evokation (Übernahme) durch den GBA. Dass es sich bei den vermeintlich Geschädigten hauptsächlich um jahrelang aktive Neonazikader handelt, ist deshalb intendiert nebensächlich. Die Evokation hatte entsprechend zur Folge, dass das Verfahren vor einem OLG verhandelt wird und somit ein Präzedenzfall für den mittlerweile verschärften Paragrafen 129 StGB geschaffen werden kann. Diese Verschärfung bedeutet im Detail, dass es keine harten Kriterien – wie Mitgliederlisten, Gruppenkassen oder ein Gründungsdatum – braucht, um eine Verurteilung zu erwirken. Stattdessen sollen einzelne persönliche Kontakte, eine sich vermeintlich wiederholende Vorgehensweise (Modus Operandi) und lose Indizien für den Beweis der Existenz einer Gruppe ausreichend sein. Das Besondere ist in diesem Fall nicht die schwache Indizienkette oder dass der Unschuldsvermutung ein paar Sprossen weiter unten auf der Karriereleiter die Puste ausging. Das Besondere ist die Umsetzung einer europaweiten Gesetzesverschärfung, die zur Bekämpfung der sogenannten „Organisierten Kriminalität“ eingeführt wurde, die bislang allerdings fast ausschließlich zur politischen Strafverfolgung genutzt wird. Sollte in diesem Verfahren nach Paragraf 129 StGB verurteilt werden, würde das fatale Folgen für die antifaschistische Bewegung haben. Damit wäre der Grundstein gelegt, praktisch jede Aktion, Gruppe und Idee zu einer kriminellen Vereinigung zu konstruieren und so Ermittlungsmethoden und Verurteilungen stark zu vereinfachen.

In diesem Sinne sieht sich der vorsitzende Richter in Dresden, Hans Schlüter-Staats, als Verteidiger des staatlichen Gewaltmonopols. Das macht er durch flapsige Kommentare sowie durch sein Desinteresse für entlastende Momente oder Widersprüche im Konstrukt der Bundesanwaltschaft deutlich. Für einen der Angeklagten wurde im Frühjahr 2022 ein Alibi in den Prozess eingeführt. Ausgerechnet mit Hilfe polizeilicher Überwachungsprotokolle, konkret Videoaufnahmen und Telefonüberwachung (TKÜ), konnte die einzige Tatbeteiligung widerlegt werden, die ihm in diesem Prozess vorgeworfen wird. Dennoch hält der Vorsitzende an seinem Glauben fest, dem Angeklagten könne eine Unterstützung nachgewiesen werden, weshalb er weiterhin wöchentlich vor Gericht sitzen muss. Aufgrund des zu beobachtenden Prozessverlaufes ist anzunehmen, dass es zu einer Verurteilung kommen wird. Die Beweislage im hiesigen Verfahren ist dennoch denkbar dünn und auch der Senat spricht von einem Indizienprozess, in dem Bekannt- und Freund:innenschaften, wie in Strukturermittlungsverfahren üblich, zu einer Verdachtslage führen. Im Fokus der Ermittlungen, die von der sächsischen Sonderkommission gegen Linksextremismus „Soko LinX“ geführt wurden, stand die Teilnahme einer Frau an Angriffen und ein „Modus Operandi“, eine bestimmte Vorgehensweise der angeblichen Vereinigung. Dieser ist sehr ungenau definiert, hervorgehoben wird lediglich, dass die Angreifenden koordiniert vorgegangen seien, zudem vermummt und in Überzahl gewesen wären und ihre Opfer zuvor ausgespäht hätten. Mit dieser weit gefassten Schablone wurden von der Ermittlungsgruppe „Peluca“ – übersetzt: Perücke – der Soko LinX über eine Vielzahl unterschiedlicher Indizien eine Vereinigung konstruiert. Zu den Indizien gehören diverse Aus-

sagen von Neonazis und Zeug:innen, die eine Frau gesehen haben wollen, sowie Aufnahmen der Innenraumüberwachung zweier Fahrzeuge aus einem anderen Verfahren, das ebenfalls von Bundesanwältin Geilhorn geführt wird.

Die Polizei und die Neonazis

Der Verurteilungswillen des Senats zeigt sich bereits in dem Gerichtsbeschluss, nach welchem der Verteidigung Fragen an die Soko LinX zu ihrem Ermittlungsvorgehen untersagt wurden, obwohl die Verteidiger:innen wiederholt auf die undurchsichtige Motivation der Ermittler:innen hinwiesen. Die Abkehr von einer tatorientierten Aufklärung hin zu einem stark täterorientierten Vorgehen führte in den letzten zehn Jahren zu drei ergebnislos eingestellten Verfahren nach Paragraf 129 StGB in Sachsen, die offensichtlich geführt wurden, um politisch auffällig gewordenen Personen Straftaten zurechnen zu können. Die Ermittler:innen nutzten ihre beschränkten Aussagegenehmigungen, um nicht zu viel über ihre Methoden verraten zu müssen und sich selbst zu schützen. Jeder Versuch der Verteidigung, Nachfragen zu, teils privaten, Beziehungen zu Neonazis und zum Durchstechen von Informationen an rechte Medien zu stellen, wird direkt unterbunden. Ein Großteil der Polizeizeugen erscheint nur mit Rechtsbeistand und bei mindestens dreien von ihnen stellte sich heraus, dass gegen sie Verfahren laufen. Einer von ihnen, Patrick H. (LKA Sachsen), steht im Verdacht, Informationen an das rechte Compact-Magazin weitergegeben zu haben. Zwei Beamte (MEK Dresden) sind derzeit vom Dienst suspendiert, weil sie Dienstmunition entwendet und an mindestens einem nicht registrierten Schießtraining (Baltic Shooters) teilgenommen haben sollen, welches auch im rechten Nordkreuz-Netzwerk relevant ist.[1] Noch nicht einmal, dass Ex-NPD-Stadtrat Enrico Böhm[2] ein von seiner damaligen Partnerin recherchiertes Dossier zu vermeintlichen ‚Linken' beim LKA abgegeben hatte – mit welchem nachweislich gearbeitet wurde – oder freundschaftliche Verbindungen zwischen einem LKA-Beamten und dem in die rechte Kampfsportszene gut vernetzten Anwalt



Foto: Tobias Moritz

Denis van Ngoc[3] vermögen es, beim Vorsitzenden die Glaubwürdigkeit der Polizeizeugen auch nur ansatzweise in Frage zu stellen. Hinzu kommen Unklarheiten über Kontakte, die Beamte zu den angegriffenen Neonazis in persona heg(t)en, was durch einige Widersprüche zwischen den Aussagen der Beamten und denen der Neonazis deutlich wurde.

Die vermeintlichen Opfer und die BA

Zu den Angegriffenen gehören bekannte Neonazis aus Sachsen (Enrico Böhm) und Eisenach. Unter ihnen auch Leon Ringl und Maximilian Andreas[4]. Im Oktober 2019 wurde die Neonazikneipe des Betreibers Ringl angegriffen und er und seine Besucher verletzt, sowie Teile des Inventars zerstört. Zwei Monate später wurden nach einem weiteren Angriff auf die Neonazi-Clique zwei Autos in der Nähe von Eisenach gestoppt, womit das Antifa Ost-Verfahren seinen Anfang nahm. Drei Jahre später wurden Ringl und Andreas unter Federführung der Bundesanwaltschaft selbst als Mitglieder einer kriminellen Vereinigung (Knockout 51) und im Fall Ringls einer terroristischen Vereinigung (Atomwaffendivision Deutschland) inhaftiert. Teile der Vorwürfe wurden durch Aussagen ergänzt, die die Neonazis als Zeugen in Dresden getätigt haben, während eben jene Bundesanwaltschaft der unfreiwilligen Selbstbelastung lauschte. Vom Senat in Dresden wird dieser Umstand als Beleg dafür genutzt, dass der Staat eben auch gegen Neonazis vorgehen würde, was auch ein ebenfalls scharfes Urteil gegen die Angeklagten legitimiere. Ein offensichtlich notwendiger offensiver Antifaschismus soll durch diesen Prozess delegitimiert, die antifaschistische Bewegung geschwächt und durch die demonstrierte Macht des Staates emanzipatorische Ideen bekämpft werden. •

1 antifainfoblatt.de/tags/baltic-shooters **2** Ein Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofs hat am 3. Juni 2022 ein Haftbefehl gegen Enrico Böhm in Vollzug gesetzt. Ihm wird der Gründung und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung (§ 129 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 StGB) zur Last gelegt. Für diese mietete er, laut Staatsanwältin Ines Peterson, Lagerräume an. **3** taz.de/Oberbuergermeisterwahl-in-Leipzig/!5657011 **4** Ein Ermittlungsrichter beim Bundesgerichtshof hat am 6. April 2022 Haftbefehle gegen Leon Ringel, Maximilian Andreas, Eric K. und Bastian A. in Vollzug gesetzt. Den Neonazis wird die Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung (§ 129 Abs. 1 Satz 2, Abs. 2 StGB) – u.a. Knockout 51 – vorgeworfen, wobei Leon Ringel zur Last gelegt wird, sich als Rädelsführer beteiligt zu haben.

SCHWEDEN

Die „Nordische Widerstandsbewegung" vor den Wahlen

2022 ist ein Wahljahr in Schweden, was normalerweise bedeutet, dass die extreme Rechte ihre Propaganda im Land verstärkt. Aber der radikalste Teil der schwedischen Rechten ist so schwach wie seit vielen Jahren nicht mehr. Die Gründe hierfür liegen unter anderem in der Spaltung, welche die schwedische Neonazi-Organisation „Nordisk Motståndsrørelsen" (NMR, Nordische Widerstandsbewegung) im Sommer 2019 erlebte. Einige der radikaleren Mitglieder versuchten, den Vorsitzenden Simon Lindberg nach den desastösen Wahlen im Jahr 2018 abzusetzen. Die NMR war damals bei vier Kommunalwahlen sowie der nationalen Wahl angetreten, bei den nationalen Wahlen hatt sie jedoch lediglich 2.106 Stimmen erhalten.

Intern hatten die Führer der NMR versprochen, dass sie zumindest einen Sitz in der Gemeinde Ludvika einnehmen würden. Das Vorhaben scheiterte jedoch. Auf der Suche nach Entschuldigungen wurde behauptet, sie seien Opfer eines Wahlbetrugs geworden. Viele ihrer Mitglieder waren nach dem langen Wahlkampf enttäuscht und ausgebrannt.

Als der interne NMR-Coup nicht gelang, gründeten sich Ende des Sommers 2019 die Organisation „Nordisk Styrka" (NS, Nordische Stärke). Rund 60 Mitglieder der NMR, unter ihnen mehrere Funktionäre und die aktivsten Militanten auf der Straße, wechselten in die neue Gruppe. Die NS veröffentlichte mehrere Podcasts in denen sie ihre Ziele erläuterten und beschrieben, welche Dinge sie vermeiden wollen. Daneben formlierten sie eine deutliche Kritik an den ehemaligen Kameraden vom NMR. Sie kündigten an, dass Flugblätter verteilen und Demonstrationen organisieren fortan nicht mehr ihre Aufgabe sei. Stattdessen kaufte die NS ein Haus. Hier sollten unter anderm Kampfsporttrainings veranstaltet werden. Hohe Erwartungen wurden an die Mitglieder formuliert.

Die NMR tat sich schwer damit, eine Position zur Corona Pandemie zu entwickeln, musste ihre jährliche 1. Mai-Demonstration absagen, im Jahr 2021 kamen ihre Aktivitäten vollständig zum Stillstand. Für die NMR begann mit der Spaltung ein Mitgliederschwund. Besonders in den Jahren 2020 und 2021 verloren sie viele Mitglieder. Abgeordnete der NMR beklagten die Veränderung der Organisation nach der Spaltung, die Führung erteile nur noch Befehle und es herrsche kein kameadschaftliches Klima mehr. Besonders die Order, nicht militant gegen Antifaschist*innen vorgehen zu dürfen, sorgte intern für Ärger.

Viele jüngere Mitglieder verließen die Gruppe in den Jahren 2020 und 2021 und beschwerten sich über ältere Mitglieder, die nur „fett sind, Alkohol trinken und Drogen nehmen". Im April 2021 verließ ein regionaler Führer die NMR und nahm mehrere Mitglieder mit sich. Im Herbst 2021 trat er in einer TV-Dokumentation auf. Dort berichtete er, dass im Frühjahr 2020 alle NMR-Führer vom nationalen Vorstand aufgefordert worden seien, sich mit Waffen und Sprengstoff auszustatten. Er zeigte den Journalist_innen internes Filmmaterial, auf dem NMR-Aktivisten Schrotflinten trugen und eine Synagoge verwüsteten. Mehrere noch aktive Mitglieder, darunter der Funktionär Simon Lindberg, wurden in dem Dokumentarfilm interviewt und mit den Behauptungen des ehemaligen Regionalleiters über Schusswaffen konfrontiert. Sie leugneten dies jedoch und stürmten aus dem Interview. In der Folge veröffentlichte NMR mehrere Artikel auf ihren Webseiten. Dort behaupteten sie, dem Abtrünningen nie vertraut zu haben und dass er gegangen sei, weil er keine Befehle befolgen wollte.

In Schweden wird derzeit die Verabschiedung neuer Gesetze diskutiert, die es möglich machen, als rassistische eingestufte Organisationen und Parteien zu verbieten. Finnland ist diesen Schritt schon gegangen und hat die NMR im Jahr 2020 als illegal eingestuft. Es gibt den Vorschlag, die Mitgliedschaft in einer rassistischen Organisation zu verbieten, aber nicht die eigentliche Organisation. Es gibt keine Informationen darüber, wann das Parlament über diesen Vorschlag abstimmen wird.

Da ehemalige Mitglieder berichtet hatten, dass die Organisation sich bewaffnet habe, befürchtet die NMR, dass sie in naher Zukunft verboten wird. Das ist wahrscheinlich auch der Grund für das mutmaßliche interne Verbot von Angriffen auf Antifaschist*innen.

Bei den Wahlen 2022 tritt die NMR bei fünf Kommunalwahlen, drei Regionalwahlen und den nationalen Wahlen für das Parlament an. Bereits vor den Wahlen haben sie ihren AktivistInnen mitgeteilt, dass sie im Vergleich zu 2018 nicht mit Wahlerfolgen rechnen und den Wahlkampf vielmehr dazu nutzen werden, ihre Agenda durchzusetzen und nicht um Sitze zu gewinnen. So soll eine Krise wie im Jahr 2018 vermieden werden.

Vor der Corona-Pandemie veranstaltete die NMR jedes Jahr am 1. Mai eine Demonstration. Aufgrund von Beschränkungen war sie jedoch dazu gezwungen, diese 2020 und 2021 abzusagen. Im Jahr 2022 waren alle Einschränkungen für Demonstrationen aufgehoben. Dennoch ent-





Oben: Philip Olsson, früher NMR jetzt NS, bei der NMR Demonstration am 1. Mai 2018 in Ludvika.

Unten: Der NMR-Chef Simon Lindberg (Bildmitte mit Glatze) bei der NMR Demonstration am 1. Mai 2019 in Kungälv.

schied sich die NMR dafür, nur kleine Versammlungen in jenen Städten abzuhalten, in denen sie vertreten ist. 2016 nahmen an ihrer 1. Mai-Demonstration noch rund 600 Personen teil, im Jahr 2022 waren es insgesamt nur noch etwa 50 Personen, die kleinere Aktionen und Versammlungen durchführten. Am Tag zuvor hielten sie in der kleinen Stadt Lysekil an der Westküste Schwedens eine kleine Demonstration mit etwa 30 Teilnehmenden ab. Nach weniger als 45 Minuten hatten sie die Stadt jedoch wieder verlassen. Neu an dieser Demonstration war, dass der größte Teil der Aktivisten maskiert auftrat. Dies ist eine risikofreie Art und Weise, Demonstrationen durchzuführen und Aufmerksamkeit zu bekommen. Mit der sinkenden Anzahl aktiver Mitglieder in der NMR wird es zukünftig öfter zu solchen Aktionen kommen.

Seit dem Jahr 2020 steht die NMR also aus mehreren Gründen unter Druck. Sie hat einen großen Teil ihrer gewaltbereiten Aktivisten auf der Straße verloren. Übrig blieben die älteren Aktivisten und diejenigen, die Podcasts und andere Medieninhalte produzierten. Sie bekamen die Auswirkungen des Wahlkampfs im Jahr 2018 zu spüren, gleichzeitig wurden mehrere wichtige Kader angeklagt und zu Haftstrafen verurteilt. Auch wurden sie von Antifaschist*innen verstärkt unter Druck gesetzt, die Informationen über ihre Aktivisten veröffentlichten. Zum Teil wurden sie auch direkt angriffen.

Die NMR selbst hatte schon früher Informationen über Antifaschist*innen auf ihrer Homepage veröffentlicht, startete nun aber eine neue Homepage namens Avmaskerat (demaskiert). Die Idee dahinter war eine Seite zu schaffen, die offiziell nicht mit der NMR in Verbindung steht, um dort Informationen über linke Aktivist_innen zu veröffentlichen und den Rest der extrem rechten Medienlandschaft dazu zu bringen, diese Inhalte zu teilen und so eine größere Verbreitung zu erreichen. Nach ein paar Monaten konnten Antifaschist*innen jedoch Informationen über die Personen hinter der Seite veröffentlichen. Es handelte sich hauptsächlich um ein NMR-Mitglied und Personen aus dem Umfeld der extrem rechten Zeitung Exakt24.

Für die Zeit nach dem 1. Mai hatte die NMR angekündigt, den Wahlkampf für das Jahr 2022 zu beginnen. Hauptkonkurrent der NMR ist die „Alternative für Schweden" (AfS). Sowohl NMR als auch AfS sind durch den Krieg in der Ukraine unter Druck geraten und haben versucht, ihre Sympathien für Russland zu zügeln, was sie im Wahlkampf wohl beibehalten werden. Sowohl NMR als auch AfS haben ihre Erwartungen seit der letzten Wahl gesenkt. Die NMR hat bereits erklärt, dass sie keine Sitze erringen wird und das Hauptziel der AfS ist es, 1 Prozent zu erreichen (die Hürde für den Einzug ins Parlament liegt bei 4 Prozent).

Mit weniger Mitgliedern müssen sie sich auf kleine politische Aktionen konzentrieren, die ein Maximum an Aufmerksamkeit und Platz in den Zeitungen bringen, anstatt so viele Flugblätter wie möglich zu verteilen (was bei der letzten Wahl das Ziel war).

Das Risiko der Gewalt geht aber eher nicht von den aktiven Mitgliedern der NMR aus, sondern von den verärgerten ehemaligen Mitgliedern, die den Weg der Organisation als gescheitert ansehen und von den schlechten Wahlergebnissen 2018 enttäuscht sind. •

FRANKREICH

Rassistischer Mord in Paris

Loïk Le Priol, ein 27-jähriger gut vernetzter Ex-Militär, Neonazi und Geschäftsmann, wird des rassistischen Mordes an dem ehemaligen argentinischen Rugby-Nationalspieler Federico Martín Aramburú in Frankreich verdächtigt. Aramburu hat 22 Länderspiele für Argentinien bestritten, 2007 die Weltmeisterschaft in Frankreich gespielt und von 2004 bis 2010 in Frankreich für die Rugby-Vereine Biarritz, Perpignan und Dax, sowie für die schottischen Glasgow Warriors gespielt. Mit Biarritz Olympique wurde er zweifacher französischer Meister. Der hauptverdächtige Neonazi wurde kurze Zeit später in Ungarn festgenommen, als er versuchte, in die Ukraine zu gelangen. In Zahony (Ostungarn) wollte er offenbar die Grenze überqueren, um sich wie andere rechte Akteure am Kriegsgeschehen zu beteiligen. Er sei auf dem Weg in die Ukraine gewesen, „um gegen die Russen zu kämpfen", erklärten die Ermittlungsbehörden[1].

Am 19. März 2022 kommt ein Obdachloser in die Bar „Le Mabillon" (Paris) und bittet die Gäste um eine Zigarette. Seine Bitte wird von rechten Bargästen abgelehnt, die ihn als „Untermenschen" bezeichnen. Diese Äußerungen schockieren Aramburú und seinen ehemaligen neuseeländischen Mannschaftskameraden Shaun Hegarty. Sie fordern Loïk Le Priol und Romain Bouvier auf, sich respektvoller zu verhalten, woraufhin diese mit rassistischen Äußerungen antworten und die beiden schlagen.[2] Nachdem der Streit in der Bar vom Personal beendet wurde, ging Aramburú mit seinem Begleiter zunächst den Boulevard Saint-Germain hinauf. Auf Höhe der Hausnummer 146 kam ihnen ein Jeep entgegen. An Bord waren drei Personen, mit denen sie zuvor den Streit in der Bar hatten. Einer der Insassen eröffnete das Feuer in ihre Richtung, ein zweiter kam hinzu und schoss Aramburú sechs Mal in den Rücken. Aramburu wurde mindestens dreimal getroffen und starb noch am Tatort. Weder sein Begleiter noch der eintreffende Rettungsdienst konnten ihn wiederbeleben. Die Täter flohen in einem von der 24-jährigen Lyson Rochemir gefahrenen Auto[3]. Priols Verhaftung erfolgte zwei Tage nachdem die Polizei seine Lebensgefährtin und Tatwagenfahrerin verhaftet hatte. Er war von mehreren Zeug_innen identifiziert worden. Die Polizei suchte als zweiten Täter den 31-jährigen Bouvier, welcher ebenfalls der extrem rechten „Groupe Union Défense" (GUD) zugerechnet wird. Ende März 2022 wurde Bouvier – nach der Verwendung seiner Kreditkarte – verhaftet.

Bekannte aus der Neonazi-Szene

Der in Ungarn festgenommene Hauptverdächtige hatte Anfang 2016 die Sportmarke „Babtou solide" etabliert. Priol setzte dafür auf „Identitäre" Konzepte und Männlichkeit. Laut der antifaschistischen Webseite „Reflexes" war er bereits zuvor als einer der Anführer der GUD bekannt geworden[4]. Der Neonazi verbrachte einige Jahre in der Marineschule „École des Mousses", bevor er sich mit 17 Jahren für fünf Jahre bei den Marinekommandos verpflichtete. Im Montfort-Kommando nahm er zwischen 2013 und 2015 an Auslandseinsätzen in Mali und Dschibuti teil. In einem Video, das im März 2016 von „Mediapart" veröffentlicht wurde, prahlte Priol damit, dass er „mehr als einen Kerl erledigt" habe[5]. Das Medienportal „StreetPress.com" berichtet in einem ausführlichen Beitrag, dass Priol zu einem „Hit-Team" gehörte, das im Oktober 2015 den ehemaligen GUD-Führer – der er selbst angehörte – Edouard Klein verprügelte.[6] Laut Informationen von „Mediapart" und „Marianne" stürmte er mit vier weiteren extrem rechten Aktivisten, darunter Romain Bouvier, der ebenfalls im Mordfall Aramburú angeklagt ist, in Kleins Wohnzimmer. Dutzende Minuten lang folterten Priol und seine Kumpane ihn und filmten ihre Taten.[7] Mittäter war Logan Djian, der Edouard Klein als GUD-Chef nachfolgte und wegen mehrerer Angriffe bereits im Gefängnis saß. Inzwischen hat er in Lyon ein Tattoostudio eröffnet. Ebenfalls dabei Kleber Vidal, ein bärtiger Bodybuilder und Ex-Mitarbeiter von „Babtou solide" der auch in der extrem rechten „Action française" aktiv gewesen sein soll. Priol und Djian wurden in Untersuchungshaft genommen und nach zehn Tagen auf Kaution (jeweils 25.000 Euro) wieder auf freien Fuß ge-


Loïk Le Priol (links) und Roman Bouvier (rechts)



Der Angeklagte Loïk Le Priol (Mitte) von der „Groupe Union Défense" (GUD) mit dem Maskulinisten Julien Rochedy (links) von der ehem. „Front National de la Jeunesse" (FNJ) und Jean-Romée Charbonneau (rechts) ein Politiker der „Rassemblement National" (RN).

setzt. Die Kaution von Djian sei damals von Axel Loustau, einem engen Vertrauten von Marine Le Pen, bezahlt worden, enthüllte „Mediapart". Priol und vier Mitangeklagte mussten zwar im Oktober 2021 vor Gericht, doch die Anhörung wurde coronabedingt verschoben. Priol nutzte die Gelegenheit, um die Aufhebung der richterlichen Kontrolle zu beantragen, die ihm verbot, nach Paris zu kommen und ihn zwang, sich regelmäßig bei einer Polizeistation im Departement Var zu melden. Dem Antrag wurde stattgegeben. Nur so wurde es ihm ermöglicht, am Abend des Mordes an Federico Martín Aramburú in Paris zu sein.

Modemarke für die extreme Rechte

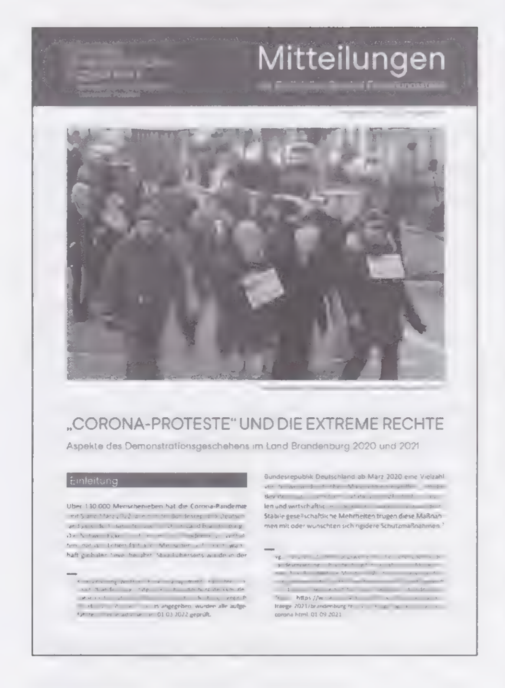
Mit „Babtou solide" wurde in den Social-Media-Kanälen Teile der Netzwerke der Tatverdächtigen deutlich[8]. Eine der Töchter von Frédéric Chatillon – einem engen Freund von Marine Le Pen, der in die Affären um die illegale Finanzierung des „Rassemblement National" (RN) verwickelt war und früher Chef der GUD war, ist hier eine Werbeträgerin. Auch ihre Mutter Marie d'Herbais posierte an der Seite von Ex-Front-National-Parteichef Jean-Marie Le Pen in einem „Babtou Solide"-Shirt. Der YouTuber Baptiste Marchais posierte als Model an der Seite von dem bereits erwähnten Kleber Vidal. Marchais war bei der extrem rechten „Jeunesses Nationalistes Révolutionnaires" (JNR) und wurde 2016 als der erste von der Marke gesponserte Athlet vorgestellt. Ein weiteres Gesicht der Marke war Antoine Oziol de P., ein extrem rechter Aktivist, der an zahlreichen Aktionen der „Génération Identitaire" oder der „Zouaves Paris" teilgenommen hatte. Als der Neonazi im April 2019 bei einer Auseinandersetzung verletzt wurde, kam es anschließend zur Inhaftierung des Antifa-Aktivisten Antonin Bernanos[9].

Politiker & Killer im Freundeskreis

Priol konnte sich auf seine guten Verbindungen verlassen, die ihn stets schützten, wie etwa zu Jean-Eudes Gannat oder Julien Rochedy. Ersterer war Chef der Identitären Organisation „Alvarium" aus Anjou, die im November 2021 aufgelöst wurde. Der zweite ist ehemaliger Sprecher des „Front National de la Jeunesse" (FNJ) und Boss einer „école masculiniste" (Online-Kurse in denen Männer lernen „männlicher" zu werden). Auf einem Foto ist Priol mit Julien Rochedy zu sehen. Begleitet werden die beiden von Jean-Romée Charbonneau, dem Kandidaten des RN in Niort für die Kommunalwahlen 2020. Priol hatte offenbar auch mit dem rechten „Rapper" Yves Alphé aka „Goldofaf" seine Verbindungen. 2016 soll er in einem Musikvideo – das im Lokal des bekannten Neonazi-Anführers Serge Élie Ayoub gedreht wurde – zu sehen sein. An seiner Seite Esteban Morillo, der Neonazi, der für den Tod des Antifaschisten Clément Méric im Jahre 2013 verantwortlich ist, und sein Freund Alexandre Eyraud, der ebenfalls in diesem Mordfall angeklagt wurde[10].

Unabhängig von der Wahlniederlage Marine Le Pen`s bei der jüngsten Präsidentschaftwahl oder dem Ergebnis des Front National bei der kommenden Parlamentswahl, lässt sich eine schärfere Gangart in der extremen Rechten Frankreichs feststellen. Die französische Regierung warnte jüngst laut Spiegel[11] vor der zunehmenden Bewaffnung und sprach von einem „bedeutenden Sicherheitsproblem auf EU-Ebene". Waffenschmuggel – zukünftig vermehrt auch aus den Kriegsgebieten in der Ukraine – aber besonders auch europäische Schützenvereine seien ein zunehmendes Problem. Von den Behörden jedoch ist nichts Großes zu erwarten. Die Festnahmen im Fall Aramburú waren vorallem der Popularität des Opfers in der argentinischen und baskischen Community und in der Sportwelt geschuldet – wäre das Opfer ein unbekanntes gewesen, die Täter mit ihren Polizei- und Militärkontakten hätten sich wohl locker rausgewunden. •

1 mirror.co.uk: ‚Neo-Nazi linked' wannabe lawyer charged with murder of Argentina rugby star. Peter Allen. 25. März 2022 **2** lepoint.fr: Meurtre d'Aramburu : la police recherche trois individus d'extrême droite. L'ex-rugbyman a été tué par balle samedi matin en sortant d'un établissement de nuit de Saint-Germain-des-Prés. Une altercation avait précédé le meurtre. Aziz Zemouri 20. März 2022 und fr.wikipedia.org/wiki/Loïk_Le_Priol **3** wsws.org: French police linked to far-right murder of rugby player Federico Aramburu. Samuel Tissot. 6. Mai 2022 **4** reflexes.samizdat.net/manifestation-nationaliste-du-9-juin-facho-incognito **5** Wegen Gewalttaten kam es zu seinen Ausschluss aus der Armee, sein Strafregister enthält auch eine Gewalttat gegen eine Sexarbeiterin in Dschibuti. **6** streetpress.com: Un ex-militaire au passé violent: Loïk Le Priol, le néofasciste soupçonné du meurtre du rugbyman Federico Martín Aramburú. Par Christophe-Cécil Garnier & Tomas Statius. 23. März 2022 **7** marianne.net: Rétour sur une violente agression entre „gudards", dans la sphère du Front national. Mathias Destal. 21. März 2016 und mediapart.fr: Les preuves de la sauvagerie de proches du Front national. Marine Turchi & Thierry Vincent. 21. März 2016 **8** Babtou solide ist seit Juni 2017 aus dem nationalen Handels- und Gesellschaftsregister gelöscht. **9** Vgl. acta.zone/qui-est-antoine-oziol-de-pignol, streetpress.com/sujet/1563377190-antonin-bernanos-prisonnier-politique, de.indymedia.org/node/41281 **10** twitter.com/ComiteClement/status/1039520507245166595: Die Mörder von Clement Meric spielten Statisten in dem Video „Le rêve parisien" des faschistischen „Rappers" Goldofaf, das im Local von Serge Ayoub gedreht wurde @ComiteClement, 11. September 2018 **11** www.spiegel.de/politik/deutschland/frankreich-warnt-vor-bewaffneten-rechtsextremisten-in-der-eu-a-0c6a1cad-8bdd-4d90-864f-879bc8bc2870


Mitteilungen

„CORONA-PROTESTE" UND DIE EXTREME RECHTE

Aspekte des Demonstrationsgeschehens im Land Brandenburg 2020 und 2021

Einleitung

Moses Mendelssohn Zentrum
„Corona-Proteste" und die extreme Rechte. Aspekte des Demonstrationsgeschehens im Land Brandenburg 2020 und 2021
Potsdam, 2022, 32 Seiten,

Kostenloser Download:
www.mmz-potsdam.de/media/24/download/EJG_Mitteilungen_10.pdf

In der Ausgabe 133 des AIB haben wir einen bundesweiten Blick auf relevante Akteur*innen der verschwörungsideologischen Pandemieleugner*innenszene sowie die ideologischen Schnittmengen zur extremen Rechten geworfen. Die Szene selbst zeigte sich von Beginn an sehr heterogen zusammengesetzt und von starken regionalen Unterschieden geprägt. Spätestens zum Ende des letzten Jahres wurde immer deutlicher, dass sich das Protestgeschehen zunehmend regionalisiert und ein lokaler Blick unabdingbar für die weitere Einordnung dieser neuen reaktionären Szene ist. Bisherige Untersuchungen fokussierten mehrheitlich auf die individuelle Motivlage der Teilnehmenden oder einzelne relevante Protagonist*innen. Die Emil Julius Gumbel Forschungsstelle des Moses Mendelssohn Zentrum schließt hier eine vorhandene Lücke und liefert mit der vorliegenden Handreichung eine kompakte und erkenntnisreiche Übersicht zum regionalen Demonstrationsgeschehen sowie der Pandemieleugner*innenszene im Land Brandenburg.

Grundlage der vorliegenden Auswertung waren 1407 Versammlungen, die 2020 / 21 im Zusammenhang mit sogenannten „Corona-Protesten" erfasst werden konnten und an denen schätzungsweise 131.600 Menschen teilgenommen haben. „Die Größenordnung, Dichte und die Breite dieser Bewegung stellen ein Superlativ für die Protestkultur in der Geschichte des Bundeslandes Brandenburg dar." Die Handreichung beschreibt jedoch nicht nur Entstehung und Entwicklung des Protestgeschehen, sondern blickt genauer auf „Bewegungsakteure wie Telegram-Gruppen, Neonazis und die Parteien AfD und Die Basis". Sehr aufschlussreich liest sich außerdem die Beschreibung von drei lokalen Protestmobilisierungen an den Beispielen Cottbus, Oberhavel und Eberswalde mit ihren je spezifischen Bedingungen. Die Autor*innen kommen zu dem Ergebnis, dass die Proteste zwar unabhängig organisiert werden, sie „aber durch ein gemeinsames politisches Minimalziel (Aufhebung der Schutzmaßnahmen) und durch gemeinsame Symbole und Vorgehensweisen miteinander indirekt oder direkt verbunden" sind.

Anders als in anderen Bundesländern konnte sich in Brandenburg die AfD als relevante Akteurin im Protestgeschehen etablieren und hat die sich entwickelnde „Covid-Protestbewegung" schnell als neue politische Partnerin erkannt. „Ihre Orientierung auf Straßenproteste, die Ablehnung von Covid-Schutzmaßnahmen, die Nähe zu Verschwörungserzählungen und zu erheblichen Teilen auch eine fundamentale Skepsis gegenüber der Demokratie waren die Schnittmengen zwischen AfD und Protestteilnehmenden." Neben den großen finanziellen und strukturellen Ressourcen auf die die AfD zurückgreifen kann, kam ihr hierbei auch eine seit Jahren praktizierte Rolle als „Bewegungspartei" zugute. Eine vergleichsweise Relevanz blieb den in Brandenburg aktiven neonazistischen Parteien hingegen verwehrt. Der III. Weg hat zwar in einigen Regionen erfolgreich in die Proteste interveniert und eine gewisse Öffentlichkeit erzeugen können, die NPD hingegen blieb „eher Zaungast". Im Ergebnis jedoch stellen die Autor*innen fest, dass die verschiedenen extrem rechten Zusammenhänge in ihrer Gesamtheit „als initiierende, organisierende und partizipierende Kräfte" erfolgreich Einfluss nehmen konnten und sich die „Corona-Proteste" ohne deren Beteiligung „in ihrer konkreten Form in Brandenburg nicht hätten entwickeln können."

Eine Arbeit wie die vorliegende wäre auch aus anderen Bundesländern hilfreich, nicht nur um die verschwörungsideologische Szene lokal analysieren zu können, sondern auch um daraus entsprechende spezifische Handlungsoptionen für die kritische Auseinandersetzung und Bekämpfung zu entwickeln. •

Dortmund bei Nacht: Paula sprüht eine Erinnerung an Schmuddel auf ein Haus der Skinhead-Front Dortmund-Dorstfeld. Die Neonazis werden aufmerksam: „Scheiß Zecke“ klingt es durch die Nacht und Paula muss fliehen. Ein Unbekannter auf einem Moped, der sich später als Francesco vorstellt, hilft ihr. Gemeinsam fahren sie den Neonazis vor der Nase weg. Francesco ist von Paula beeindruckt und will sie wiedersehen.

Eine Woche später treffen sie sich auf einem Konzert. Lan Dai, eine Freundin von Francesco, fragt Paula nach der Nacht. Sie kennt die Geschichte vom Punk Thomas Schulz („Schmuddel“) nicht, der am Ostermontag 2005 vom 17-jährigen Neonazi Sven Kahlin in einer Dortmunder U-Bahn Haltestelle erstochen wird. Die Erinnerungen an Schmuddel werden verwaschen und in schwarz-weiß gezeichnet. Die Panel liegen wie Fotos schräg über die Seiten verteilt. Hier wird markiert, dass es sich innerhalb der fiktionalen Geschichte um etwas handelt, was wirklich geschah.

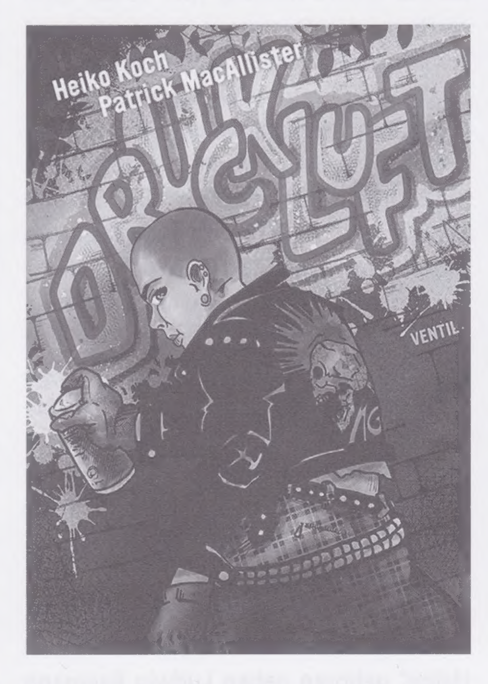
Paula, Francesco, ihr Bruder Jonas und Lan Dai verbringen den Abend gemeinsam. Auf dem Rückweg werden Lan Dai und Jonas, als sie sich das Graffiti von Paula anschauen wollen, wieder von den Neonazis erwischt. Doch anders als zuvor, kommt es nun zum Kampf. In einem full-page shot wird gezeigt, wie Lan Dai zwei Neonazis zusammenschlägt. Bei Lan Dai angekommen, verarztet sie Jonas und sie landen im Bett.

Am nächsten Tag erfährt Paula vom Angriff auf ihren Bruder und ist schockiert. Sie ist schon aufgebracht, da sie, nachdem sie ihre Aktion gepostet hat, Morddrohungen und Hasskommentare erhält. Die Gruppe weiß sich zunächst nicht zu helfen und beschließt gemeinsam zum Gedenken an Mehmet Kubaşik zu gehen, der am 4. April 2006 in Dortmund vom NSU in seinem Kiosk erschossen wurde. Die Gruppe unterhält sich über die Verstrickungen der Sicherheitsbehörden in den NSU-Komplex. Dann wird Paula von Neonazis fotografiert. Als sich sehr wehrt, wird sie von der Polizei verhaftet. Die Neonazis drohen ihr weiter, während sie abgeführt wird. Francesco holt sie ab, nachdem sie frei kommt und sie fahren in die Trattoria von Francescos Mutter, einer stabilen italienischen Antifaschistin. Die Gruppe zerstreitet sich über die Frage, ob man auch Polizist*innen gedenken soll wenn sie von Rechten umgebracht wurden. Erst nachdem die Wohnung von Paula und Lukas von den Neonazis völlig zerstört wurde, findet die Gruppe wieder zusammen. Sie schmieden einen Plan und dringen bei Nacht in ein Haus der Neonazis ein. Sie sprühen Parolen und finden einen Laptop, den sie mitnehmen. Dieses Mal wird niemand erwischt.

Der Comic „Druckluft“ erzählt die Geschichte junger Antifaschist*innen in Dortmund und gibt einen guten Einblick in die Umtriebe der Neonazis in Dorstfeld Mitte der 2000er Jahre. Er informiert darüber, welche Gefahr von den Neonazis ausgeht, zeigt jedoch auch Gegenstrategien auf. Gewidmet ist der Comic allen Opfern rechter Gewalt, deren Gedenken in diesem Comic ein angemessener Raum gegeben wird.

Die Geschichte ist spannend, manchmal traurig oder unabsichtlich komisch. Gerade die Charaktere sind überspitzt und erscheinen an der einen oder anderen Stelle klischeehaft. Positiv fallen die starken weiblichen Rollen auf. Es sind besonders Paula und Lan Dai, welche die mutigen und kämpferischen Parts in der Gruppe übernehmen. Die romantischen, heteronormativen Side-Stories sind allerdings überflüssig. Die Zielgruppe des Comics scheinen Jugendliche zu sein, doch diese erreicht man auch ohne romantische Anbandlungen zwischen den Protagonist*innen, besonders, wenn gerade bei den weiblichen Charakteren dadurch wieder das Geschlecht betont wird, anstatt sie einfach Aktivist*innen sein zu lassen.

Die visuelle Gestaltung ist erfrischend künstlerisch. So gibt es verschiedene Panel-Formate, full-page-shots und stilistische Markierungen für unterschiedliche Zeitebenen. Das ist für Comics, die eine pädagogische Intention haben, leider häufig gerade nicht der Fall. Älteren Antifaschist*innen wird der Comic kaum neue Erkenntnisse bringen, aber für jüngere kann er sehr informativ sein. Für alle ist er eine spannende Lektüre, die einen traurig machen, bewegen, aber manchmal auch schmunzeln lassen kann. •



Heiko Koch / Patrick MacAllister
Druckluft. Eine Geschichte vom Erinnern und Kämpfen
Ventil Verlag, Mainz 2022
64 Seiten, 15 Euro
ISBN 978-3-955-75172-2

AIB 65 / 1.2005

„Ein Deserteursdenkmal für Halbe“

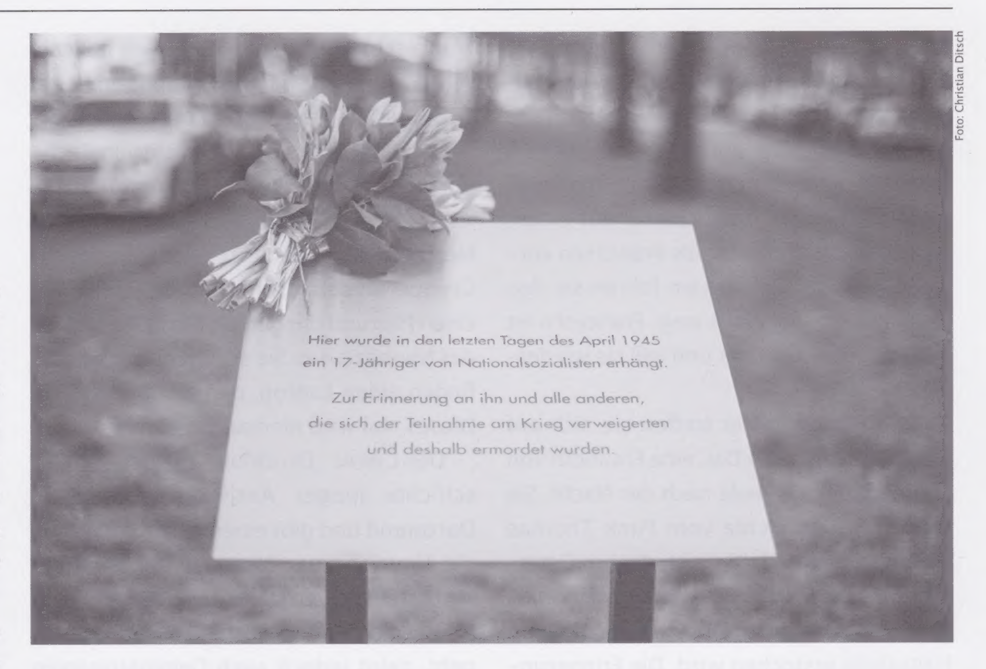


Foto: Christian Ditsch

Auf Hitlers Weisung „Der Soldat kann sterben, der Deserteur muss sterben“ wurden während des Nationalsozialismus 30.000 Deserteure, „Wehrkraftzersetzer“ und Kriegsdienstverweigerer zum Tode verurteilt. Gegen mehrere 10.000 wurden Zuchthausstrafen verhängt. Über 20.000 Todesurteile wurden vollstreckt. Bis heute bezeichnen Angehörige der Bundeswehr die Wehrmachtsdeserteure als Straftäter.

Ende letzten Jahres gründete sich eine Initiative für ein Deserteursdenkmal in Halbe (Brandenburg), dem größten Soldatenfriedhof in Deutschland. Die Initiative möchte damit der Entwicklung im Bereich der Gedenkpolitik, die zunehmend Täter und Opfer des Nationalsozialismus gleichsetzt, entgegenwirken.

Zu den Initiator_innen der Initiative „Ein Denkmal für die Wehrmachtsdeserteure in Halbe“ gehören neben Ludwig Baumann von der Bundesvereinigung der Opfer der Militärjustiz und Peter Gingold, dem Bundesvorsitzenden der VVN/BdA auch eine stetig wachsende Zahl an Unterstützer_innen, die aus dem politischen Bereich, der Wissenschaft und der Kunst stammen. Anstoß für die Gründung der Initiative war das konsequente Verbot durch die Behörden und die Friedhofsleitung von Halbe, Gedenkfeiern für die ermordeten Wehrmachtsdeserteure zu veranstalten.

Beispielhaft für einen solchen Umgang der Erinnerungspolitik war ein Ereignis im Jahr 2003: Ludwig Baumann, selbst als 19jähriger desertiert und Opfer der Militärjustiz, bemühte sich im Zuge des Volkstrauertages eine Kranzniederlegung für Deserteure auf dem Friedhof in Halbe durchzuführen. In Halbe fanden standrechtliche Erschießungen vermeintlicher und tatsächlicher Deserteure statt. Während ihm eine solche Kranzniederlegung durch das Amt untersagt wurde, genehmigte man einen Aufmarsch von Alt- und Neonazis sowie eine Kranzniederlegung der Republikaner. Die Fakten sprachen für sich. Um einer Erinnerungspolitik entgegenzuwirken, die Täter und Opfer nicht nur gleichstellt, sondern einer Positivierung des Nationalsozialismus Vorschub leistet, wurde die Initiative gegründet.

Never ending story?

Den Deserteuren der Wehrmacht wurde bis in die jüngste Vergangenheit nicht die Anerkennung als Opfer des Nationalsozialismus erteilt. Sie hatten weder ein Anrecht auf Rehabilitierung, noch wurde ihnen bis heute ein Recht auf Entschädigung zuerkannt. Bis zu einer vom Bundestag beschlossenen Gesetzesänderung im Jahr 2002 galten die Deserteure der Wehrmacht sogar als vorbestraft. Bei diesem Ringen um eine Anerkennung dafür, dass das Desertieren von der Wehrmacht als eine Auflehnung gegen den „Unrechtsstaat“ zu verstehen sei, handelt es sich um eine Odyssee, die auf gesellschaftlicher wie rechtlicher Ebene durchgefochten werden musste.

Bereits im Jahr 1957 erklärte der Bundestag, dass der Zweite Weltkrieg ein Angriffskrieg und ein vom nationalsozialistischen Deutschland verschuldetes Verbrechen war. Eine Amnestie von den im Nationalsozialismus gefällten Urteilen erteilte er nicht. Nach damaliger Rechtsprechung handelte es sich beim Desertieren um ein Unrecht, das auch unter aktuellen Gesichtspunkten noch eine Straftat darstelle. Die zu diesem Zeitpunkt gefällte Rechtsprechung sollte Jahrzehnte lang Gültigkeit in Deutschland behalten. Auch als am 28. Mai 1998 im Bundestag die Aufhebung aller NS-Unrechtsurteile beschlossen wurde, wurden – wegen des Widerstands der CDU – die Urteile gegen Deserteure nicht explizit aufgehoben.

Anfang 2001 wurde schließlich ein neuer Gesetzesentwurf eingebracht, der 2002 vor dem Bundestag zu seiner Entscheidung kam. Nicht aufgehoben wurde der Straftatbestand „Kriegsverrat“, obwohl Millionen KZ-Insassen und Zivilisten nicht mehr hätten sterben brauchen, wenn es im deutschen Vernichtungskrieg mehr Kriegsverrat gegeben hätte. Als Kriegsverräter wurde verurteilt, wer die Naziwehrmacht verließ und auf Seiten der Alliierten weiterkämpfte oder wer als Befehlshaber die offensichtlich sinnlose Verteidigung einer Stellung aufgab oder einen Truppenteil kampflos übergab.

Gerade die, die sich dem deutschen Vernichtungskrieg entzogen oder gar aktiv widersetzten, denen verweigerte die politische Klasse der sich als Rechtsnachfolger des Dritten Reiches verstehenden BRD besonders hartnäckig die Rehabilitierung. Das liegt sicher vor allem daran, dass sich noch heute breite konservative Schichten mit den deutschen Kriegszielen der Nazizeit identifizieren und den 8. Mai 1945 nicht als Tag der Befreiung, sondern vorrangig als Endpunkt einer Niederlage Deutschlands empfinden. •

Abonniert

das Antifaschistische Infoblatt

KONTAKT
Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

mail@antifainfoblatt.de
www.antifainfoblatt.de

facebook.com/Antifaschistisches Infoblatt
twitter.com/AntifaInfoBlatt

www.antifainfoblatt.de/pgp
PGP-Fingerprint:
0DEA A79A 9738 7F2B 5245 62BF
8DC1 51B9 9FAE 15B1

IMPRESSUM
Antifaschistisches Infoblatt
36. Jahrgang
Nummer 135 | 2.2022

Preis: 3,50 Euro
Auslandspreis 4,50 Euro

ISSN: 1862-7838

Redaktion:
Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustraße 2a | 10961 Berlin
mail@antifainfoblatt.de

Das AIB wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben.

V.i.S.d.P.: Ulrike Müller (Adresse s.o.)

Konto AIB
BIC: BFSWDE33BER
IBAN: DE48100205000003251800
Bank für Sozialwirtschaft, Berlin

ABOKONDITIONEN

Preise*

• 5 Ausgaben im Abonnement	17,50 Euro
• 10 Ausgaben im Abonnement	35,00 Euro

Weiterverkauf

• ab 3 Exemplaren je	3,50 Euro
• ab 5 Exemplaren	20 % Rabatt
• ab 50 Exemplaren	25 % Rabatt

* Alle Preise inklusive Porto und Verpackung

Das Abonnement kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich **widerrufen** werden. Es verlängert sich automatisch um 5 bzw. 10 Ausgaben, wenn es nicht schriftlich gekündigt wird.

Für alle Bestellungen, außer dem Weiterverkauf, gilt Vorkasse, Zahlung per Überweisung oder per Einzugsermächtigung.

Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist.

Für **Bestellungen ins Ausland** setze Dich bitte vorher mit uns in Verbindung.



AIB 134

TITEL
Rechte Siedlungsträume

NS-SZENE
Mirko Hesse: Business as usual

RASSISMUS
Steigende Asylzahlen?

INTERNATIONAL
Dänemark: Goldene Türme wachsen nicht endlos



AIB 133

TITEL
Pandemieleugner

NS-SZENE
Der rechte Traum vom Tag X

BRAUNZONE
Von der DDR-Opposition nach rechts außen

INTERNATIONAL
Griechenland: Ehemalige Jugoslawien-Söldner auf freiem Fuß

Absender_in

____

____

____

____

Ich abonniere das AIB ab der Ausgabe ☐
für 5 ☐ 10 ☐ Ausgaben (bitte ankreuzen)

Das Abonnement kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden. Es verlängert sich automatisch um 5 bzw. 10 Ausgaben, wenn es nicht schriftlich gekündigt wird.

Ich will das AIB weiterverkaufen und bestelle ☐ Exemplare.
Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung.

Ich bestelle folgende Ausgaben des AIB nach:

☐

Datum, Unterschrift

Antifaschistisches Infoblatt (AIB)

Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin


DISRUPTIVE BEHAVIOUR
LIMBUS
GOODS